

I.2012

Land *InForm*

Magazin für Ländliche Räume

**Die Energiewende geht
nur mit den Bürgern**



Heizen mit Äpfeln
Mehr Raum für starke Frauen
Regionalwert Treuhand

dvs *
Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume



Inhalt

Die Energiewende geht nur mit den Bürgern

Die Energiewende funktioniert nur, wenn die Bürger in ländlichen Regionen beteiligt sind – sei es an Planungen und Entscheidungen zu erneuerbaren Energieprojekten, oder in dem sie selbst in solche Projekte investieren und damit den Nutzen für sich und die Region erhöhen. Unser Fokusthema zeigt Konflikte und Lösungsmöglichkeiten sowie Beispiele, in denen Bürger die Energiewende selbst in die Hand nehmen.

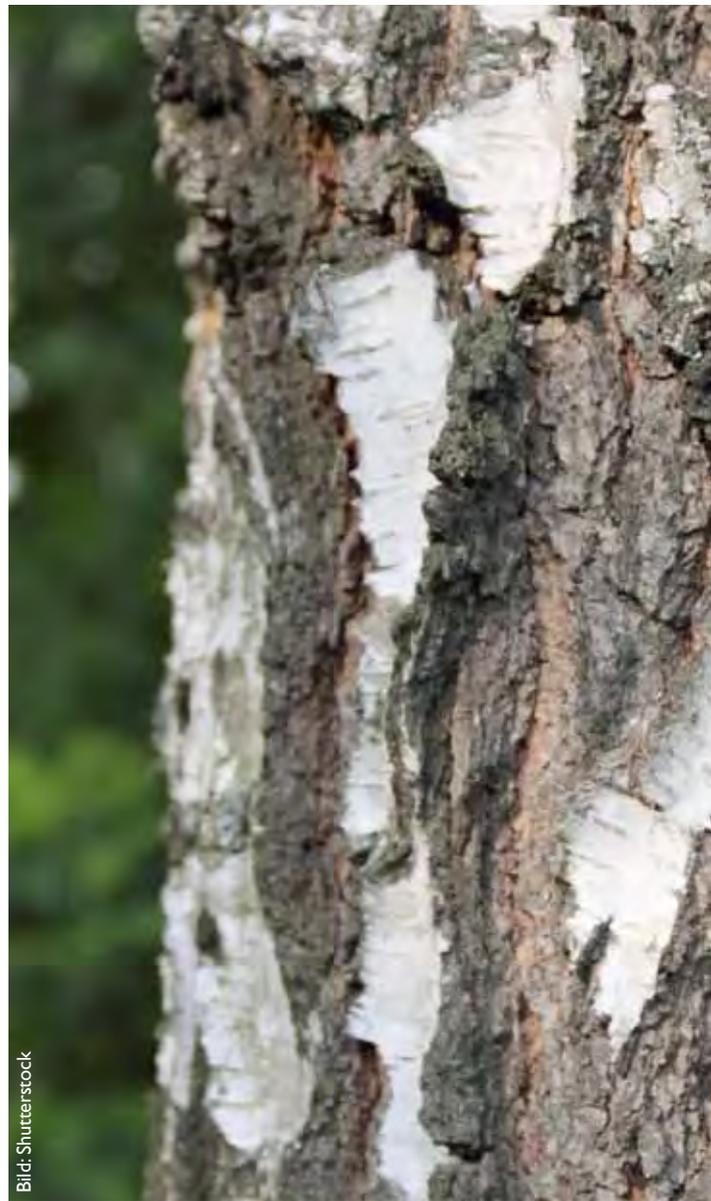


Bild: Shutterstock

Weitere Themen



Bild: Jürgen Beckhoff

Heizen mit Äpfeln

Unabhängig von Gas und Öl sein – das hat der Apfelhof Augustin südlich von Hamburg geschafft. Die betriebsinterne Energiewende beruht auf einer simplen Idee, die bundesweit einzigartig ist. Seit drei Jahren beheizt die Anlage zwei komplette Wohnhäuser, Büros, Arbeitshallen und die Hofwerkstatt – mit Bioenergie auf Basis von Äpfeln. [Seite 32](#)



Bild: Stefan Pochta

Mehr Raum für starke Frauen

Verlassene Dörfer und Kleinstädte, hohe Arbeitslosigkeit, Fremdenfeindlichkeit, immer mehr alte Menschen und Junggesellen ohne Schulabschluss, als Folge flüchten die jungen Frauen – so, etwas überspitzt, das gängige Klischee über ostdeutsche ländliche Regionen. Eine Studie zeigt aber, dass es gerade in diesen Regionen überdurchschnittlich viel Frauenpower gibt. [Seite 42](#)



Für das Netzwerk

Inside	05 Neues aus der DVS
	06 Die DVS im Internet
Veranstaltungen	07 Internationale Grüne Woche 2012
	08 Agrarumweltmaßnahmen
	08 Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe
	09 Bundesweites Leader-Treffen
	09 Leader-Inspirationen in Estland

Im Fokus: Die Energiewende ...

Einführung	11 ... geht nur mit den Bürgern
	12 Den regionalen Nutzen gezielt erhöhen
Beteiligung	14 Bioenergieregionen unter der Lupe
	16 (Bio)Energiedörfer gut beraten
Akzeptanz	17 Interview Dr. Andreas Schütte, FNR
	18 Streit um die Netze übers Land
	20 Interview David Wilken, Fachverband Biogas e.V.
	21 Interviews: Naturschutzbund Deutschland, Deutscher Bauernverband: Was bringt die EEG-Novelle 2012?
Energieeffizienz	22 Landwirtschaftliche Fläche schonen
	23 Gewusst wie – Kommunen sparen Energie
	24 Energieeffizienz hat viele Gesichter
Projekte	26 Die Energiewende kommt von unten
	28 Feldheim – das energieautarke Bioenergie Dorf
	30 Energieinsel Pellworm



©BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan

Regionalwert Treuhand

Die Regionalwert AG Bürgeraktiengesellschaft in der Region Freiburg ist seit fünf Jahren ein großer Erfolg: Das hohe Interesse an diesem Modell hat die Verantwortlichen veranlasst, die Voraussetzungen für seine Übertragung in andere Regionen zu schaffen. Im Herbst 2011 gründeten sie als Dachgesellschaft für alle Regionen die Regionalwert Treuhand UG & Co. KG. Seite 53

Aus der Praxis

32 Heizen mit Äpfeln
34 Finnen und Deutsche vernetzen sich
36 Flinc übers Land
38 Glasbläser auf Zeit
40 Stotel macht Schule
41 Interview: Das wäre ohne Leader nicht passiert

Perspektiven

Forschung und Bildung	42 Mehr Raum für starke Frauen
	44 Der Ölpreis gibt den Ausschlag
Politik und Gesellschaft	46 Die GAP-Reform und der Agrarumweltschutz
	48 Die GAP-Reform und die ländliche Entwicklung
Partner und Experten	50 Serviceagentur Demografischer Wandel
	51 Bundestransferstelle Kleinere Städte und Gemeinden
	52 Aufruf zur Gründung einer Dorfbewegung
	53 Regionalwert Treuhand
Service	54 ... angelesen
	54 ... angekündigt
	56 Termine



Liebe Leserinnen und Leser,

2020 soll der Anteil des erneuerbaren Stroms an der Gesamtstromproduktion etwa 38 Prozent betragen – so das Ziel der Bundesregierung. Für die Energiewende müssten eigentlich E.ON, RWE und Co massiv investieren. Diese Großanbieter produzieren aktuell circa 80 Prozent des konventionellen, aber weniger als ein Prozent des erneuerbaren Stroms aus neuen Anlagen in Deutschland. Die restlichen 19 Prozent sind erneuerbar – erzeugt über vielfältige kommunale, regionale sowie von Bürgern und anderen Investoren getragene Projekte vor allem im ländlichen Raum.

Einige Länder haben sogar deutlich ambitioniertere Ziele als die Bundesregierung. Diese wollen sie vor allem über den Ausbau der Windenergie erreichen, die die höchste regionale Wertschöpfung bei vergleichsweise geringen Anfangsinvestitionen schafft. Möglichst viel regionales Kapital in solchen Anlagen ist ebenso wichtig, wie der Umgang mit Investoren und das Flächenmanagement. In den meisten Bundesländern müsste die aktuelle Fläche der Windenergie-Anlagen verdoppelt bis verdreifacht werden, um das Bundesziel zu erreichen. Die Bund-Länder-Initiative Windenergie arbeitet bereits an angepassten Abstandsempfehlungen und Höhenbegrenzungen, um den Ausbau zu beschleunigen.

Kommunen können sich zukünftig in vielerlei Hinsicht an erneuerbaren Energie-Projekten beteiligen. Die Erfahrungen der Bioenergieregionen zeigen aber, dass es kein Selbstläufer ist, kommunale Akteure zu gewinnen. Mit gut eingespielten regionalen Netzwerken gelingt die Umsetzung oft reibungsloser. In solch gewachsenen Strukturen kennen die Akteure Aushandlungsprozesse und wissen, wer noch mit ins Boot muss, um Projekte anzustoßen.

Für das Ziel „Sparen vor produzieren“ reicht es häufig, genau hinzusehen, um mit einfachsten Maßnahmen bis zu 10 Prozent Energie in Kommunen einzusparen. Das Ziel des EU-Aktionsplans zur Energieeffizienz liegt jedoch höher: Bis zum Jahre 2020 sollen zwanzig Prozent Energie eingespart werden – mit dem Bezugsjahr 1990. Die Hauptpotenziale dafür liegen im Gebäudebestand. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der in vielen ländlichen Regionen stagnierenden oder fallenden Immobilienpreise wird aber ohne Förderanreize hier wohl eher der städtische Raum seine Potenziale entfalten.

Jede Region muss also den für ihre Rahmenbedingungen passenden Einstieg finden. Dieses Heft will Ihnen dabei helfen.

Eine spannende Lektüre wünscht

Jan Swoboda



Bild: Stefan Krber / Fotolia

Impressum

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Auflage: 10.500

ISSN: 1866-3176

Herausgeber und Redaktion:
Bundesanstalt für Landwirtschaft
und Ernährung, Bonn
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume,
Dr. Juliane Mante, Dr. Jan Swoboda (Vi.S.d.P.)

Redaktionelle Mitarbeit:
Raufeld Medien
Marion Hughes (verantw.), Peter Altmann
Tel. 030 - 69 56 65 0
www.raufeld.de

Gestaltung: graphodata AG,
www.graphodata.de

Druck:
MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/
Westfalen

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und
Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn
Telefon 0228 / 68 45 34 61
Fax 0228 / 68 45 33 61
E-Mail: dvs@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei
unter www.land-inform.de

Anmerkungen der Redaktion:

- Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.
- Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.

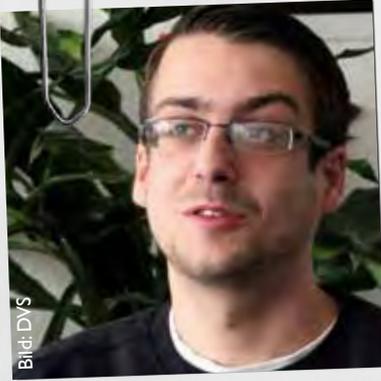


Bild: DVS

Neuer Mitarbeiter in der DVS

Fabian Buntkowski gehört seit Mitte Januar 2012 zum Team der DVS. Er kam direkt nach seiner erfolgreich abgeschlossenen, zweieinhalbjährigen Ausbildung an der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung zur DVS. Fabian Buntkowski ist ab sofort für

die Pflege der Datenbank, für die Organisation und Vorbereitung von Veranstaltungen sowie den Versand von Publikationen verantwortlich.

E-Mail: fabian.buntkowski@ble.de
Telefon: 02 28 / 68 45 38 42



Ihre Meinung ist gefragt!

Wir möchten es wissen: Liegt Ihnen beim Lesen unserer Beiträge etwas auf der Seele, das Sie unbedingt loswerden möchten? Oder haben Sie Vorschläge, wie wir unsere Zeitschrift inhaltlich und strukturell bereichern können? Dann schreiben Sie uns. Wir freuen uns über Ihr Feedback.

Regionalisierte Schulungen für LAG-Managements

Privates Kapital aus und für die Region aktivieren

Lokale Aktionsgruppen stehen mehr und mehr vor der Herausforderung, alternative Finanzierungsquellen für Projekte zu erschließen. In jeder Region gibt es potenzielles privates Kapital und die Bereitschaft, sich damit an Projekten zu beteiligen. Wo aber liegt der Mehrwert für die Geldgeber und damit die richtige Beteiligungsform?

Die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume finanziert Leader-Managements einen eintägigen Workshop zu diesen Themen. Im Workshop werden Best Practice Beispiele für einzelne Beteiligungsformen wie Aktien, Genossenschaftsanteile, Fondslösungen oder Genussscheine vorgestellt und deren Einsatzmöglichkeiten bewertet. Dies gilt auch für Beteiligungsformen wie Schenkungen für Non-Profit-Projekte (Sammleraktien und Schenkgemeinschaft). Die Teilnehmer bringen ihre eigenen Fragen und Fälle ein, die in Kleingruppen praxisnah und lösungsorientiert bearbeitet werden. Die Teilnehmer finden sich selbst in Gruppen zu 10 bis 15 Personen zusammen. Räumlichkeiten, Unterkunft sowie Verpflegung müssen von den Teilnehmern selbst organisiert werden.

Kollegiale Beratung

Nach wie vor gibt es für die Regionalmanagements auch das Angebot einer Schulung zur kollegialen Beratung. Dies ist die optimale Gelegenheit, strukturiert und nachhaltig von und mit anderen Kollegen gute Lösungen für anspruchsvolle Herausforderungen in den Regionen zu finden. Das Feedback der bisherigen Teilnehmer ist durchweg positiv. Informationen und Stimmen finden Sie unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/kollegiale-beratung



Mehr Informationen:

Anke Wehmeyer
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 38 41
E-Mail: anke.wehmeyer@ble.de

Mehr Informationen

Kooperationsgesuche aus der Kooperationsdatenbank des ENRD Contact Point:

<http://enrd.ec.europa.eu/leader/cooperation-platform/leader-cooperation-offers>

Stroh zum Bauen und Heizen

Gemeinsam ein Haus aus Stroh bauen und die Nutzung von Stroh als Heizmaterial bewerben und verbessern – das sind die Ziele dieses transnationalen Kooperationsprojektes.

Mehr Informationen:

LAG Kehittämisyhdistys Pyhäjärvisseutu ry
Marja Kares-Oksman
Telefon: +358 44 534 29 90
E-Mail: kehittamisyhdistys@pyhajarvisseutu.net

Alte Gebäude und energieeffizientes Bauen

Entwicklung von ökologischen Renovierungs- und Baumethoden sowie die Nutzung solcher Methoden in der Region durch die Bewohner erhöhen – das will die französische Region erreichen. Auch der Anbau entsprechenden Materials in den Kooperationsregionen spielt eine Rolle.

Mehr Informationen:

LAG Pays Barrois (Lorraine)
Christophe Antoine
Telefon: + 33 3 29 70 99 70
E-Mail: pays.barrois@barleduc.fr

Erster europäischer Markt für regionale Produkte

Der Markt am 10. bis 12. Mai 2012 in der Auvergne in Frankreich ist Teil eines transnationalen Leader-Kooperationsprojektes. Veranstalter sind die Landwirtschaftskammer Haute Loire und die LAG Pays du Velay. LAGn sind herzlich eingeladen, an diesen Tagen an Workshops teilzunehmen, dabei Wissen auszutauschen sowie ihre Produkte vorzustellen.

Mehr Informationen:

LAG Pays du Velay
Thomas Facqueur
Telefon: + 33 4 71 07 21 06
E-Mail: leadervelay@gmail.com

Mobilität, demografischer Wandel, Breitband.

Neues auf den Themenseiten auf www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Von **Stefan Kämper**

Mobilität in ländlichen Räumen ist gerade unter den Bedingungen des demografischen Wandels eine besondere Herausforderung. In Zeiten knapper Finanzmittel und rückläufiger Bevölkerungszahlen neue Wege im öffentlichen Verkehr zu gehen, bedeutet alternative und flexible Finanzierungs- und Angebotsformen entwickeln und umsetzen. Die jetzt freigeschaltete Rubrik »Mobilität« in **Themen** bietet eine Einführung in die Rahmenbedingungen, die Mobilitätsverhalten und Mobilitätsbedürfnisse beeinflussen. Gesetzliche Regelungen und Finanzierungsmöglichkeiten werden beleuchtet und natürlich auch Beispiele genannt, wie bürgerliches Engagement, flexible Bedienformen oder die gemeinsame Autonutzung, die Alternativen zu klassischen Lösungen sein könnten. Die neue Rubrik bietet eine Fülle von Verweisen auf interessante Quellen zum Weiterlesen. → www.netzwerk-laendlicher-raum.de/mobilitaet

Die Redaktion hat das Kapitel »Demografischer Wandel« – auch im Unterpunkt **Themen** – weiter ausgebaut. So sind jetzt beispielsweise Materialien zu den regionalen Fallbeispielen, anhand derer die Herausforderungen des Wandels beschrieben werden sowie weitere Informationen zur Demografie verlinkt. Die Instrumente, mit denen Akteure vor Ort aktiv werden können, werden vorgestellt und in Sachen Aufwand, Kosten und hinsichtlich anderer Kriterien detailliert gegenübergestellt. Auch zu den Praxisbeispielen gibt es neue Materialien. Querverweise innerhalb des Angebots runden das Bild ab. Außerdem ist hier die im Januar erschienene Sonderveröffentlichung „Demografischer Wandel vor Ort“ zu finden: digital und als Printversion bestellbar.

→ www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie

Ebenfalls unter **Themen** gibt es neue Interviews in der Rubrik »Breitband« zu lesen. Beispielsweise, wie eine Dorfgemeinschaft anstehende Baumaßnahmen nutzte, um Glasfaserkabel eines privaten Betreibers in jedes Haus zu verlegen. Oder wie Kreis und Kommunen im Landkreis Gießen mit privaten Investoren in einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft den flächendeckenden Breitbandausbau in Angriff nehmen. Außerdem wird über ein neues Darlehensprogramm der Landwirtschaftlichen Rentenbank gesprochen, mit dem Breitbandprojekte finanziert werden können.

→ www.netzwerk-laendlicher-raum.de/breitband

Auf den Leader-Themenseiten in **Regionen**, aber auch unter **Themen** sind Informationen und Verweise zu den Entwürfen der Rechtstexte für die Förderphase nach 2013 zu finden. Diese Inhalte werden kontinuierlich erweitert und aktualisiert.

→ www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader

Die Projektdatenbank mit Vorbildern aus der ELER-Förderung findet sich unter **Beispiele**. Ebenda zeigen wir Projekte und Ergebnisse des bundesweiten Wettbewerbs „Gemeinsam stark sein“. Dort kann auch die Wettbewerbs-Broschüre heruntergeladen und bestellt werden.

→ www.netzwerk-laendlicher-raum.de/wettbewerb



Im **Service der Internetseite** sind wie gewohnt Informationen zu den kommenden »Veranstaltungen« zu finden. Beispielsweise zum bundesweiten Leader- und ILE-Treffen (s.S. 9). Im Veranstaltungsarchiv sind die Dokumentationen zu den Veranstaltungen »Demografischer Wandel vor Ort« (auch als Audiomitschnitt) und »Daseinsvorsorge unter Druck«, beides Begleitveranstaltungen des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung in Berlin, publiziert. Auch die Tagung »Weiterentwicklung der GAK-Agrarumweltmaßnahmen« und der Workshop »Diversifizierung: von der Geschäftsidee zum Markteintritt« sind im Archiv dokumentiert.

→ www.netzwerk-laendlicher-raum.de/archiv

Außerdem im Service: alle DVS-Publikationen mit Download- und Bestellmöglichkeiten, News, Wettbewerbe und Programme.



Rückblick

Den Wandel gestalten

Im Januar 2012 fand in Berlin die 77. Internationale Grüne Woche statt. Die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) war, gemeinsam mit Partnern, sowohl in der Halle „LebensTraum Dorf“ als auch auf dem Zukunftsforum Ländliche Entwicklung dabei.

Von Sören Bronsert und Stefan Kämper

Unter dem Motto „Kleine Dörfer – große Chancen!“ stellten die Ausstellungspartner am Messestand von Bundeslandwirtschaftsministerium und der DVS ihre Projekte zur Gestaltung des demografischen Wandels mit einem abwechslungsreichen Programm vor. Passend zum Thema standen die Belange von alten und jungen Menschen in ländlichen Räumen im Mittelpunkt. Das Modellprojekt „Fontane“ präsentierte sein Konzept der medizinischen Fernbetreuung von Herz-Kreislauf-Erkrankten per Breitband-Internetverbindung in Nordbrandenburg. Die Absicherung der sozialen Teilhabe von gebrechlichen Bürgern durch ehrenamtliche Einkaufshelfer im Gemeinschaftsprojekt Dorfladen Heilgersdorf zeigt, dass auch kleine Gemeinden eine erfolgreiche Nahversorgung auf die Beine stellen können. Ohne Jugendliche sieht der ländliche Raum alt aus. Diese Erfahrung machte auch die freiwillige Feuerwehr Cochem-Zell. Gemeinsam mit der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz integrierte sie modellhaft das Schulfach „Feuerwehrtechnische Grundausbildung“ in den Lehrplan einer Modellschule zur Nachwuchsförderung. Ein weiteres Leuchtturmprojekt der Jugendarbeit ist der Circus Ubuntu aus der Aktiv-Region Steinburg in Schleswig-Holstein. Seit 15 Jahren fördert der Verein die Sozialverantwortung von Kindern und Jugendlichen durch die gemeinschaftliche Zirkusarbeit. Auch auf der Land-Schau-Bühne präsentierten sich die Projekte.

Mehr über die Projekte im Internet:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/igw

Demografischer Wandel vor Ort. Ideen – Konzepte – Beispiele

... unter diesem Titel fand die Begleitveranstaltung von DVS, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dem Deutschen Landkreistag und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung auf dem Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2012 statt. Etwa 200 Teilnehmer konnten erfahren, wie vor Ort konkret gehandelt werden kann. Dabei wurde deutlich, dass in vielen kommunalpolitischen Bereichen ein Paradigmenwechsel stattfindet. Ulrich Rolfsmeyer, Bürgermeister der Gemeinde Hiddenhausen in Nordrhein-Westfalen betonte, es sei ein „neues Denken in der Baulandpolitik“ nötig. Hiddenhausen hat mit dem Förderprogramm „Jung kauft alt“ erreicht, dass keine neuen Baugebiete mehr ausgewiesen werden. Das Programm setzt Anreize für Familien, ältere Immobilien in zentralen Lagen zu erwerben. Hierfür war es nötig, über Parteigrenzen hinweg Zustimmung zu organisieren. Auch die Verbandsgemeinde Daun in der Eifel hat nun diesen Prozess des Wandels angestoßen, der Transparenz und vor allem die Beteiligung der Bevölkerung voraussetzt. Dazu sei eine angemessene Kommunikation unerlässlich, zu der eine verständliche „Sprache des Wandels“ gehöre, so Werner Klöckner, der Bürgermeister der Verbandsgemeinde.

„Bauen Sie nicht nur ab, sondern auch auf!“, forderte Bürgermeister Armin König aus Illingen im Saarland. Denn bei aller Wichtigkeit, die

Schrumpfung zu kommunizieren und zu organisieren, sei es wichtig, die Balance zwischen notwendigem Rückbau und Zukunftsinvestitionen zu finden. Die bestätigte auch Uwe Lenz, Bürgermeister des Ortes Messdorf in Sachsen-Anhalt. Dort wurde trotz rückläufiger Kinderzahlen eine neue, integrative Kindertagesstätte in einer ehemaligen Schule eröffnet, denn, so Lenz, „junge Leute lassen sich nicht nieder, wenn das Angebot nicht stimmt“. So kann unter bestimmten Bedingungen die demografische Entwicklung ihren bedrohlichen Charakter verlieren und durchaus Chancen bieten.

Vorträge und Audio-Mitschnitt der Veranstaltung finden Sie unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum



Mehr Informationen:

Sören Bronsert, Stefan Kämper
 Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
 Telefon: 02 28 / 68 45 35 37, - 37 22
 E-Mail: dvs@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Mehr Informationen

Agrarumweltmaßnahmen weiterentwickeln

Von Jan Freese

Am 8. und 9. Februar 2012 veranstaltete die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume in Göttingen die Tagung „Weiterentwicklung der GAK-Agrarumweltmaßnahmen“. Hier trafen sich die Agrarumweltreferenten von Bund und Ländern mit über 130 Vertretern aus Wissenschaft, Verwaltung, Landwirtschaft und Naturschutz, um über die Weiterentwicklung der Agrarumweltmaßnahmen zu diskutieren. Im Oktober 2011 legte die EU-Kommission konkrete Vorschläge zur Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Ländlichen Entwicklung nach 2013 vor. Von der EU-Kommission erläuterten Michael Pielke (Generaldirektion Landwirtschaft) und Jeremie Crespin (Generaldirektion Umwelt) zu Beginn gemeinsam das Konzept der Agrarreform und deren Auswirkungen auf die Agrarumweltprogramme. So steigen zum Beispiel mit dem Greening der Direktzahlungen – Fruchtfolgeanforderungen, Grünlanderhalt auf betrieblicher Ebene und Bereitstellung von ökologischen Vorrangflächen – auch die Anforderungen für Agrarumweltmaßnahmen. Im Tagungsverlauf wurden dann die Evaluierungsergebnisse der Halbzeitbewertung und des Europäischen Rechnungshofes sowie Verbesserungsvorschläge aus der Verwaltungspraxis vorgestellt und diskutiert. Auch die Herausforderungen durch Wasser-, Klima- und Biodiversitätsschutz sowie neue Beratungs- und

Planungsansätze im Agrarumweltbereich wurden thematisiert. Ein besonderer Schwerpunkt war schließlich die Analyse der Ackerbau- und Grünlandmaßnahmen in Bezug auf Weiterentwicklungspotenziale aus Sicht einzelner Länder und aus Sicht der Wissenschaft.

Die Vorträge sowie begleitende Poster aus Wissenschaft und Praxis finden Sie unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/aum



Mehr Informationen:

Dr. Jan Freese
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 34 77
E-Mail: jan.freese@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Mehr Informationen

Neue Wege für den landwirtschaftlichen Betrieb

Von Bettina Rocha und Isabell Friess

Am 22. und 23. Februar 2012 fand in und um Ulm der Workshop „Neue Wege für den landwirtschaftlichen Betrieb“ statt. Ziel war es, anhand zweier Vorhaben Möglichkeiten der Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe vorzustellen und zu analysieren. Der bereits zum zweiten Mal durchgeführte Workshop fand wieder großen Anklang. Kooperationspartner war dieses Mal das baden-württembergische Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

Im Fokus der Veranstaltung standen zwei landwirtschaftliche Betriebe, die neue Standbeine planen. Ein Ferkelerzeuger mit kleiner Hofstelle innerhalb des Ortes beabsichtigt, eine Kinderbetreuung aufzubauen. Ein Milchviehbetrieb will eine Erlebnisgastronomie mit Blick auf den Melkstand einrichten. Um sich ein Bild zu machen, besuchten die Teilnehmer die beiden Betriebe und sprachen ausführlich mit den Betriebsleiterinnen. Nach der Bestandsaufnahme prüften sie anschließend in Arbeitsgruppen die Machbarkeit der Vorhaben. Die Ausgangssituation wurde analysiert, der Finanzaufwand berechnet, die Angebotspalette diskutiert und die Vermarktung konzipiert. Die Ergebnisse wurden am zweiten Tag den Betriebsleiterinnen vorgestellt. Auf diese Weise profitierten auch sie von dem Workshop: Sie erhielten von den Teilnehmern eine ehrliche Rückmeldung zu ihrer Geschäftsidee und können die Anregungen nun für ihr weiteres Vorgehen nutzen.

Die Workshop-Materialien finden Sie unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/diversifizierung



Bild: DVS



Mehr Informationen:

Bettina Rocha, Isabell Friess
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 38 82, -3459
E-Mail: bettina.rocha@ble.de
isabell.friess@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Mehr Informationen

Vorschau



Mit neuen REKs und Multifonds in die Programmperiode ab 2014

Von Anke Wehmeyer

Das bundesweite Treffen der Leader-Regionen geht in die zweite Runde und findet am 9. und 10. Mai 2012 im Arkadenbau in Bad Kissingen statt. Nachdem die Akteure im letzten Jahr in Bad Schandau eine Bilanz aus der ersten Hälfte der jetzigen Förderphase gezogen haben und die zukünftige Förderphase nur einen kleinen Veranstaltungsteil einnahm, soll dieses Mal ein weiterer Schritt in Richtung 2014 gegangen werden.

Gestartet wird mit einem Überblick über den aktuellen Stand der Vorbereitungen für die Zusammenarbeit zwischen den Förderfonds ELER/Leader, EFRE, ESF und EMFF auf Bundes- und Länderebene als neue Herausforderung für die Leader-Zukunft. Die Teilnehmer werden über alle neuen Anforderungen zu den Regionalen Entwicklungskonzepten informiert, von denen in Zukunft unter anderem eine mit Zielgrößen unterlegte Steuerung der regionalen Prozesse gefordert wird. Lokale Aktionsgruppen müssen sich darauf einstellen, in einem breiter angelegten Ansatz einerseits Aktivitäten und deren Finanzierung in den Entwicklungskonzepten detaillierter

darzustellen, andererseits müssen sie auch die angestrebten Ziele genauer benennen. Wichtige Fragen sind hier zum Beispiel: Wie können die potenziellen Leader-Regionen diese Anforderungen organisatorisch und personell erfüllen? Und welchen Einfluss haben eigentlich die Vorgaben auf Länderebene auf die praktische Umsetzung vor Ort? Haben sich alle bereits Gedanken darüber gemacht, was es für ihre LAG-Struktur bedeutet, wenn der Multifonds-Ansatz umgesetzt werden muss?

In moderierten Länderarbeitsgruppen haben die Teilnehmer am zweiten Tag die Möglichkeit, diese und weitere Fragen untereinander sowie mit ihren zuständigen Programmkoordinatoren zu diskutieren und ein gemeinsames Vorgehen zu planen.

Anmeldungen sind bis zum 13. April 2012 auf folgender Internetseite möglich:

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/service/veranstaltungen/leader-treffen-2012

Leader-Inspirationen in Estland

Von Anke Wehmeyer

Es ist wieder soweit: Vom 12. bis 14. Juni 2012 findet in Tartu (Estland) zum dritten Mal LINC statt – das ganz besondere Event von und für Lokale Aktionsgruppen in Europa. Als transnationales Kooperationsprojekt fördert LINC (Leader Inspired Network Community) die europaweite Vernetzung der Leader-Regionen und verbindet fachlichen Erfahrungsaustausch mit sportlichen und kulturellen Aktivitäten. Dieses Jahr steht der fachliche Austausch unter der Überschrift „Beteiligung und Ehrenamt“. Im Detail geht es dabei um regionale Produkte, Jugend und Senioren, ländlicher Tourismus, Gemeinschaftseinrichtungen sowie regionale Ressourcen und regenerative Energien. Jedes Thema wird praxisnah in Arbeitsgruppen behandelt. Die diesjährigen sportlichen Aktivitäten sind sehr eng mit estnischen Traditionen verknüpft. Ein Orientierungslauf fordert die Teilnehmer beispielsweise heraus, sich einzig und allein auf die

magische Farnblüte zu konzentrieren. Das in Estland boomende Disc Golfing steht ebenso zur Auswahl wie das traditionelle Kiiking Sommerlanglauf, Bullenzähmen, Tretrollern, Wettngeln und Gürtelweben gehören alle zur sogenannten estnischen Fünfkampfdisziplin. Die vielen Wasserwege laden zum Bootrennen ein. Abgerundet wird die Veranstaltung durch praxisnahe Workshops, die in Exkursionen eingebettet sind. Besichtigt werden die Zwiebelroute und die sehr traditionelle Grenzregion Valgamaa. Spannend ist sicherlich auch die historische Landschaft Setumaa, deren Einwohner ihre eigene Sprache, Kultur und Identität leben. Wer sich für einsamere und naturnähere Gegenden interessiert, ist mit der Bergregion Võrumaa sehr gut bedient.

Mehr Informationen und Anmeldung: www.info-linc.eu

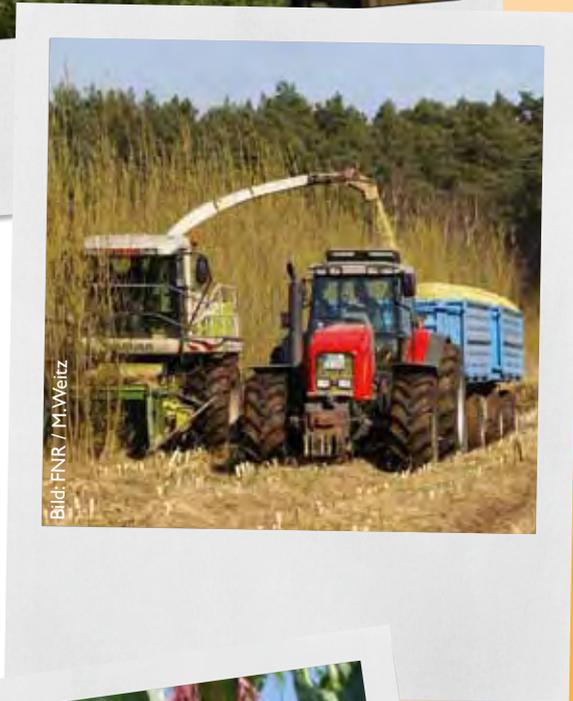
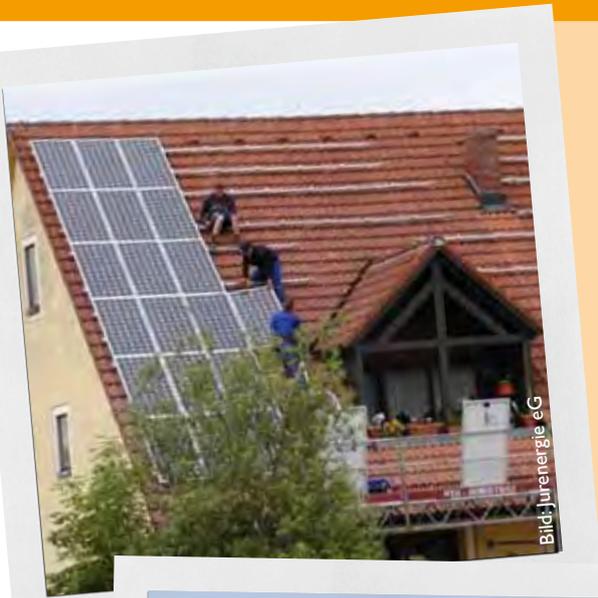


Mehr Informationen:

Anke Wehmeyer
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 38 41
E-Mail: anke.wehmeyer@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Mehr Informationen

Die Energiewende geht nur mit den Bürgern



Die Energiewende funktioniert nur, wenn die Bürger in ländlichen Regionen beteiligt sind – sei es an Planungen und Entscheidungen zu erneuerbaren Energieprojekten, oder indem sie selbst in solche Projekte investieren und damit den Nutzen für sich und die Region erhöhen. Unser Fokusthema zeigt Konflikte und Lösungsmöglichkeiten sowie Beispiele, in denen Bürger die Energiewende selbst in die Hand nehmen.

Von Juliane Mante

Die Energiewende ist für ländliche Räume Herausforderung und Chance zugleich. Flächennutzungskonflikte nehmen zu und der Bau von Anlagen zur Produktion und zum Transport erneuerbarer Energien ruft viele Bürger auf die Barrikaden. Die Energiewende kann aber auch zur Chance werden, wenn sie neue wirtschaftliche Impulse für die Region setzt.

In welchem Ausmaß sich Konflikte entzünden oder Region und Bürger wirtschaftlich profitieren, hängt von einem Stichwort ab: Beteiligung. Diese hat viele Gesichter, was für den einen gelungene Beteiligung ist, ist es für den anderen noch lange nicht. Die Wissenschaft kennt verschiedene Stufen: Vom einfachen Informationen bereitstellen über das Meinungen einholen, die Möglichkeit mitzuentcheiden bis zum eigenverantwortlichen Handeln. Je größer die Beteiligung der Bürger, desto höher der potenzielle Nutzen für sie und die Region. Der Beitrag auf den Seiten 12 bis 13 beschreibt zum Beispiel, dass der regionale Nutzen erneuerbarer Energie-Projekte steigt, je mehr regionales Kapital in das Projekt fließt. Wie wichtig es dabei ist, gute regionale Netzwerke aufzubauen und Schlüsselakteure wie Landwirte und Kommunalräte mitzunehmen, zeigt die Begleitforschung des Bundeswettbewerbs Bioenergieregionen (Seiten 14 bis 15). Mecklenburg-Vorpommern holt interessierte Bürger und Gemeinden auf ihrem Weg zum Bioenergiedorf mit ins Boot, indem es sie von Anfang an informiert, berät und begleitet (Seite 16).

Auch die Akzeptanz und demokratische Legitimation erneuerbarer Energie-Projekte steigt mit dem Grad der Bürgerbeteiligung. In der Praxis sieht es aber damit oft schlecht aus – Entscheidungsträger und Planer sehen Beteiligung oft eher als Störung, vor allem, wenn wirtschaftliche Interessen im Spiel sind. Im Land mehren sich die Bürgerproteste, sei es gegen den Ausbau der Hochspannungsleitungen oder gegen Windparks. Das Dilemma, in dem sich Bürger bei solchen Protesten befinden, beschreibt der Beitrag auf den Seiten 18 bis 19. Auch die Vermaischung der Landschaft aufgrund des Booms von Biogasanlagen ist vielen ein Dorn im Auge. Unser Interview auf Seite 17 macht aber deutlich, dass die Forschung bereits einiges tut, um dieses Problem zu lösen.

An der Flächenkonkurrenz entzünden sich weitere Konflikte: Biomasseanbau, Windparks, Solaranlagen, Hochspannungsleitungen – all dies konkurriert mit anderen Flächennutzungen. Auch Landwirte protestieren, denn ihnen geht nicht nur durch den Bau solcher Anlagen, sondern auch durch die dazugehörigen ökologischen Ausgleichsmaßnahmen Fläche verloren. Lösungsmöglichkeiten hierfür reißt der Beitrag auf der Seite 22 an. Welche Auswirkungen die Novellen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in diesem Jahr für die Umsetzung der Energiewende in der Praxis haben könnten, fragen wir unsere Interviewpartner auf den Seiten 20 bis 21.

Immer mehr Bürger nehmen die Energiewende selbst in die Hand: Allein 2011 haben sie in Deutschland über 100 neue Bürgerkraftwerke gegründet (Seiten 26 bis 27). Die energieautarke Gemeinde Feldheim in Brandenburg sowie die Nordsee-Insel Pellworm zeigen beispielhaft, wie sie ihre eigene Energiewende bereits vollzogen haben (Seiten 28 bis 31).

Bürger und Kommunen können sich nicht nur mit erneuerbaren Energie-Projekten an der Energiewende beteiligen. Ohne Energieeinsparung und mehr Energieeffizienz wird sich Deutschland mit der Energiewende schwertun. Welche Potenziale hier vor allem bei den Kommunen schlummern, zeigen wir auf den Seiten 23 bis 25.

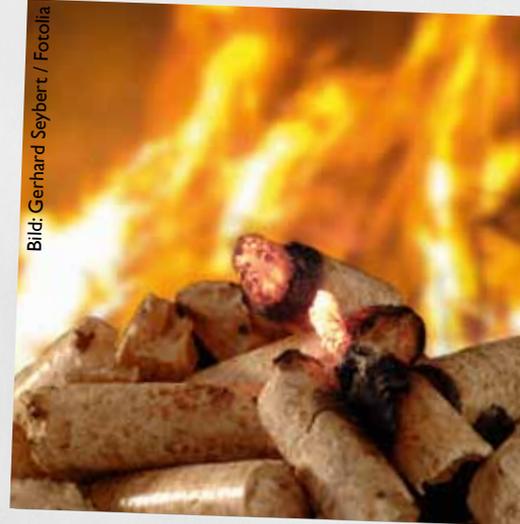


Bild: Gerhard Seybert / Fotolia



Bild: Contrastwerkstatt / Fotolia



Bild: Shutterstock

Bild: Shutterstock



Den regionalen Nutzen gezielt erhöhen

Je größer der ökonomische Nutzen ist, den Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien der Region bringen, desto eher werden diese von der regionalen Bevölkerung auch akzeptiert. Der folgende Beitrag zeigt, dass die Höhe des eingesetzten regionalen Kapitals hierbei eine entscheidende Rolle spielt.

Von Reinhold Kosfeld und Franziska Gückelhorn

Der Anteil erneuerbarer Energien an der Energieversorgung in Deutschland ist in den letzten Jahren beständig gewachsen, womit sie bereits wesentlich zur Erreichung der deutschen Klimaschutzziele beitragen. Darüber hinaus kann sich der Ausbau regenerativer Energien im ländlichen Raum auch auf die Wirtschaft positiv auswirken. Diese ökonomischen Effekte offen zu legen, vereinfacht die Kommunikation mit den Bürgern und verdeutlicht den konkreten Nutzen, den die erneuerbaren Energien ihnen bringen. Je nachdem, welche Akteure an den Anlagen beteiligt sind, unterscheiden sich die Effekte für eine Region hinsichtlich ihrer Wertschöpfung.

Regionale Wertschöpfung selbst berechnen

Der Begriff der „Wertschöpfung“ wird in der Literatur sehr vielschichtig definiert und interpretiert. Die hier verwendete Konzeption knüpft an volkswirtschaftliche Theorien an. In der Volkswirtschaftslehre bezeichnet man den in einer Unternehmung oder einem Gebiet während eines bestimmten Zeitabschnitts geschaffenen Wertzuwachs an Produktionsmitteln, Waren und Dienstleistungen als Wertschöpfung. Dazu gehören zum Beispiel die Gewinne des Unternehmens, die Gehälter der Angestellten und ein Teil der Nachfrage des Unternehmens nach Gütern (zum Beispiel Ersatzteile) oder Dienstleistungen (wie Wartung, Instandhaltung oder Steuerberatung).

Für die umfassende Berechnung der regionalen Wertschöpfungseffekte wurde im Rahmen eines Forschungsprojekts (siehe Kasten) eigens ein Verfahren entwickelt, das auch regionale Besonderheiten berücksichtigt. Der Untersuchungsfokus lag auf der Betriebsphase der Energieanlagen. Insbesondere Effekte, die durch die teilweise hohen Anfangsinvestitionen entstehen, werden nicht berücksichtigt, da diese Einmaleffekte kaum eine Rolle für die mittel- bis langfristige Planung der Kommunen spielen.

Kleine Biogasanlage – großer Effekt

Die Tabelle 1 zeigt die jährlichen Wertzuwächse pro Kilowatt (kW) installierter Leistung für typische Anlagen in den Modellregionen

Friesland, Nordschwarzwald, Hannover und Trier. Deutlich wird zum einen, dass sich die Effekte zwischen den einzelnen Energiearten stark unterscheiden. Den größten durchschnittlichen Zuwachs weist dabei mit 804 Euro pro kW die kleine eigenbetriebene Biogasanlage auf. Dies liegt vor allem an den hohen Betriebskosten aufgrund der dafür notwendigen, vergleichsweise teuren Biomasse. Windkraft und Photovoltaik führen hingegen wegen geringerer Betriebskosten zu deutlich niedrigeren Wertzuwächsen.

Standort und Importquote ausschlaggebend

Zum anderen fallen aber auch die Unterschiede innerhalb einer Energieart zwischen den einzelnen Regionen auf. Gründe sind im Wesentlichen die standortspezifische Ertragslage und die unterschiedlichen regionalen Importquoten für die zum Betrieb einer Anlage benötigten Waren und Dienstleistungen. Letzteres hängt vor allem von der Größe und der Wirtschaftsstruktur der Region ab. Friesland weist die geringsten Wertschöpfungseffekte auf. Ausnahme ist hier die Windenergie, bei der die Erträge aufgrund der klimatischen Verhältnisse überdurchschnittlich ausfallen. Wegen der geringen Größe der Region sind die zusätzlichen Einkommen durch eine gesteigerte Produktionstätigkeit im Vergleich zu den anderen drei Regionen jedoch niedriger. Hannover weist trotz der meist geringen Erträge hohe ökonomische Effekte auf, da es als Agglomerationsraum viele Waren und Dienstleistungen selbst bereitstellen kann.

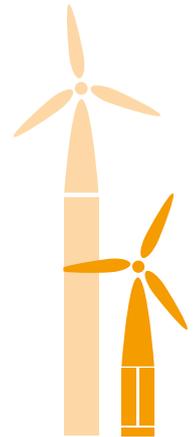
Windkraft schafft höchste regionale Wertschöpfung

Auf Basis der Ende 2009 tatsächlich installierten Leistung wurde schließlich die gesamte Wertschöpfung für die vier Modellregionen berechnet. Mit Abstand die größte Wertschöpfung schufen Windkraftanlagen. Insbesondere in Trier und Hannover spülte die Erzeugung von Strom aus Wind zusätzliche Mittel von rund 39 Millionen Euro beziehungsweise 28 Millionen Euro in die Kassen der Anteilseigentümer.

Wertschöpfungseffekte in Euro pro Kilowatt installierte Leistung für typische EE-Anlagen in den vier Modellregionen (Stand 2009)

Quelle: Eigene Berechnung.

	Biogas 150 kW	Biogas 450 kW	Wasser 10 kW	Wasser 300 kW	PV 5 kW	PV 150 kW	PV 3,4 MW	Wind 500 kW	Wind 2 MW
Friesland	694	340	284	309	133	137	90	76	90
Nordschwarzwald	814	408	333	362	157	162	107	56	75
Hannover	912	464	373	406	151	149	95	86	102
Trier	797	398	326	355	147	150	98	55	73
Durchschnitt	804	403	329	358	147	150	98	68	85



Wasserkraft spielte dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Auch die Photovoltaik zeigte trotz der starken Förderung durch den Staat in den letzten Jahren nur vergleichsweise geringe Wertschöpfungseffekte. Eine Ausnahme bildet der Nordschwarzwald, was vor allem auf die bessere Ertragslage aufgrund der vergleichsweise höheren Sonneneinstrahlung und die damit verbundenen höheren Investitionen in diese Energieart zurückzuführen ist.

Regionales Kapital ist entscheidend

Ein wesentlicher Teil der regionalen Wertschöpfung entsteht durch die Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Daher ist für einen hohen regionalen Wertschöpfungseffekt entscheidend, ob diese Kapitalzinsen der Region wieder zufließen, also eine Regionalbank an der Finanzierung des Projektes beteiligt ist. Im Rahmen der Wertschöpfungsrechnungen wurde eine regionale Kapitalquote von 45 Prozent angesetzt, was dem bundesdeutschen Mittel des Anteils von Krediten regionaler Banken bei Unternehmensinvestitionen entspricht. Die Abbildung 1 stellt exemplarisch die regionale Wertschöpfung für eine Zwei-Megawatt-Windkraftanlage mit durchschnittlichem Energieertrag für zwei weitere Szenarien dar.

Der linke Balken zeigt die gesamte jährliche Wertschöpfung der Anlage, wenn diese ausschließlich durch externes Kapital finanziert wird, der rechte illustriert das konträre Ergebnis bei einer regionalen Finanzierung von 100 Prozent. Bei Finanzierung der Anlage ausschließlich durch regionales Kapital beträgt der Anteil der Wertschöpfung, der sich aus der Kapitalverzinsung speist, etwa 60 Prozent. Das bedeutet: Finanziert ein externer Investor eine Anlage unter Ausschluss der Regionalbanken, erreicht die regionale Wertschöpfung nur etwa die Hälfte des Wertes, der bei 100 Prozent regionalem Kapitaleinsatz möglich wäre.

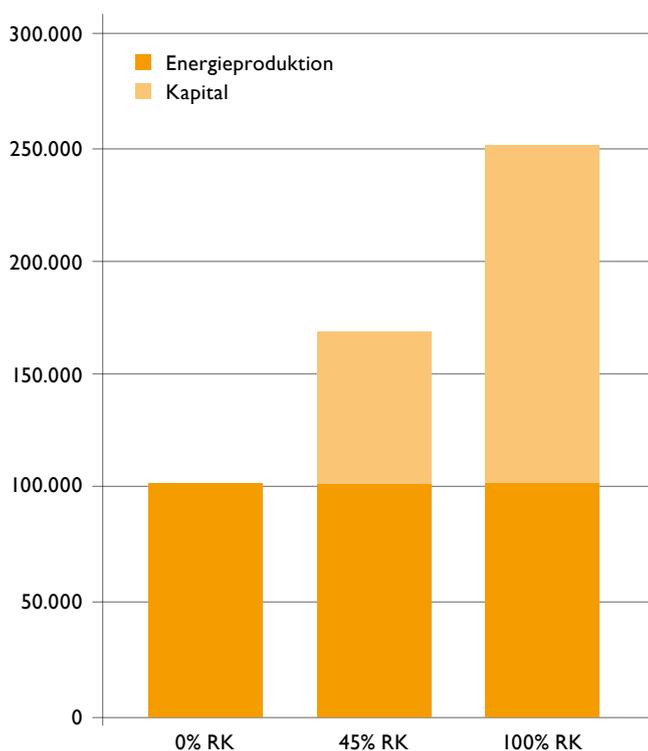
Externen Investoren zuvorkommen

Grundsätzlich muss die Regionalplanung bei der Ausweisung von Nutzungsflächen konkurrierende Raumnutzungen abwägen. Erneuerbare Energien konkurrieren dabei nicht nur mit Lebensmittelproduktion und Industrie, sondern auch untereinander. In die Entscheidungsprozesse sollten deshalb die regionalen Wertschöpfungspotenziale erneuerbarer Energien einfließen. Damit würde deren Ausbau seitens der Regionalplanung nicht nur als regulative Aufgabe, sondern auch als ökonomische Chance für die Region wahrgenommen und in die Öffentlichkeit transportiert.

Um maximale regionale Wertschöpfungseffekte zu erzielen, sollte eine Anlage möglichst ausschließlich über regionales Kapital finanziert werden. Dies kann über regionale Banken und Fonds geschehen, aber auch über die Bereitstellung von Bürgerkapital, wie es zum Beispiel in Form von Bürgerwindparks in der Praxis bereits erprobt ist. Die dafür notwendigen Flächen müssen jedoch rechtzeitig gesichert werden, bevor externe Investoren auf den Plan treten.

Wertschöpfungspotenzial einer Zwei-Megawatt-Windkraftanlage in Abhängigkeit vom Anteil des regionalen Kapitals (RK) – Durchschnitt

Quelle: Eigene Darstellung.



Das Forschungsprojekt

Dieser Beitrag basiert auf den Ergebnissen des Forschungsprojektes „Strategische Einbindung regenerativer Energien in regionale Energiekonzepte – Wertschöpfung auf regionaler Ebene“. Das Projekt wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) sowie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) innerhalb des Forschungsprogramms „Modellvorhaben der Raumordnung“ (MORO) bearbeitet.



Mehr Informationen:

Prof. Dr. Reinhold Kosfeld
 Franziska Gückelhorn
 Institut für Volkswirtschaftslehre
 Telefon: 0561 / 804 30 84; -30 35
 E-Mail: rkosfeld@wirtschaft.uni-kassel.de
 franziska.gueckelhorn@uni-kassel.de

Bioenergie für alle und mit allen

Die Energieversorgung einer Region auf Bioenergie umzustellen, wirft nicht nur eine Menge technischer Fragen auf. Es ist vor allem die Einbindung aller Betroffenen, die über den Erfolg eines solchen Großprojektes entscheidet. Deshalb stand in der ersten Förderphase des Wettbewerbs „Bioenergie-Regionen“ die Schaffung funktionierender Netzwerke im Fokus.

Von Peter Altmann

Als im Jahre 2009 im Rahmen des Wettbewerbs „Bioenergie-Regionen“ des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) aus insgesamt 210 Bewerbern 25 Regionen ausgewählt wurden, war deren Aufgabe für die kommenden drei Jahre vor allem, mittels Maßnahmen wie Netzwerkbildung, Wissenstransfer und Öffentlichkeitsarbeit den Ausbau der Bioenergie in der Region zu fördern. Die Idee dahinter: Viele einzelne Betroffene sollten zu Protagonisten der Umstellung auf die erneuerbare Energiequelle Biomasse werden. Bürger, Landwirte, Industriepartner, Naturschutzorganisationen, aber auch kommunale Entscheider müssen gemeinsam an diese Idee glauben und für sie arbeiten. Nach der ersten, dreijährigen Förderphase analysieren nun SPRINT und nova-Institut die verschiedenen Wege und Erfolge der Regionen beim Aufbau der Bioenergie-Netzwerke.

Ziele der Auswertung

„Bei unserer Analyse geht es uns zum einen um die Netzwerkstrukturen, die in den Bioenergie-Regionen entstanden sind, aber auch um die Konflikte, denen sie sich gegenübersehen oder gesehen haben“, erklärt Dirk Schubert, Geschäftsführer vom nova-Institut. Hierzu werden die Berichte der Regionen ausgewertet und Befragungen durchgeführt. „Etwa 660 Menschen haben wir in der ersten Netzwerkanalyse

bereits interviewt, eine Vielzahl wird in der aktuell laufenden zweiten Netzwerkanalyse noch folgen“, so Dirk Schubert. Mit dem Vergleich sollen die Veränderungen in den Netzwerken erfasst und Rückschlüsse gezogen werden, wie erfolgreich das mit Bundesmitteln geförderte Projekt „Bioenergie-Regionen“ ist.

Biomasse und ihr Konfliktpotenzial

Das Konzept, aus Biomasse Energie zu gewinnen, ist nicht unumstritten. Denn bewirtschaftbares Land ist in Deutschland nicht im Überfluss zu haben – es besteht die Gefahr, dass Energiepflanzen die Erzeugung von Lebensmitteln verdrängen oder in naturschutzrelevante Gebiete eingreifen.

Eine Aufgabe der Bioenergie-Regionen ist es daher, mögliche Konfliktbereiche zu identifizieren und neue Lösungswege zu erproben. Die Auswertung der Regionalen Entwicklungskonzepte der 25 Bioenergie-Regionen ergab, dass etwa 80 Prozent der Bioenergie-Regionen das größte Konfliktpotenzial im Bereich Umwelt- und Naturschutz sehen. „Anlagenbezogene Probleme, etwa die Geruchs- und Lärmbelästigung durch Biogasanlagen, geben 60 Prozent der Regionen als Konfliktbereich an, 50 Prozent sehen die Flächenkonkurrenz mit der Landwirtschaft als Problem“, so Dirk Schubert. Entsprechende Aufgaben ergaben sich für die Regionen beim Aufbau ihrer Netzwerke.

Die kommunalen Entscheider sind unumgängliche Partner bei der Umstellung auf Bioenergie. 19 der 25 Bioenergie-Regionen haben die größte Energie darauf verwendet, die kommunalen Akteure zu überzeugen und einzubinden.

80 Prozent der Bioenergie-Regionen sehen das größte Konfliktpotenzial im Bereich Umwelt- und Naturschutz. Alternative Energiepflanzen zum Mais – etwa das Schilfgras Miscanthus – können diese Konflikte mindern.

Bild: Gina Sanders / Fotolia

Bild: Bioenergie-Region H.O.T.

RATHAUS



Will man die Bürger einer Kommune von dem Sinn der Energieumstellung überzeugen, dann zeigt eine allgemeine Imagekampagne zur Bioenergie Wirkung. Mit Postern, die Befürworter des Projektes zeigen, war die Region Hohenlohe-Odenwald-Tauber erfolgreich.

gung mit erneuerbaren Energien, etwa nach Güssing oder Jühnde. Die Machbarkeit mit eigenen Augen zu sehen und von den Erfolgreichen zu lernen, seien unersetzbare Erlebnisse.

Diskussionen bis zum Konsens

Zur Analyse der Begleitforschung gehört auch, die eigentliche Arbeit der Netzwerke zu beurteilen. Wie moderiert eine Bioenergie-Region im Konfliktfall, wie bringt sie unterschiedliche Ansprüche und Forderungen zu einem gemeinsamen Ergebnis? „Wir schaffen mit unserer Arbeit keine Verbindlichkeiten, können niemanden zur Umsetzung irgendeiner Maßnahme zwingen“, schränkt Andreas Scheurig ein. Doch für das Ziel, Beteiligte zu enger Zusammenarbeit zu bewegen, habe sich gerade der Netzwerkgedanke als sinnvoll erwiesen. „Hier kommen alle zu Wort, hier werden auch mal hitzige Debatten geführt, aber immer der Konsens gesucht“, so Andreas Scheurig. Als Beispiel für einen Konsens nennt er den Versuch, das Problem der Flächenkonkurrenz mit anderen Energiepflanzen als Mais zu lösen. „Derzeit testen wir die Durchwachsene Silphie und das Schilfgras Miscanthus als potenzielle Alternativen.“

Jede Region startet anders

Mit welchen Problemen sich die Regionen auseinandersetzen müssen und welche Akteure sie überzeugen müssen, unterscheidet sich sehr stark. „Die Region H-O-T etwa hatte als strukturstarke Region sehr gute Ausgangsbedingungen und hier gab es unter anderem dank Leader- und Region-Aktiv-Programmen bereits gute Strukturen“, so Dirk Schubert. In anderen strukturschwächeren Regionen musste mit viel weniger etablierten Netzwerken gestartet werden. Vergleiche zwischen diesen verschiedenen Wegen zu ziehen, ist nun in den kommenden Monaten die schwierige Aufgabe der Begleitforscher. Gleichzeitig geht das Projekt „Bioenergie-Region“ in eine neue Förderrunde. Eine der kommenden Aufgaben entspricht dem Netzwerkgedanken besonders: Für jede schon bestehende Bioenergie-Region soll eine „Zwillingsregion“ gefunden werden. Die kann dann von den Erfahrungen ihrer großen Schwester profitieren.

Entscheidende Akteure einbinden

„Für 15 der 25 Regionen waren es vor allem die Landwirte, die es für das Projekt Bioenergie zu gewinnen galt, zehn Regionen sahen die Anlagenbetreiber als wichtige Gruppe und neun sahen die Bürgerbeteiligung als wichtige Aufgabe bei der Netzwerkbildung“, so Dirk Schubert. Doch erstaunlicher als diese Zahlen ist eine andere: 19 der 25 Regionen haben die größte Energie darauf verwendet, die kommunalen Akteure zu überzeugen und einzubinden. Tatsächlich zeigen sich die kommunalen Entscheider auch in der Praxis als unumgängliche Partner bei der Umstellung auf Bioenergie: Zum einen haben sie großen Einfluss auf andere Gruppen und können die politischen Rahmenbedingungen für diesen Prozess schaffen. Zum anderen verfügen sie häufig selbst über entscheidende Einsatzmöglichkeiten für die Nutzung der neu gewonnenen Energie, wie Schulen oder große öffentliche Gebäude. So erklärt sich das erfolgreiche Netzwerken der Region Hohenlohe-Odenwald-Tauber (H-O-T) unter anderem damit, dass die Landräte von Anfang an zu den Unterstützern des Projektes gehörten. „In den drei beteiligten Landkreisen war das Thema Bioenergie bereits ganz gut etabliert“, sagt Andreas Scheurig, Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bioenergie-Region H-O-T. Nun galt es also, kreisübergreifend aktiv zu werden.

Schlüsselfaktoren des Erfolgs

Erfolgreiche Netzwerkarbeit basiert auf sinnvollen Strukturen und guter Kommunikation. Will man etwa die Bürger einer Kommune vom Sinn der Energieumstellung überzeugen, kann eine allgemeine Imagekampagne zur Bioenergie Wirkung zeigen. Mit Postern, die Befürworter des Projektes zeigen, war die Region H-O-T erfolgreich. „Wichtig dabei war, neben der Brandbreite von Protagonisten – zum Beispiel einem Landwirt, einem Forstwirt und Familien – auch mit bekannten Gesichtern zu werben“, so Andreas Scheurig. So würden die Plakate mit dem Fußballer Bogdan Müller zum Beispiel noch heute häufig von Fans angefragt. „Besonders starke Argumente bieten bereits funktionierende Pilotprojekte“, sagt Dirk Schubert. Man stecke drei Kommunalpolitiker in einen Bus und fahre mit ihnen zu einem guten Beispiel für die Versor-

Neue Förderphase für Bioenergieregionen

Ab Mai 2012 unterstützt das Bundeslandwirtschaftsministerium in einer zweiten Förderphase die 25 Bioenergieregionen. Die Regionen sollen in dieser Phase die Schwerpunkte ihrer Arbeit darauf legen, regionale Wertschöpfung aus Bioenergie zu schaffen, die Effizienz von Biomassestoffströmen zu erhöhen sowie gezielt Wissen in andere Regionen zu vermitteln. Dabei sollen sie zukünftig mit einer Partnerregion zusammenarbeiten.



Mehr Informationen:

Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.
 Telefon: 03 8 43 / 69 30 0
 E-Mail: info@bioenergie-regionen.de
 www.bioenergie-regionen.de

nova-Institut für politische und ökologische Innovation GmbH
 Telefon: 02 2 33 / 48 14 40
 E-Mail: contact@nova-institut.de
 www.nova-institut.eu

Mehr Informationen



Bioenergiedörfer gut beraten

Beim Thema Energiewende prescht Mecklenburg-Vorpommern voran: Um die dezentrale Nutzung regenerativer Energien flächendeckend umzusetzen, werden Bioenergiedörfer und solche, die es werden wollen, im Projekt „Coaching (Bio)EnergieDörfer“ professionell beraten.

Von Sören Bronsert

Eine der zentralen Ideen von Bioenergiedörfern ist es, durch den Ausbau erneuerbarer Energien die Emissionen von klimaschädlichem Kohlendioxid zu verringern und zugleich kleineren Gemeinden in strukturschwachen Regionen neue Handlungsräume durch lokale Wertschöpfung zu eröffnen. 100 Prozent des Strom- und 75 Prozent des Wärmebedarfs solcher Dörfer sollen aus erneuerbaren Energiequellen – nachwachsenden Rohstoffen, Solarenergie, Windkraft und Geothermie – gedeckt werden.

Interessen gebündelt, Beratung organisiert

Etliche Schwierigkeiten bei technischen und finanziellen Fragestellungen, Probleme hinsichtlich des Stromnetzes, bürokratische Hürden sowie verschiedenste Interessenkonflikte zeigten in Mecklenburg-Vorpommern (MV) jedoch schnell, dass diese Aufgabe nur in einem größeren Zusammenhang angegangen werden kann. Die Stiftung Akademie für Nachhaltige Entwicklung rief daher im Jahr 2009 das Projekt „Coaching (Bio)EnergieDörfer“ ins Leben. Dieses bündelt die Aktivitäten von Institutionen, Kommunen, Landeseinrichtungen und Vereinen in MV in einem strategischen Netzwerk. Partner sind zum Beispiel das Netzwerk Regionale Energie, die Bioenergieregionen Mecklenburgische Seenplatte und Rügen, die Landgesellschaften, der Genossenschaftsverband, der Städte- und Gemeindegtag, das Thünen-Institut für Regionalentwicklung, das Institut für angewandtes Stoffstrommanagement sowie das Landwirtschaftsministerium in MV. Die Mitarbeiter des Projektes organisieren eine professionelle Beratung sowie Veranstaltungen und Gemeindefestungen vor Ort. Hierfür stellte das Land 300.000 Euro aus dem Zukunftsfonds Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung, 20.000 Euro steuerte die Stiftung Akademie für Nachhaltige Entwicklung bei.

Professionelle Hilfe bis zur Umsetzung

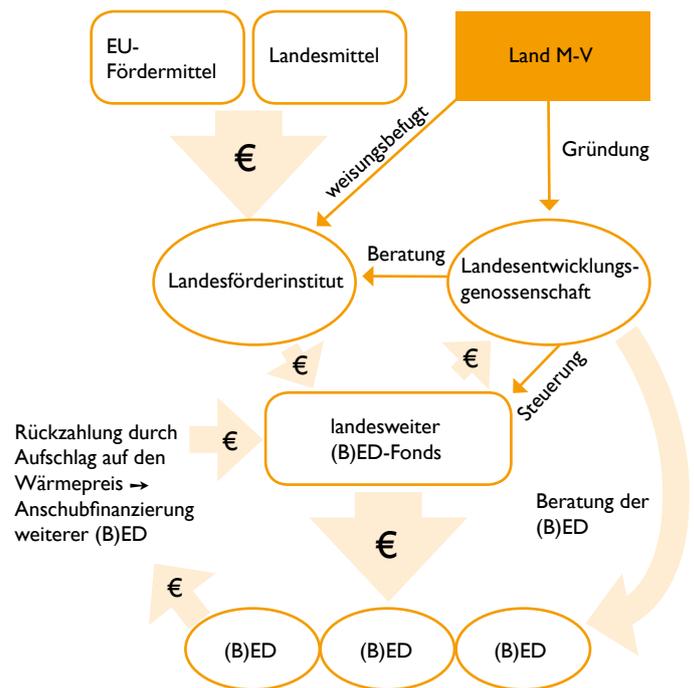
Im Rahmen des Coachings analysieren Ingenieure und Rechtsanwälte die Potenziale einer Gemeinde bezüglich der Einsparung, Erzeugung und Abnahme von Energie. Darauf aufbauend erstellen sie ein Konzept, das die notwendigen Schritte zum Bioenergiedorf beschreibt und Fördermöglichkeiten aufzeigt. Für einen einheitlichen Beratungsstandard sorgen ein Runder Tisch der Ingenieure sowie der Arbeitskreis Recht. Die Erstellung des Konzeptes kann über verschiedene Wege finanziert werden – etwa aus Landesmitteln der Agenda 21 (50 Prozent), Fördermitteln der Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE) (20 Prozent) sowie Gemeindefestungen (30 Prozent). Finanziell schwache Gemeinden können auch die potenziellen Energielieferanten oder -nutzer in die Finanzierung mit einbeziehen. Auf regionalen Großveranstaltungen, in Workshops, bei Exkursionen sowie Vor-Ort-Terminen werden interessierte Bürger und Gemeinden informiert. Mehr als 1000 Teilnehmer nutzten bereits diese Chance.

Der Ansatz macht Schule

Nach drei Jahren zeigen sich erste positive Ergebnisse: 77 Gemeinden haben per Ratsbeschluss festgelegt, Bioenergiedorf zu werden, die ersten vier befinden sich in der konkreten Umsetzung. 21 Machbarkeitsstudien werden derzeit erstellt, 13 weitere sind in Vorbereitung. In den nächsten zehn Jahren plant MV bis zu 500 Bioenergiedörfer. Das nötige Investitionsvolumen von fünf Milliar-

Revolvierender (B)ED*-Fonds zur Anschubfinanzierung der Hausübergabestationen und Nahwärmenetze

Quelle: Prof. Dr. Peter Heck, Institut für angewandtes Stoffstrommanagement



*(B)ED = (Bio)EnergieDorf

den Euro möchte das Land über einen landesweiten revolvierenden Anschubfonds realisieren (siehe Abbildung). Seit 21. Februar 2012 unterstützt zudem eine landesweite „(Bio)EnergieDörfer Genossenschaft“ die Dörfer in der finanziellen, betriebswirtschaftlichen und organisatorischen Projektentwicklung. Die Inhalte und die Methode des Coachings stoßen auch in Brandenburg auf Interesse. Im Sommer 2011 gründete sich dort der Verein Bioenergiedorf-Coaching Brandenburg, der in einem engen Austausch mit Mecklenburg-Vorpommern steht.



Mehr Informationen:

Bertold Meyer
Coaching (Bio)EnergieDörfer Mecklenburg-Vorpommern
Telefon: 01 70 / 23 69 2 62
E-Mail: b.meyer@fane-mv-ev.de
www.nachhaltigkeitsforum.de

Andrea-Liane Spangenberg
Bioenergie-Coaching Brandenburg e.V.
Telefon: 03 32 31 / 62 1 05
E-Mail: spangenberg@bioenergiedorfcoaching.de
www.bioenergiedorf-coaching.de

Mehr Informationen



Bild: FNR

Dr. Andreas Schütte
Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.

„Wir forschen für mehr Praxisreife“

Dr. Andreas Schütte ist Geschäftsführer der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR) in Gülzow in Mecklenburg-Vorpommern. Die FNR wurde 1993 auf Initiative der Bundesregierung gegründet, um Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsprojekte im Bereich nachwachsende Rohstoffe zu koordinieren. www.fnr.de



Herr Dr. Schütte, die Bevölkerung sieht die zunehmende „Vermaisung“ der Landschaft infolge des Biogasanlagen-Booms immer kritischer. Ist das berechtigt?

Zuallererst möchte ich betonen, dass Mais nicht per se schlecht ist. Das wird immer so dargestellt, aber es kommt darauf an, wie hoch der Maisanteil in der betroffenen Region schon ist. Da, wo es vorher keinen oder nur wenig Mais gab, kann der Mais durchaus eine Bereicherung sein und die Fruchtfolge auflockern. Nur in den traditionell viehstarken Regionen wie zum Beispiel Vechta-Cloppenburg in Niedersachsen, wo auch der Anteil des Futtermaises schon hoch ist, kann der Maisanbau zum Problem werden.

Gibt es denn schon ernst zu nehmende Alternativen zum Energiemais?

Ja, es gibt schon einige interessante alternative Biogaspflanzen, allen voran die Durchwachsene Silphie. Auch zu Hirse- und Getreidearten, Gräsern, Zuckerrüben, Kartoffeln oder Leguminosen forschen wir. Man darf nur nicht den Fehler machen, dabei nur die Einzelkultur in den Vordergrund zu stellen. Wichtig ist, wie die Kulturen innerhalb einer Fruchtfolge zusammenwirken und wie letztlich das wirtschaftliche Gesamtergebnis der Fruchtfolge ausfällt. Zudem hängt die Eignung bestimmter Kulturen und Fruchtfolgen auch vom Standort ab. In unseren Versuchen haben Fruchtfolgen mit einem hohen Maisanteil meist immer noch die höchsten Erträge bei vergleichsweise geringen Produktionskosten. Dies gilt vor allem für fruchtbare Böden mit günstigen klimatischen Verhältnissen. Auf trockenen Standorten mit leichten Böden stehen alternative Kulturen, wie Sorghumhirsen oder Getreideganzpflanzen, aber bereits deutlich besser da. Durch weitere Züchtung oder auch völlig neue Arten wird sich die Situation in den nächsten Jahren noch deutlich zu Gunsten der Maisalternativen verändern.

Trotzdem sind alternative Biogaspflanzen bisher in der Praxis kaum verbreitet. Woran liegt das?

Das hat je nach Kultur ganz unterschiedliche Gründe. Bei der Durchwachsenen Silphie liegt es zum Beispiel daran, dass diese bisher kaum züchterisch bearbeitet wurde: Die Samen haben von Natur aus

eine geringe Keimfähigkeit. Da die Saat sich zu Beginn recht langsam entwickelt, ist eine sorgfältige Unkrautregulierung erforderlich. Daher wird die Silphie aktuell meist noch im Gewächshaus vorgezogen und dann gepflanzt. Das ist für Landwirte mit hohen Kosten verbunden. Wir arbeiten jedoch daran, für die Silphie ein Direktsaatverfahren zu entwickeln. Zudem wird für ihren Einsatz ab 2012 im Rahmen des EEG eine im Vergleich zu anderen gängigen Energiepflanzen höhere Vergütung gewährt.

Wie sieht es mit dem Misanbau aus, den die Naturschutzseite oft fordert?

Da muss man unterscheiden. Wissenschaftliche Untersuchungen zum Misanbau von nicht miteinander verwandten Arten – etwa Getreide und Leguminosen zusammen – zeigen häufig keine Ertragssteigerungen gegenüber der jeweiligen Reinkultur. Der Misanbau verschiedener Getreidearten oder -sorten hingegen bringt oft mehr Vorteile, etwa weil die Mischungen robuster auf spezialisierte Krankheitserreger reagieren.

Aus ökologischer und aus ökonomischer Sicht sind mehrjährigen Wildpflanzenmischungen sehr interessant. Wir fördern zum Beispiel das Projekt „Energie aus Wildpflanzen“, das die Bayerische Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau, der Deutsche Verband für Landschaftspflege und weitere Partner umsetzen. Bei den Wildpflanzen ist es eine besonders große Herausforderung, für unterschiedliche Standorte geeignete Mischungen zu finden. Solche Wildkräuteransaatenerzielen zwar geringere Biogaserträge als Mais, trotzdem sind sie ökonomisch interessant, weil sie praktisch keine Pflege benötigen. Sie werden weniger gedüngt und brauchen keine Pflanzenschutzmittel. Ein weiterer Vorteil in Zeiten knapper werdender Flächen: Hier werden Energiepflanzenproduktion und Artenvielfalt, also Landwirtschaft und Naturschutz, unter einen Hut gebracht.

Das Gespräch führte Juliane Mante



Streit um die Netze übers Land

Über Land geführte zusätzliche Hochspannungsleitungen sollen zukünftig den Strom in Deutschland vor allem von Nord nach Süd transportieren. Doch entlang der geplanten Routen formiert sich Widerstand. Dieser Beitrag zeigt: Solche Großprojekte werden von den Bürgern nur akzeptiert, wenn man ihnen Mitspracherecht einräumt.

Von Peter Altmann

Nicht immer weht der Wind, und die Sonne scheint nicht ununterbrochen, deshalb gilt es zukünftig, Produktion, Transport und Verbrauch von Strom intelligent miteinander zu vernetzen. Intelligente Stromnetze, sogenannte Smart Grids, sollen dann für eine stabile Stromversorgung auch bei Windstille und wolkenverhangenem Himmel sorgen. Doch neben dem cleveren Management von Strom steht noch eine ganz andere Herausforderung an: Große Offshore-Windanlagen in der Nordsee sollen viel Strom produzieren, der dann in den Süden der Republik transportiert werden muss. Damit die Verteilung auch zukünftig funktioniert, steht der Ausbau des Stromnetzes an.

Bei Verwendung herkömmlicher Technik müssen laut Netzstudie der Deutschen Energie-Agentur (Dena) 4.500 Kilometer Höchstspannungstrassen neu gebaut werden. Die Studie der Dena untersucht, wie das Stromnetz in Deutschland bis 2020/25 beschaffen sein muss und für die neuen Herausforderungen durch den Ausbau der erneuerbaren Energien optimiert werden kann. Tatsächlich bietet die Studie aber mehrere Szenarien: Je nach Übertragungsvariante könnten auch nur 1.700 Kilometer neue Trassen nötig sein.

Die Bevölkerung mitnehmen

Aus Sicht der Umweltverbände ist der Trassenausbau jedoch nur möglich, wenn für ausreichende Akzeptanz in der Bevölkerung gesorgt wird. Der Ausbau müsse auf das notwendige Maß beschränkt und sozial- und naturverträglich gestaltet werden, fordert etwa die Deutsche Umwelthilfe. Das sieht die Industrie ähnlich: Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau betrachtet die Verkürzung der Ergebnisse der Dena-Studie auf die Aussage „3.600 Kilometer mit konventioneller Wechselstromtechnologie“ als fahrlässig. Alternative Techniken wie Gleichstromanlagen

oder Erdkabelverlegungen müssten diskutiert und so um die Unterstützung der Bevölkerung geworben werden.

Die Sicht der Betroffenen

Bereits heute rauscht an den Bewohnern in Neuss-Reuschenberg jede Menge Strom vorbei: Wenige Meter von ihren Wohnhäusern entfernt verläuft eine der 380-Kilovolt-Hochspannungsleitungen, eine weitere – mit 220 Kilovolt (kV) „kleine“ Leitung – steht gleich daneben. „Nach den Ausbauplänen bekämen wir anstatt der kleinen eine weitere der 380-kV-Leitungen in unmittelbarer Nähe hinzu“, erklärt Willi Traut von der bereits 2008 gegründeten Bürgerinitiative „Pro-Erdkabel Neuss-Reuschenberg“. Deren Ziel: „Wir fordern die Einhaltung des Paragraphen 35 Baugesetzbuch, in dem gesetzlich vorgeschrieben wird, dass solche Höchstspannungsfreileitungen in sensiblen Gebieten mindestens 200 Meter von einer Wohnbebauung entfernt sein müssen.“ Tatsächlich seien die Masten lediglich 40 bis 50 Meter von der Wohnbebauung entfernt. In einem kleinen Neubaugebiet verlaufen die Leitungen sogar direkt über der Wohnbebauung.

Begründet wird die Ablehnung weiterer Überlandleitungen zum einen mit dem Eingriff in die Natur und dem damit verbundenen Wertverlust der Immobilien. „Wir sind eine ländliche Region, der Verlust an naturbelassener Landschaft wiegt schwer. Ich muss davon ausgehen, dass mein Haus praktisch unverkäuflich wird, wenn die Trasse gebaut wird“, erklärt Klaus Rohmund von der Bürgerinitiative „Keine 380-kV-Freileitung im Werra-Meißner-Kreis“. Ein weiteres Argument sind die von den Stromleitungen ausgehenden gesundheitsschädigenden Wirkungen. Diese sind allerdings sehr umstritten, bisher konnte kein klarer Kausalzusammen-

- ✓ Organisiert in der Bürgerinitiative Pro-Erdkabel Neuss-Reuschenberg (NRW) kämpfen Bewohner gegen neue Überlandleitungen. Ihre Forderung: Der Strom soll durch Erdkabel transportiert werden.





hang bewiesen werden. „Allerdings gibt es Hinweise auf erhöhte Leukämiefälle bei Kleinkindern“, so Klaus Rohmund. Auch wenn hier nichts klar bewiesen ist, scheint aus Bürgersicht Vorsorge anstatt Risikobereitschaft geboten. Deshalb fordern die meisten Bürgerinitiativen entweder weiter entfernte Streckenführungen der Trassen, die alternative Erdverkabelung oder am liebsten den Umbau auf Gleichstromanlagen.

Mitsprache wird hart erkämpft

Ob es sich nur um Verunsicherung und irrationale Ängste handelt oder ob harte Fakten gegen die Baumaßnahmen sprechen, in jedem Falle ist es ratsam, Anwohner in den Planungsprozess einzubeziehen. „Sobald wir aus den Medien von grundsätzlichen Plänen erfahren, haben wir sofort reagiert und uns organisiert“, erklärt Willi Traut, Vermessungsingenieur und bis zu seiner Pensionierung 40 Jahre im öffentlichen Dienst tätig. Allerdings sei der Kampf um Mitsprache nicht einfach. Zum einen sei das Thema sehr komplex: Technisches Wissen und Verständnis von verwaltungsrechtlichen Fragen seien gefragt. Und spätestens wenn die Netzbetreiber mit einer Studie zur Machbarkeit eines Projektes kämen, stünden die Bürgerinitiativen im Regen. Denn ihnen fehlen die finanziellen Mittel, die Willi Traut auf mindestens 10.000 Euro schätzt, um eine Studie für ihre Vorschläge beizusteuern. Auf diese Weise bekämen die engagierten Bürger schnell den Stempel der Verhinderer, obwohl sie sich gern mehr und direkter in die Prozesse einbringen wollen.

Erster Schritt: Gehör finden

So bleibt Bürgerinitiativen erst einmal nur der aktive Widerstand: Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und Medienarbeit. Doch schon hier sollte man sich nicht als Einzelkämpfer verstehen. „Wir haben recht schnell gemerkt, dass wir in der Kommune große Unterstützung finden. Neun von zehn Ortsbeiräten der betroffenen Stadtteile haben wir für unsere Resolution gewinnen können“, so Klaus Rohmund. Auch die Bürgerinitiative „Pro-Erdkabel-Neuss-Reuschenberg“ war dank Vernetzung erfolgreich: Als Ergebnis einer Unterschriftensammlung fanden die Aktiven um Willi Traut Gehör im Bundesumweltministerium von Nordrhein-Westfalen.

Zweiter Schritt: Gehört werden

Nun hat auch die Bundesnetzagentur im Rahmen der bundesweiten Trassenplanung die Bürgerinitiativen aufgerufen, ihre Positionspapiere einzureichen. Doch Michael Zschiesche, geschäftsführender Vorstand des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen zeigt Skepsis, ob das ein Wandel hin zu mehr Bürgerbeteiligung ist. „Ein Strategiepapier kann man formal als Anhörung verstehen, nach der Informationsbeteiligung die zweite Stufe der Bürgerbeteiligung.“ Echte Dialogprogramme sieht Zschiesche erst, wenn auf die Argumente der Bürger in runden Tischen oder Mediationsverfahren eingegangen wird. Er rät dazu, Forderungen nicht nur in eine „Black Box“ zu schicken, sondern nachzuhaken.

Technik-Dialog

Die Bundesnetzagentur veranstaltet einen „Technik-Dialog“: Am 16. März geht es in Bonn um Speichertechnologien, am 22. und 23. März stehen in Göttingen die Dezentralisierung und der Netzausbau zur Diskussion. Weitere Veranstaltungen zu Freileitungen und Erdkabeln sind im April geplant.

Nähere Informationen unter:

www.bundesnetzagentur.de → Aktuelles Energie → Technik-Dialog 2012

„Alles hängt von der Entscheidung der Behörde ab“

Bild: Fachverband Biogas e.V.



David Wilken
Fachverband Biogas e.V.

David Wilken ist Leiter des Referats Abfall, Düngung und Hygiene im Fachverband Biogas e.V. In dem Verein sind bundesweit über 4600 Betreiber, Hersteller und Planer von Biogasanlagen, Vertreter aus der Forschung sowie sonstige Interessierte organisiert. www.biogas.org



Herr Wilken, was würde konkret auf die Biogasanlagenbetreiber zukommen, wenn in Biogasanlagen eingesetzte Gülle als Abfall definiert wird?

Das ist im Moment noch schwer zu sagen, viele Auswirkungen sind noch nicht abschätzbar. Möglich ist aber, dass diese Gülle dann auf bestimmten Flächen nicht mehr eingesetzt werden darf. Das gilt zum Beispiel für Pachtflächen, auf denen das Ausbringen von Abfällen explizit verboten ist. Bei Wasserschutzgebieten kann jede Behörde von Fall zu Fall entscheiden, ob sie die Ausbringung von

vergorener Gülle erlaubt. Auch kann die Abfalleigenschaft den Erhalt von Fördergeldern für Agrarumweltmaßnahmen verhindern. Dass Biogasanlagen, in denen Gülle eingesetzt wird, vorzeitig einer Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzrecht bedürfen, ist zum Glück abgewendet worden.

Entscheidend ist, ab welchem Zeitpunkt die Behörde die Gülle als Abfall definiert: Deklariert sie zum Beispiel die Gülle bereits auf dem landwirtschaftlichen Betrieb als Abfall, könnten schon für den Transport zur Biogasanlage erhöhte Anforderungen gelten – etwa bezüglich der Sicherheit der Behälter. Schärfere hygienische Anforderungen lassen sich zur Zeit vom Kreislaufwirtschaftsgesetz nicht ableiten. Das kann sich aber im Rahmen zukünftiger Verordnungen – etwa durch eine erneute Novelle der Bioabfall-Verordnung – noch ändern.

Wie könnte sich dieser Umstand auf die Biogasbranche auswirken? Werden kleinere Biogasanlagen stärker zu kämpfen haben als große?

Es wird im Moment ganz deutlich, dass die Biogasbranche sehr verunsichert ist. Schon jetzt setzen Anlagenbetreiber keine Gülle mehr ein. Dabei ist sie sehr wichtig für die Stabilität der Biogasproduktion. Die Betreiber weichen jedoch auf andere Substrate aus, da sie die konkreten Folgen derzeit nicht abschätzen können. Kommen zusätzlich Auflagen zum Transport hinzu, wird der Einsatz von Gülle immer unrentabler. Diese Entwicklung steht völlig konträr zu den energiepolitischen Zielen der Bundesregierung. Die Auflagen, die auf die Betreiber zukommen, sind unabhängig von der Größe ihrer Anlage. Es ist aber natürlich so, dass kleinere Biogasanlagen in der Regel ein geringeres finanzielles Polster haben und demzufolge stärker von zusätzlichen Auflagen getroffen werden.

Welchen Spielraum haben Länder und Behörden nun, die Auswirkungen für Biogasanlagenbetreiber in Grenzen zu halten?

Ab 1. Juni 2012 ist es endgültig: dann fällt Gülle im Verwertungspfad der Biogasanlage offiziell unter das Abfallrecht und die jeweilige Behörde hat die Entscheidungsbefugnis. Alles hängt dann davon ab, ob Biogas-Gülle tatsächlich als Abfall eingestuft wird. Die Länder können hierzu Regelungen für den Vollzug erlassen, die den Behörden als Entscheidungshilfe dienen. Im Kreislaufwirtschaftsgesetz wird zum Beispiel der Status des Nebenproduktes aufgeführt. Wird Biogas-Gülle als Nebenprodukt definiert, ist sie kein Abfall mehr.

Biogas-Gülle im novellierten Kreislaufwirtschaftsgesetz

Am 1. Juni 2012 tritt in Deutschland das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz in Kraft. Damit unterliegt Gülle, die in Biogasanlagen eingesetzt wird, dem Abfallrecht. Hintergrund ist die notwendige Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie in deutsches Recht. Den ursprünglich seitens der Bundesregierung vorgenommenen Ausschluss der Biogas-Gülle aus dem Abfallrecht hat die EU-Kommission nicht akzeptiert. Die Länder sind nun angehalten, zusammen mit dem Bundesumweltministerium und dem Bundeslandwirtschaftsministerium einheitliche Empfehlungen für den Vollzug zu erarbeiten. Solange es diese nicht gibt, entscheidet jede Behörde nach eigenem Ermessen, wann sie Gülle als Abfall definiert. Gülle, die ohne energetische Nutzung direkt als Wirtschaftsdünger eingesetzt wird, fällt hingegen weiterhin nur unter das Düngerecht.

Bild: Ingo Bartussek / Fotolia



„Was bringt die EEG-Novelle 2012?“



Bild: DBV

Cecilia Luetgebrune
Deutscher Bauernverband



Bild: NABU

Carsten Wachholz
Naturschutzbund Deutschland e.V.

Cecilia Luetgebrune ist Referentin für Energiepolitik beim Deutschen Bauernverband (DBV). Der DBV ist die berufsständische Vertretung der in der Land- und Forstwirtschaft und den ihr nahestehenden Wirtschaftszweigen tätigen Menschen in Deutschland.
www.bauernverband.de

Carsten Wachholz ist Leiter des Bereichs Energiepolitik im Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU). Der Verein setzt sich für den Klimaschutz und den Erhalt der biologischen Vielfalt ein.
www.nabu.de

Ist Ihr Verband mit der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zufrieden?

Cecilia Luetgebrune: Positiv ist, dass die dezentrale Einbindung der Bioenergie in die Landwirtschaft weitgehend gesichert werden konnte, zum Beispiel durch die weiter geltende Größenstaffelung der Vergütungen. Durch die neu geschaffene 75-KW-Klasse für Biogasanlagen können Tierhaltung und Biogasproduktion sinnvoll verbunden werden. Dies und die Trennung von NawaRo- und Güllebonus entschärft die Flächenkonkurrenzen in viehintensiven Regionen. Negativ sieht der DBV die Begrenzung des Mais- und Getreideeinsatzes in Biogasanlagen. Völlig unverständlich ist uns die komplette Streichung der Vergütung für Pflanzenöl-Blockheizkraftwerke, da diese einen wichtigen Beitrag zur bedarfsgerechten Stromerzeugung leisten können.

Carsten Wachholz: Hauptforderung des NABU war es, mit der EEG-Novelle bisherige Fehlentwicklungen in der Landnutzung zu korrigieren. Der Anbau von Energiemais ist zum Beispiel von 70.000 Hektar im Jahr 2005 auf über 900.000 Hektar im Jahr 2011 gestiegen. Der Mais verdrängt andere Ackerkulturen und häufig auch Grünland. Dadurch sind die Bestände fast aller Feldvogelarten wie Wachtel, Grauammer oder Feldlerche rückläufig. Diese Entwicklungen verhindert auch das neue EEG nicht. Der Substratanteil von Mais in Biogasanlagen wurde zwar auf 60 Prozent begrenzt, das ist aber immer noch viel zu viel.

Wie sollte man denn das EEG nachbessern?

Cecilia Luetgebrune: Die stärkere Markt- und Netzintegration der erneuerbaren Energien unterstützen wir auf ganzer Linie – Direktvermarktung trägt zur bedarfsgerechten Stromerzeugung und einer besseren Netzintegration bei. Die Markt- und die Flexibilitätsprämie sollten aber noch besser auf die Bedürfnisse landwirtschaftlicher Biogasanlagen ausgerichtet werden. Insgesamt muss man im EEG ein besseres Gleichgewicht zwischen kleinen und großen Anlagen herstellen, um bäuerlichen Biogasanlagen eine nachhaltige Existenz zu ermöglichen.

Carsten Wachholz: Energiemais sollte man künftig gar nicht mehr zusätzlich fördern, dafür aber den Einsatz von Gülle und Reststoffen sowie Anbausysteme mit einem Zusatznutzen für Klima und Natur. Das sind etwa Mischkulturen, Leguminosen, Wildpflanzen, mehrjährige Kulturen oder streifenförmige Energieholzplantagen auf Äckern. Prinzipiell sollte man stärker auf die Förderung der Wind- und Solarenergie setzen, diese sind kostengünstiger und beanspruchen weniger Fläche als Biomasse. Mit regional differenzierten Prämien hätte man weniger Mitnahmeeffekte für die Photovoltaik auf ertragreichen Standorten und dafür mehr Windenergie in Mittel- und Süddeutschland. Dies würde die Energieerzeugung gleichmäßiger verteilen und auch entlastend auf den notwendigen Ausbau der Stromnetze wirken.

Wie wird sich die EEG-Novelle auf den Ausbau der erneuerbaren Energien auswirken?

Cecilia Luetgebrune: Bei der 75-KW-Anlagenklasse ist ein Zubau durchaus vorstellbar. Langfristig werden die steigenden Agrarrohstoffpreise den Bioenergieausbau aber eher bremsen. Beim Ausbau der Energieleitungsstrassen fordert der DBV, dass die Grundeigentümer angemessen entschädigt werden. Zudem sollte man hier auf solche Kompensationsmaßnahmen verzichten, die wertvolle landwirtschaftliche Fläche verschlingen. Die Entsiegelung von Flächen und andere flächenschonende Maßnahmen müssen vorrangig zur Kompensation herangezogen werden.

Carsten Wachholz: Die Windenergieproduktion an Land und auf See wird weiterhin – zumindest an den ertragsstarken Standorten – kontinuierlich wachsen. Die Zukunft der Photovoltaik bleibt unklar, hier werden bereits weitere drastische Einschnitte geplant. Die Wirkung vieler neuer EEG-Instrumente kann man noch nicht abschätzen. Etwa, ob die Markt- und die Flexibilitätsprämie die Anlagenbetreiber tatsächlich dazu motivieren, ihren Strom bedarfsorientierter zu erzeugen.

Die Gespräche führte Juliane Mante

Die Eckpunkte der EEG-Novelle 2012 finden Sie unter:
www.erneuerbare-energien.de → Gesetze / Verordnungen.





Landwirtschaftliche Flächen schonen

Bild: gzfz / Fotolia

Der Bau von zusätzlichen Hochspannungsleitungen für die Umsetzung der Energiewende treibt viele Landwirte in den Protest. Sie befürchten, dass nicht nur die Leitungen an sich, sondern auch die dafür notwendigen ökologischen Ausgleichsmaßnahmen ihre Flächen beanspruchen. Dabei gibt es flächenschonende Alternativen. Sie müssen nur angewandt werden.

Von Birger Rausche

Am 3. Juni 2012 wird es konkret: Dann legt die Bundesnetzagentur den Entwurf für einen Bedarfsplan vor, wie viele neue Stromtrassen zur Umsetzung der Energiewende bundesweit gebaut werden müssen. Die aktuellen Schätzungen der Deutschen Energie-Agentur gehen von rund 4500 Kilometern aus, bis Ende 2012 soll darüber abschließend entschieden werden. Schon jetzt rufen entsprechende Bauvorhaben Bürgerproteste hervor (siehe Beitrag Seiten 18 bis 19). Auch in der Landwirtschaft wird Unmut laut.

Agrarklausel anwenden

Die Landwirte befürchten, dass ihnen nicht nur die für den Bau von Leitungen oder stromerzeugenden Anlagen benötigten Flächen verloren gehen, sondern auch die für die umzusetzenden ökologischen Ausgleichsmaßnahmen. Dabei gibt es Alternativen: Das 2010 novellierte Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) erleichtert zum einen die Umsetzung flächensparender Kompensationsmaßnahmen. Nach der sogenannten Agrarklausel ist „bei der Inanspruchnahme von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen“. Insbesondere landwirtschaftlich besonders geeignete Böden – also vor allem Ackerland – sollen nur im notwendigen Umfang beansprucht werden. Zu den landwirtschaftlich weniger geeigneten Flächen gehören zum Beispiel solche mit hohem Versiegelungsgrad, starker Bodenverdichtung, entlang von Autobahnen, Schienenwegen oder Deponien, gegebenenfalls auch Feldraine und schwer zu bewirtschaftende Hanglagen.

Eine Möglichkeit ist zum Beispiel die ökologische Aufwertung der direkt durch die Bauvorhaben beanspruchten Flächen – etwa der Sockel- und Trassenflächen von Stromleitungssystemen oder Photovoltaik-Freiflächen. Ihre Beschaffenheit muss dies natürlich zulassen, Sockel können dafür beispielsweise nicht aus Beton bestehen. Trassenflächen könnten mit Feldgehölzen bepflanzt oder mit Blümmischungen besät werden. Durch solche betriebs- oder produktionsintegrierten Kompensationsmaßnahmen behalten die Flächen in der Regel ihren landwirtschaftlichen Status als landwirtschaftliche Fläche und blieben beihilfefähig. Den Trassenflächen käme damit auch eine Bedeutung im Rahmen des „Bundesprogramms Wiedervernetzung“ zu, das die Bun-

desregierung noch in diesem Jahr verabschieden will, um die Biodiversität in der Agrarlandschaft zu erhöhen.

Administrative Hemmnisse abbauen

Seit der Novellierung ist das BNatSchG nicht mehr nur Rahmenregelung für die Naturschutzgesetze der Länder, sondern selbst Rechtsgrundlage. Die Naturschutzgesetze der Länder können jedoch festlegen, ob und wie land- oder forstwirtschaftliche Flächen für Ausgleichsmaßnahmen herangezogen werden sollen, wie der ökologische Wert der Maßnahmen festgelegt wird und wie die Höhe der Ersatzzahlungen berechnet wird. Eine Ersatzzahlung muss ein Vorhabenträger dann leisten, wenn der Eingriff in Natur und Landschaft nicht über Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen werden kann.

Das Bundesumweltministerium strebt an, im Einvernehmen mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) und dem Bundesverkehrsministerium gemäß § 15 Absatz 7 des BNatSchG im Jahr 2012 eine Kompensationsverordnung zu erlassen, die diese bisher auf Länderebene oft unterschiedlich geregelten Punkte bundesweit einheitlich festlegen soll. Das BMELV befürwortet eine Kompensationsverordnung, die den Bundesländern, Grundeigentümern und Entscheidungsträgern eine Hilfestellung gibt, die Eingriffsregelung unter Berücksichtigung der naturschutzfachlichen Erfordernisse land- und forstwirtschaftsfreundlich – im Sinne eines geringen Flächenverbrauchs – anzuwenden. Die Verordnung soll nach Meinung des BMELV nicht zu bürokratischem Mehraufwand führen, sondern der Praxis Erleichterungen bringen.



Mehr Informationen:

Birger Rausche
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz
Referat 522 „Biologische Vielfalt und Biopatente“
E-Mail: Birger.Rausche@bmelv.bund.de

Mehr Informationen

Gewusst wie – Kommunen sparen Energie

Bild: Thomas Scholz / Pixelo

Die Energiewende ist nur dann möglich, wenn neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien ernsthafte Anstrengungen unternommen werden, den Verbrauch zu senken. Kommunen haben vielfältige Potenziale, mit wenig Aufwand Energie einzusparen.

Von Ruth Drügemöller und Wiebke Abeling

Wie können die circa 11.000 deutschen Kommunen energieeffizienter werden? Diese Frage kann nicht allein mit einem technischen Lösungsvorschlag oder einer Handlungsanleitung beantwortet werden. Es gilt vor allem, die beteiligten Ratsmitglieder, Bürgermeister und kommunalen Beschäftigten mit Argumenten zu überzeugen. Ein gewichtiges Argument ist neben dem Einhalten gesetzlicher Vorgaben (Ökodesignrichtlinie, Energieeinsparverordnung) oder finanzieller Anreize (Förderprogramme, Erneuerbare-Energien-Gesetz) die Einsparung von Kosten.

Energiemanagement entlastet den Haushalt

Ein professionelles kommunales Energiemanagement gibt den Verwaltungen einen Überblick über ihren Energieverbrauch und dessen Kosten. Es deckt auch auf, wie viel Energie an welchen Stellen eingespart werden kann, ohne dass hierfür große Investitionen notwendig sind. So ist seit vielen Jahren bekannt, dass in den öffentlichen Liegenschaften allein 10 bis 20 Prozent Energie durch nicht- beziehungsweise gering-investive Maßnahmen eingespart werden könnten. Dieses Potenzial bleibt jedoch in vielen Kommunen ungenutzt. Dabei entstehen in einer Kommune mit 20.000 Einwohnern jährliche Energiekosten von etwa einer Million Euro. Eine Energieeinsparung von nur zehn Prozent entspricht in diesem Fall einer jährlichen Einsparung von etwa 100.000 Euro.

Energiefresser aufdecken

Mit dem Ziel, diese Einsparpotenziale in den Kommunen aufzudecken und gute Beispiele für andere Kommunen zu schaffen, hat die Kommunale Umwelt-AktioN U.A.N. in Niedersachsen mit den Projekten „Nordsee SEP“ und „Klimawandel und Kommunen“ ein praxisorientiertes Schulungsprogramm für kommunale Energiebeauftragte aufgelegt. Das Programm sieht neben sechs Schulungstagen eine praktische Begleitung der Teilnehmer durch ein erfahrenes Ingenieurbüro in der Region vor. Gemeinsam mit dem Ingenieurbüro werden in den kommunalen Liegenschaften die energetischen Einsparpotenziale im nicht- und gering-investiven Bereich identifiziert.

Selbst in Gemeinden, die ein vermeintlich gutes Energiemanagement haben, stoßen die Ingenieurbüros bei ihren Rundgängen auf unnötige Energiefresser. So wurde zum Beispiel festgestellt, dass die zu groß dimensionierte Heizungsanlage im „neuen“ Kindergarten von 1995 überhaupt nicht geregelt wurde und selbst im Sommer weiterläuft. Die Vorlauftemperaturen sind vielfach zu hoch eingestellt und Außentemperaturfühler sind häufig gar nicht oder falsch angeschlossen. Es wurden Untertischgeräte für Heißwasser entdeckt, die 24 Stunden an

365 Tagen heißes Wasser produzieren, das überhaupt nicht gebraucht wird. Die Liste der heimlichen Energiefresser ist lang. Allein durch das genaue Hinsehen, den Einbau von Zeitschaltuhren, die Einstellung der Heizungsregelung und ähnlich vermeintlich banale Maßnahmen lassen sich erhebliche Mengen Energie einsparen. Allerdings braucht es dazu entsprechend qualifiziertes Personal, das die Betriebsweise der eigenen technischen Anlagen dauerhaft im Auge hat.

Gut für's Image

Bevor hohe Investitionen zur Verbesserung der Energieeffizienz getätigt werden, sollten also zunächst die nicht- beziehungsweise gering-investiven Maßnahmen ausgeschöpft werden. Energiecontrolling in den eigenen Liegenschaften ist aber nicht nur wirtschaftlich lukrativ. Es zeigt auch, dass die Kommune Klimaschutz ernst nimmt und nicht allein auf öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, wie etwa die sichtbare Installation einer Solaranlage, beschränkt.



Mehr Informationen:

Ruth Drügemöller
Wiebke Abeling
Kommunale Umwelt-AktioN U.A.N.
Telefon: 05 11 / 30 2 85 -66, -68
E-Mail: druegemoller@kuk-nds.de
abeling@uan.de
www.umweltaktion.de

Mehr Informationen

Energieeffizienz hat viele Gesichter

Eine Energiewende funktioniert nur, wenn öffentliche und private Haushalte Energie einsparen. Auch die Energiestrategie 2020 der EU beinhaltet das europaweite Ziel, die Energieeffizienz bis 2020 um 20 Prozent zu steigern. Welch vielfältige Möglichkeiten Kommunen hier haben, veranschaulicht dieser Beitrag anhand einiger Beispiele aus Niedersachsen.

Von Ruth Drügemöller

Energieeffizienter zu werden heißt, Energie und Kosten einzusparen, ohne in der Regel Einbußen im Komfort hinnehmen zu müssen. Potenziale für mehr Energieeffizienz stecken in fast allen kommunalen Handlungsfeldern, angefangen bei der Beschaffung über den Betrieb der eigenen Liegenschaften, die Rahmensetzung der Bauleitplanung bis hin zur Energieversorgung der Bürger. Im Folgenden werden einige Beispiele für energieeffiziente Entscheidungen und Maßnahmen auf kommunaler Ebene dargestellt.

Straßenbeleuchtung in Springe

Bereits auf der Stufe der öffentlichen Beschaffung, die von Büromaterial über die Gebäudeunterhaltung, von Fahrzeugen bis hin zur Straßenbeleuchtung reicht, treffen die Kommunen alltäglich Entscheidungen für oder gegen eine verbesserte Energieeffizienz. Das jährliche Beschaffungsvolumen der öffentlichen Hand beträgt 51,4 Milliarden Euro, 60 Prozent davon entfallen auf Kommunen. Damit verfügen die Kommunen über eine erhebliche Marktmacht. Ein Beispiel für eine energieeffiziente Beschaffung ist die Entscheidung der 29.000 Einwohner zählenden Stadt Springe in Niedersachsen, ihre Straßenbeleuchtung konsequent unter dem Aspekt der Ener-

gieeffizienz und Kosteneinsparung zu sanieren. Sie hat über die Jahre systematisch 2800 Straßenlaternen durch energiesparende Leuchtmittel ersetzt. Der Betrieb sowie die Wartung und Beleuchtungssituation wurden durch diese Maßnahmen gleichzeitig optimiert. Für die komplette Sanierung der Straßenbeleuchtung entstanden Kosten in Höhe von 560.000 Euro. Demgegenüber stehen jährliche Energiekosteneinsparungen von 130.000 Euro.

Viele andere Kommunen stellen derzeit ihre Straßenbeleuchtung auf die energieeffizienten LED-Leuchten um, mit denen vielfach mehr als 70 Prozent Energie eingespart werden können.

Bauleitplanung in Hemmingen

Kommunale Entscheidungen in der Bauleitplanung setzen den Rahmen für eine energieeffiziente Bebauung und reichen damit weit in die Zukunft. Die niedersächsische Stadt Hemmingen mit rund 19.000 Einwohnern hat im Ortsteil Devese eine Passivhaussiedlung ausgewiesen und geht damit konsequent den Weg, energieeffiziente und emissionsarme Neubausiedlungen zu schaffen. Merkmale des Bebauungsplans sind eine reine Südorientierung und eine höhere Verdichtung durch die Errichtung von zweigeschossigen Hausgrup-

✓ Viele Kommunen stellen derzeit ihre Straßenbeleuchtung auf die energieeffizienten LED-Leuchten um, mit denen vielfach mehr als 70 Prozent Energie eingespart werden können.



Bild: Thomas Müller / Pixelio



◀ Mit gut gedämmten Hauswänden kann man viel Energie einsparen. Bis zu 40 Prozent Wärme geht durch nicht oder schlecht gedämmte Hauswände verloren.

„Kommunen verfügen über eine erhebliche Marktmacht“

pen und Doppelhäusern. Alle erforderlichen Infrastruktureinrichtungen befinden sich in der Nähe. Der Passivhausstandard wurde über einen städtebaulichen Vertrag mit einem Bauträger festgeschrieben.

Hohe Baustandards in Hannover

Der Rat der Stadt Hannover wiederum hat beispielsweise 2007 einen Grundsatzbeschluss zu „Ökologischen Standards beim Bauen im kommunalen Einflussbereich“ gefasst. Dieser Ratsbeschluss räumt der Verwaltung nicht nur grünes Licht für die Umsetzung hoher energetischer Standards im Baubereich ein, sondern verpflichtet sie sogar dazu. Danach müssen die Stadt sowie Käufer städtischer Grundstücke ihre Gebäude nachweislich nach der Niedrigenergiehaus-Plus-Bauweise neu bauen oder sanieren. Als Passivhäuser verursachen die Gebäude damit auch entsprechend geringere Betriebskosten.

Abwasserreinigung in Uelzen

Bis zu ein Drittel des kommunalen Energiebedarfs wird für die Abwasserreinigung verbraucht. Klärwerke gehören zu den kommunalen Großverbrauchern, die über erhebliches energetisches Optimierungspotenzial verfügen. Die Stadt Uelzen mit 37.000 Einwohnern investierte zum Beispiel in die energetische Optimierung ihrer Kläranlage, in dem sie ein Blockheizkraftwerk baute, die Schlammbehandlung optimierte und eine neue mechanische Reinigungsstufe hinzufügte. Allein mit der Erneuerung der energieintensiven Belüftungstechnik in der biologischen Reinigung konnte der mittlere tägliche Energieverbrauch der Kläranlage um über 50 Prozent gesenkt werden. Gleichzeitig wurden damit die Reinigungsergebnisse verbessert.

Energieberatung in Osnabrück

Ein Beispiel für die Förderung energieeffizienter Gebäudesanierung im privaten Bereich liefert die Stadt Osnabrück. Das Stadtquartier Sonnenhügel hat viele sanierungsbedürftige Altbauten bei einem gleichzeitig hohen Anteil privater Eigentümer, die ihre Häuser selber bewohnen. Hier hat die Stadt eine Energieberatungsstelle eingerichtet. Ziel dieser Einrichtung ist es, die Sanierungsrate durch eine fachgerechte und neutrale Beratung der Bewohner in Sachen energetische Gebäudesanierung kontinuierlich zu erhöhen. So hat der Energieberater für die fünf häufigsten Haustypen energetische Mustersanierungspläne entwickelt, in denen die zu erwartenden Kosten und deren Amortisationszeiten dargestellt sind. Für viele Hauseigentümer ist dies eine echte Entscheidungshilfe. Mit der Bildung von Einkaufsgemeinschaften können die sanierungswilligen Hauseigentümer über die Beratungsstelle außerdem die Kostenvorteile von Sammelbestellungen für Baumaterialien nutzen. Durch die Kontinuität des lokalen Beratungsangebotes und die

regelmäßigen Vortragsveranstaltungen ist es tatsächlich gelungen, die Sanierungsrate zu erhöhen, diese liegt jetzt deutlich über dem Durchschnitt. Mit der Vergabe von Handwerkeraufträgen sind ganz nebenbei auch positive regionalwirtschaftliche Auswirkungen zu verzeichnen. Die Stabilisierung des Quartiers aus Sicht der Stadtentwicklung ist ein weiterer positiver Effekt.

Alle Kosten beachten

Die Bandbreite der kommunalen Handlungsmöglichkeiten für eine effizientere Nutzung von Energie ist mit den aufgeführten Beispielen noch längst nicht ausgeschöpft. Würden Kommunen die gesamten Lebenszykluskosten eines Produktes konsequenter berücksichtigen, würde ihre Kaufentscheidung in den meisten Fällen zugunsten der energieeffizienten Produkte ausfallen. Die Lebenszykluskosten-Analyse berechnet nicht nur die Kosten beziehungsweise Einsparungen eines Verfahrens oder Investitionsgutes im Moment seiner Beschaffung oder während einer kurzen Abschreibungsperiode, sondern während seiner gesamten Lebensdauer. Bisher hat sich diese ökonomische Bewertungsmethode jedoch noch nicht überall durchgesetzt. Dabei würden die meisten energieeffizienten Produkte den Vergleich mit ineffizienten Produkten spielend bestehen. Energieeffizienz zahlt sich aus – nicht nur im kommunalen Bereich.

✓ Kommunale Kläranlagen verfügen als Großverbraucher über erhebliche energetische Effizienzpotenziale



Bild: Thomas Leiss / Fotolia



Mehr Informationen:

Kommunale Umwelt-AktioN U.A.N.
Ruth Drügemöller
Telefon: 05 11 / 30 2 85 66
E-Mail: druegemoeller@kuk-nds.de
www.kuk-nds.de

Mehr Informationen



Bild: Kzenon / Fotolia

Die Energiewende kommt von unten

Die Anzahl der aus erneuerbaren Energien gespeisten Kraftwerke wächst stetig. Immer häufiger werden sie von Bürgergenossenschaften betrieben, die eine energetische Unabhängigkeit anstreben. Die Kraftwerke dienen nicht nur den Bürgern als gute Kapitalanlage. Auch die Kommunen profitieren nachhaltig.

Von Jana Illhardt

1,5 Millionen Solarkollektoren, eine Million Photovoltaik-Anlagen, 450.000 Wärmepumpen, 22.000 Windanlagen, 7100 Biogasanlagen und mehrere Millionen Haushalte, die mit Holz heizen – so lautet die aktuelle Bestandsaufnahme regenerativer Kraftwerke in Deutschland. Immer häufiger sind es Bürger, die diese Anlagen betreiben und selbst zum Energieproduzenten werden. „Die Energieversorgung wird dezentral“, prognostiziert Alexander Knebel, Pressesprecher der Agentur für Erneuerbare Energien. Statt weniger großer Kraftwerksbetreiber und Energiekonzerne gäbe es immer mehr auch kleine Akteure vor Ort, die Strom und Wärme aus erneuerbaren Energiequellen produzieren. Eigenheim- und Grundstücksbesitzer installieren Sonnenkollektoren oder errichten eigene Windkraftanlagen. Und solche Bürger, die entweder nicht über den notwendigen Platz oder die finanziellen Mittel verfügen, schließen sich in Gemeinschaften zusammen. Allein 2011 gründeten engagierte Bürger laut der Agentur für Erneuerbare Energien weit über 100 neue Energiegenossenschaften. „Während auf internationalen Konferenzen über Wege ins regenerative Zeitalter noch diskutiert wird, nehmen Kommunen und Regionen in ganz Deutschland die Energiewende selbst in die Hand“, sagt Alexander Knebel.

Anlagen amortisieren sich bald

Wind, Sonne, Wasser, Biomasse, Erdwärme – die Alternativen zum Atomstrom sind mannigfaltig. Je nach Anlage und Finanzierungs-

modell unterscheidet sich, wann sich die Investitionen amortisiert haben. Für welche Art Anlage man sich entscheidet, hängt davon ab, wie viel Geld die Bürgerinitiativen investieren können und wollen – denn die höchsten Kosten verursachen die Installationen selbst. Die Kosten, die in den vergangenen Jahren stetig gefallen sind, ergeben sich stets aus der installierten Leistung pro Kilowatt. Für eine Biogasanlage werden aktuell zwischen 2500 und 4000 Euro pro Kilowatt fällig. Eine 1-Megawatt-Anlage kostet demnach rund 2,5 bis 4 Millionen Euro. Windkraftanlagen sind in der Regel etwas kostengünstiger: Ein Kilowatt installierte Leistung kostet zwischen 700 und 1000 Euro. Eine Anlage mit einem Megawatt schlägt also mit 700.000 bis einer Million Euro zu Buche.

Strenge Auflagen für Windkraftanlagen

Doch vor der Planung und Umsetzung eines Windparks gilt es zahlreiche Hürden zu überwinden: Neben einer Baugenehmigung sind, insbesondere bei großen Anlagen, eine Umweltverträglichkeitsprüfung sowie ein Geräuschgutachten erforderlich. Auch gilt es zu überprüfen, ob die Windverhältnisse stimmen, Netzanschlussmöglichkeiten vorhanden sind und ob die Mindestabstände etwa zu Wohngebieten, Straßen oder Naturschutzgebieten eingehalten sind. Diese Mindestabstände legen die jeweiligen Länder fest. In der Regel ist ein Abstand von 950 Metern zum nächsten Wohnhaus erforderlich. Sind alle Anforderungen erfüllt, wird der Standort zu einem

sogenannten Windeignungsgebiet ernannt – bis dahin vergehen allerdings mitunter bis zu zwei Jahre.

Bürgergenossenschaften entscheiden sich daher zumeist für einfacher umzusetzende Photovoltaikanlagen: Für die Sonnenkollektoren müssen pro Kilowatt installierter Leistung rund 2000 Euro gezahlt werden und es gibt weniger Auflagen. Verfügt man nicht über eigene Flächen, kommen noch Pachtkosten hinzu.

Flächensicherung durch Dachnutzungsverträge

„Für die Dächer, auf denen wir Photovoltaikanlagen errichtet haben, schlossen wir mit den jeweiligen Eigentümern Dachnutzungsverträge mit einer 20-jährigen Laufzeit und Option auf Weiternutzung ab“, erklärt Roland Hadwiger vom Landratsamt Neumarkt in der Oberpfalz. An der Bürgergenossenschaft Jurenergie eG, die sich im April 2010 gegründet hat, war er maßgeblich beteiligt. Zwölf Anlagen habe man bislang realisiert – auf Schulen, Bauernhöfen, Feuerwehren oder Lagerhallen. Weitere sind in Planung. Die Mitglieder müssen aus dem Landkreis stammen und mindestens einen Genossenschaftsanteil im Wert von 500 Euro zeichnen. Die Höchstgrenze liegt bei 200 Anteilen, also 100.000 Euro. So soll zum einen gewahrt bleiben, dass jeder Bürger teilhaben kann. Zugleich garantiert die Begrenzung, dass die breite Bevölkerung vor Ort die Geschicke der Anlagen lenkt, statt dass sie in den Händen eines Einzelnen liegen. Je nach Anzahl gezeichneter Anlagen erhalten die Anwohner ihren Anteil an den Erlösen.

Gemeinden profitieren nachhaltig

Doch nicht nur sie profitieren auf lange Sicht, sondern die gesamte Region wird durch die Bürgerkraftwerke nachhaltig gefördert: Zum einen entstehen neue Arbeitsplätze in der Region. „Insbesondere in ländlichen Gegenden fungieren Bürgerkraftwerke als Jobmotor“, sagt Alexander Knebel. Das stärkt die Wirtschaftskraft. Die zusätzlichen Einnahmen aus der Gewerbe- und Einkommenssteuer können in anderweitige Investitionen fließen. Ein weiterer Vorteil: Rund 65 Milliarden Euro zahlen die deutschen Gemeinden laut Agentur für

Erneuerbare Energie jährlich für den Zukauf von Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran. Mit der zunehmenden energetischen Unabhängigkeit minimieren sich diese Ausgaben rapide.

Bürgergenossenschaften werden zum Stromexporteur ...

Die Einwohner im brandenburgischen Schlach sind bereits Stromexporteure. Der dortige Windpark produziert etwa 60-mal mehr Strom, als die Dorfgemeinde benötigt. Dessen Umsetzung nahmen die Bürger selbst in die Hand. „Wie wir die Erlöse aus dem Stromverkauf verteilen wollen, haben wir uns selbst überlegt“, sagt Anwohner Erich Grabow. Man einigte sich auf ein Flächenpachtmodell, das die gerechte Aufteilung der Einnahmen an alle Beteiligten garantiert: 20 Prozent erhalten die Eigner, denen der Grund und Boden, auf denen die Windkraftanlagen errichtet wurden, gehört. Die restliche Summe wird an alle Grundstückseigentümer im Windeignungsgebiet nach prozentualem Anteil an der Gesamtfläche gezahlt. 16 Windräder mit einer Leistung von jeweils 2,3 Megawatt realisierten die Bürger bereits. „Weitere sieben sind in Planung“, verkündet Erich Grabow stolz.

... und sichern ihre energetische Unabhängigkeit

„In Deutschland haben sich allein 118 Regionen das Ziel einer vollständigen Versorgung aus regenerativen Energien gesetzt“, sagt Alexander Knebel.

Auch die Bürgergenossenschaft Jurenergie eG im bayerischen Neumarkt strebt die energetische Unabhängigkeit an. Etwa 50 Prozent des Energiebedarfs erzeuge man bereits selbst. „Weil unsere Mitgliederzahl stetig steigt – aktuell beteiligen sich 712 Bürger –, verfügen wir nun über ausreichend Kapital zur Realisierung einer eigenen Windkraftanlage“, sagt Roland Hadwiger. Die Planungen laufen bereits und das Ziel einer vollständigen Selbstversorgung rückt ein Stück näher. Innerhalb der kommenden fünf Jahre wollen man die 100 Prozent erreichen. Und dann wird exportiert.

Handlungsleitfaden

Der sächsische Verein DAKS e.V. stellte in einem Handlungsleitfaden „Bürger machen Energie“ alle relevanten Informationen zum Thema Bürgerkraftwerke zusammen. Die verschiedenen Anlagen werden vorgestellt, Finanzierungsmöglichkeiten erläutert und Gesellschaftsformen beschrieben. www.daksev.de → Publikationen

Kostenloser Wertschöpfungsrechner

Unter www.kommunal-erneuerbar.de steht allen interessierten Bürgern und Kommunen ein kostenloser Wertschöpfungsrechner zur Verfügung. Auf Basis von bundesweiten Durchschnittswerten lassen sich hier für eine erste Orientierung die Wertschöpfungs-, Klimaschutz- und Beschäftigungseffekte von einzelnen oder mehreren Erneuerbare-Energien-Anlagen berechnen.

Mehr Informationen:

Agentur für Erneuerbare Energien
 Telefon: 030 / 20 05 3 53
 E-Mail: kontakt@unendlich-viel-energie.de
www.kommunal-erneuerbar.de

Mehr Informationen

Bild: anweber / Fotolia



Das autarke Bioenergiedorf



Bild: Energiequelle GmbH

^ Eine Biogasanlage versorgt die Feldheimer Haushalte mit Wärme. Die Biomasse stammt zum Großteil von der örtlichen Agrargenossenschaft.

Bundesweit erreichte der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung 2011 erstmals die 20-Prozent-Schwelle – bei der Wärmeversorgung sind es erst knapp über zehn Prozent. Im brandenburgischen Feldheim dagegen beziehen die 148 Einwohner ihre Wärme und ihren Strom bereits komplett aus regenerativen Quellen. Da die Feldheimer ihre Energie selbst erzeugen und über ein eigenes Wärme- und Stromnetz verfügen, sind sie energetisch autark.

Von Jörn Käsebier

Der Einstieg in die erneuerbaren Energien begann im Ortsteil von Treuenbrietzen in Brandenburg bereits Mitte der Neunzigerjahre. Der Ingenieur Michael Raschemann errichtete damals die ersten vier Windräder. Dass sich am Standort Windkraft nutzen ließ, war bekannt, standen doch an gleicher Stelle schon einmal Windmühlen. Die Flächen für die Windräder verpachtete die örtliche Agrargenossenschaft Fläming, die Strom für ihren Betrieb brauchte. Bis 2006 wuchs der Windpark schrittweise an – 43 Windräder stehen inzwischen auf dem rund 86 Hektar großen Gelände.

Gründung einer Gesellschaft

Als die Genossenschaft und Raschemann mit seinem Unternehmen Energiequelle GmbH dazu noch eine Biogasanlage planten, kam ihnen die Idee, die Feldheimer davon profitieren zu lassen. Denn die geplante Anlage verfügte über ausreichende Kapazitätsreserven, um auch die Privathaushalte mit Energie zu versorgen. „Von den Vorteilen musste keiner groß überzeugt werden“, sagt Petra Richter, Ortsvorsteherin von Feldheim. Es reichte eine Modellrechnung, die die künftige allgemeine Energiepreisentwicklung mit denen für die selbst produzierte verglich. Nach drei Bürgerversammlungen war es beschlossene Sache: Die Feldheimer gründeten gemeinsam mit der Gemeinde und dem Investor die Feldheim Energie GmbH & Co. KG, die das Wärmenetz aufbaute.

Die Haushalte beteiligten sich mit je 3000 Euro an der Gesellschaft – eine Investition, die sich nach fünf bis zehn Jahren amortisiert haben dürfte. Denn im Vergleich zu vorher sparen die Bewohner mehrere Hundert Euro Energiekosten im Jahr. Beim Strom zahlen die Haushalte zehn Jahre lang 16,6 Cent pro Kilowattstunden, einschließlich aller Steuern und Gebühren, und damit deutlich weniger als die meisten deutschen Verbraucher. „Wenn man sich die allgemeine Strompreisentwicklung anschaut, dürfte der Vorteil für die Feldheimer noch zunehmen“, schätzt Werner Frohwitter, Pressesprecher der Energiequelle GmbH. Bei der Wärme wird jedes Jahr neu verhandelt, in den ersten beiden Jahren waren es 7,5 Cent pro Kilowattstunde und damit weniger als bei den meisten Öl- und Gasanbietern. „Hinzu kommt, dass wir nicht mehr für den Schornsteinfeger und für die Öltankmiete zahlen müssen“, so Petra Richter. Auch könnte der Preis noch sinken, wenn die Kredite abbezahlt sind.

Fördergelder vom Land und der EU

Die Einlage hätte eigentlich höher ausfallen müssen, denn für die Finanzierung des 1,7 Millionen Euro teuren Wärmenetzes reichte sie bei Weitem nicht aus. Die Brandenburger erhielten jedoch die Hälfte der Summe aus öffentlichen Fördergeldern und konnten einen weiteren Teil über Kredite finanzieren. Die Agrargenossenschaft – der größte Arbeitgeber im Dorf – und die Energiequelle

GmbH bauten zudem für 2,1 Millionen Euro die Biogasanlage. In dieser erfolgt die Wärmeerzeugung aus Biomasse, was im Falle von Feldheim Schweine- und Rindergülle sowie Mais und Getreideschrot bedeutet. Gülle und Getreide stammen zum Großteil aus der örtlichen Landwirtschaft. Als weitere Wärmequelle kann in Spitzenzeiten auch ein Holzhackschnitzel-Heizwerk zugeschaltet werden – bei einem Ausfall des Blockheizkraftwerks ließe sich zudem eine mobile Heizzentrale anschließen.

Aus dem Biogas werden nicht nur jährlich 4,3 Millionen Kilowattstunden Wärme gewonnen, sondern noch vier Millionen Kilowattstunden Strom für die Agrargenossenschaft. Den Großteil des Stroms erzeugen jedoch die 43 Windräder mit einer Nennleistung von 74,1 Megawatt.

Zum Transport der Energie war ursprünglich nur der Aufbau eines Nahwärmenetzes geplant, das der Feldheim Energie GmbH & Co. KG gehört. Doch dann wollte der frühere Stromlieferant E.on das bestehende Stromnetz nicht verkaufen. So kamen zum drei Kilometer langen Wärmenetz und den Warmwasserrohren noch neue Stromkabel dazu. Da die Straßen ohnehin aufgerissen werden mussten, war der Mehraufwand jedoch nicht so groß wie befürchtet. Im Winter 2009/2010 ging das Nahwärmenetz in Betrieb und versorgte auch bei hohen Minusgraden zuverlässig das gesamte Dorf – das Holzhackschnitzel-Heizwerk musste noch nicht einspringen. Ab Oktober 2010 klappte die Versorgung auch beim Strom – das Ziel des Bioenergiedorfs, energetisch autark zu werden, war erreicht.

Doch damit ist das Projekt Feldheim noch nicht abgeschlossen. Denn auch im intelligenten Stromnetz des Dorfes kann die Auslastung nicht so geregelt werden, dass sich das Potenzial der Windkraft voll ausschöpfen lässt. „Geplant ist der Bau eines Pufferspeichers mit einer Speicherkapazität von zehn Megawatt“, sagt Werner Frohwitter. Bis Ende des Jahres soll er stehen. Die Technologie stammt vom Berliner Start-up-Unternehmen DBM Energy und ist Lithium-basiert.

Besucher aus Europa, Asien und Südamerika

Feldheim ist zwar nicht das einzige Bioenergiedorf in Deutschland, doch gehört es zu den bekanntesten. Dazu trug bei, dass der Ortsteil von Treuenbrietzen 2010 zusammen mit zwei weiteren Gemeinden als deutsches Bioenergiedorf vom Bundeslandwirtschaftsministerium geehrt wurde. Zudem steht das Dorf in der bundesweiten Liste der „Ausgewählten Orte im Land der Ideen“ für sein Neue-Energien-Forum, in dem nicht nur das Projekt vorgestellt, sondern auch grundsätzlich über die Chancen von erneuerbaren Energien aufgeklärt wird. Besucher aus aller Welt haben die Feldheimer bereits empfangen – im vergangenen Jahr kam auch eine Gruppe Japaner aus der Fukushima-Region. Insgesamt waren es 2011 knapp 3000 Neugierige, die den energieautarken Ort besichtigten.

Und wenn 2013 wie geplant das Neue-Energien-Forum in einem umgenutzten Gasthof eröffnet wird, erleben Besucher die Entstehung des Bioenergiedorfs in einer Ausstellung nach. Wenn sie mit einem Elektroauto oder Bus anreisen, können sie zudem direkt vor dem Forum tanken: Seit August 2011 verfügt Feldheim über eine E-Tankstelle, die mit Strom aus Windpark und Biogasanlage betrieben wird. „Noch hat von uns keiner ein Elektroauto. Doch das kann sich in absehbarer Zeit ändern“, so Petra Richter. Es wäre der erste Schritt zur autarken Mobilität.

Bild: Peter Freitag / Pixelio



Zum Weiterlesen

In Feldheim ist derzeit der Verein zur Förderung der Bildung und Forschung im Bereich der regenerativen und autarken Energieversorgung in Gründung. Auf seiner Website erläutert er ausführlich das Projekt energieautarkes Dorf und die Pläne für den Aus- und Umbau des Neue-Energien-Forums. www.neue-energien-forum-feldheim.de

Das erste Bioenergiedorf

Das Niedersächsische Jühnde war der erste Ort, der sich Bioenergiedorf nannte. 2004 gründeten die Bewohner eine Genossenschaft, die ein Jahr später ein Biomassekraftwerk baute. Dort werden aus Biomasse Strom und Wärme erzeugt. Zusätzliche Wärme kommt auch hier aus einem Holzhackschnitzel-Heizwerk als sogenanntem Mittellast-Erzeuger. Zunächst machten freiwillig rund 70 Prozent der Haushalte in Jühnde mit, danach stieg der Anteil sukzessive. www.bioenergiedorf.de

Kommunale Projekte, die den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben, hat die Agentur für erneuerbare Energien im Internet zusammengetragen: www.kommunal-erneuerbar.de

Die besten Bioenergiedörfer

Der Wettbewerb des Bundeslandwirtschaftsministeriums geht in die zweite Runde: Orte und Gemeinden, die mindestens die Hälfte ihres Energiebedarfs aus regionaler Biomasse erzeugen, können sich bis zum 1. Juni um den Titel „Bioenergiedorf 2012“ bewerben. www.bioenergie-doerfer.de

Bild: Energiequelle GmbH



Mehr Informationen:

Neue-Energien-Forum-Feldheim e.V.i.G.
 Telefon: 03 37 69 / 87 1 24
 E-Mail: info@neue-energien-forum-feldheim.de
www.neue-energien-forum-feldheim.de



Energieinsel Pellworm

Schon seit Beginn der 1980er-Jahre setzt die Nordsee-Insel Pellworm auf erneuerbare Energien. Heute erzeugt sie ihren gesamten Strombedarf über Wind, Sonne und Biomasse selbst. Das Besondere dabei: Die Bürger haben ihr Energiekonzept selbst entwickelt. Dadurch profitieren sie nicht nur wirtschaftlich, der Prozess hat auch ihr Gemeinschaftsgefühl und die Identifikation mit der Insel gestärkt.

Von Walter Fohrbeck

Die bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts tragende Wirtschaftssäule der Nordsee-Insel Pellworm – die Landwirtschaft – unterliegt einem ausgeprägten Strukturwandel. Die landwirtschaftlichen Bedingungen sind schwieriger als anderswo, da die Insellage den Transport aufwendig und teuer macht. Die Höfe können nur auf Kosten anderer Höfe wachsen, die Betriebsgrößen liegen deutlich unter denen in anderen Regionen Nordfrieslands. Deshalb hat sich der Fremdenverkehr als zweite Einkommenssäule etabliert und im Laufe der 1990er-Jahre die Landwirtschaft in ihrer Bedeutung überholt. Aber auch der Tourismus kann nicht unbegrenzt wachsen: Die teure Anfahrt, die relative Ortsgebundenheit der Gäste sowie die auf geringe Übernachtungszahlen aufgebaute Infrastruktur machen weitere Steigerungen von hohen Investitionen abhängig, die sich nicht rechnen.

Früh auf erneuerbare Energien gesetzt

Ein weiteres wirtschaftliches Standbein war also notwendig: die Produktion erneuerbarer Energien. Bereits 1979 stellte die Gemeinde ein Grundstück zur Verfügung, auf dem bis 1981 Kleinwindanlagen getestet wurden. Danach entstand hier ein Solarkraftwerk, das über Batterien

das Kurzentrum der Insel versorgte.

1990 gründeten engagierte Bürger den Verein 'Ökologisch Wirtschaften!', der ein Gesamtkonzept für zukunftsträchtiges Wirtschaften in den Bereichen Landwirtschaft, Tourismus, Energie, Verkehr und Vermarktung entwickeln wollte. Alle Teilbereiche sollten miteinander vernetzt und auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Neben den Bürgern Pellworms waren auch Fachleute aktiv. Die Forderungen des Vereins führten oft auch zu Konflikten mit Inselbewohnern, denen die angedachten Veränderungen zu weit beziehungsweise zu schnell gingen. Hier in Bürgerversammlungen Kompromisse zu finden war eine große Herausforderung.

Die Insel strebt Stromautarkie an

In den Jahren 1996 und 1997 entstand schließlich unter der Trägerschaft des Vereins, der Kommune und des örtlichen Stromversorgers Schleswig das „Energiekonzept Pellworm“. Da die Insel von einem aufwendig zu unterhaltenden Seekabel abhängig war, wollte man versuchen, Stromautarkie über die Nutzung von Sonne-, Wind- und Biomasseenergie zu erreichen. Auch Einsparpotenziale wurden analysiert. Gleichzeitig wurde überprüft, wie die örtlichen Haushalte auch





Bild: Arbeitskreis Energie Pellworm

Bild: Klaas Hartz / Pixelio

Die Nordseeinsel Pellworm

Pellworm ist eine Marscheninsel im nordfriesischen Nationalpark Wattenmeer, die bis zu einem Meter unter dem mittleren Tide-Hochwasser liegt. Ein 25,8 Kilometer langer und acht Meter hoher Deich umschließt die 37 Quadratkilometer fruchtbaren Landes. Etwa 1180 Menschen leben hier, jahrhundertlang war die Landwirtschaft profitabler Haupterwerbszweig. Da die Insel nur über eine Fähre zu erreichen ist, hat sie alle nötigen Infrastrukturelemente wie Arztpraxis, Kindergarten, Schule und Pflegestation. Die Insel bildet eine eigene Gemeinde.



Bild: Duiz / Pixelio

wirtschaftlich von der Umstellung profitieren können. Es entstanden neben dem Solarfeld ein Windpark sowie eine Biogasanlage in Trägerschaft je einer GmbH & Co KG, an der ausschließlich Bürger Pellworms beteiligt sind. So wurde eine Struktur geschaffen, die effiziente Entscheidungsabläufe bei hoher Bürgerbeteiligung zulässt. Die Gemeinde ist trotz geringer Wirtschaftskraft eingebunden, die Gesellschaften sind über Beteiligungen miteinander vernetzt.

Aus Einzelaktionen wird ein Gesamtkonzept

Im Rahmen des ersten Energiekonzeptes wurden Einzelbausteine wie Windpark, Biogasanlage, Nahwärme-Mikronetz und erste Wärmepumpen, Solarthermie- oder Photovoltaik-Anlagen sowie Gebäudedämmungen von privaten Gebäuden entwickelt. Diese wurden aber noch nicht in ein Gesamtkonzept eingebunden. Erst als Pellworm von der Landesregierung für die EXPO 2000 als Beispielprojekt zur Darstellung ländlicher Entwicklung ernannt wurde, erkannten die Bürger, dass ihr Konzept auch touristische Vermarktungspotenziale hat. Bisher sahen sie die Energieerzeugung vorrangig als Möglichkeit, den Familien Einkommenszuwächse und der Insel Versorgungssicherheit im Stromsektor zu bringen.

Ein Gesamtkonzept wurde auch deshalb notwendig, weil im Zuge der Umsetzung Probleme auftraten, etwa eine zunehmende Flächenkonkurrenz zwischen Öko-Landwirten und Energiemaisproduzenten. Insgesamt gab es für Pellworm Handlungsbedarf, weil immer mehr junge Familien aus ökonomischen Gründen abwanderten. Mit ähnlichen wirtschaftlichen und demografischen Problemen hatten auch die Nachbarinseln Sylt, Föhr, Amrum und die Halligen zu kämpfen. Aus diesem Grund schlossen sich die Inseln im September 2008 zur AktivRegion Uthlande zusammen, einer der insgesamt 21 AktivRegionen in Schleswig-Holstein innerhalb des Zukunftsprogramms Ländlicher Raum.

Das Netzwerk wird erweitert

Als regionaler Vorreiter für erneuerbare Energien legte Pellworm innerhalb der Entwicklungsstrategie der AktivRegion einen Schwerpunkt auf den Energiesektor. Diesmal wurden nicht nur Stromerzeuger und Maisbauern, sondern auch weitere Akteure wie Hauseigentümer, Milchzeuger, Tourismusfachleute, Handwerker, die örtlichen Verkehrsträger sowie die Politik mit eingebunden. Als Träger des Gesamtenergiekonzeptes gründete sich 2008 der ehrenamtliche Arbeitskreis

Energie, der offen für alle interessierten Bürger ist. Die derzeit zehn Mitglieder treffen sich mehrmals im Jahr. Sie haben das Gesamtkonzept maßgeblich erarbeitet und beraten regelmäßig anstehende Verbesserungen. Da jeder der Teilnehmer in mehreren Zusammenhängen vernetzt ist, können die unterschiedlichsten Einzelinteressen – etwa die der Windmüller oder der Reederei – eingebracht, gemeinsam abgewogen und ein Kompromiss zwischen ihnen gefunden werden. Im Jahr 2009 gab die Gemeinde eine Aktualisierung des Energiekonzeptes in Auftrag, die eine Gutachterin unter Aufsicht und Zuarbeit des Arbeitskreises durchführte. Die dafür notwendige sorgfältige Bestandsaufnahme war nur möglich, weil die Inselbevölkerung Vertrauen in den Arbeitskreis hatte. Das entstandene Gutachten enthält einen präzisen Masterplan mit 53 Maßnahmen, die in ihrer Arbeits- und Kostenintensität sowie ihrer Effizienz genau beziffert sind. Die Energieautarkie hat Pellworm im Jahre 2010 erreicht, deshalb ist das übergreifende Ziel nun nicht mehr Unabhängigkeit, sondern die Umsetzung eines Konzeptes zur Senkung der CO₂-Emissionen. Das Konzept berücksichtigt auch die Entwicklung neuer Wirtschaftspotenziale.

Wirtschaftlicher Nutzen als Voraussetzung für Erfolg

Der hohe ehrenamtliche Aufwand der Pellwormer Bürger hat nicht nur einen Mix erneuerbarer Energien und die Energieautarkie hervorgebracht. Pellworm erhält überregionale Aufmerksamkeit und wird in Wettbewerben ausgezeichnet. Die Bürger erfahren, dass ihr Stolz über das Geschaffte begründet ist. Ihr Energiekonzept wird zur Quelle der Identifikation mit der Insel. Dieses neue Gemeinschaftsgefühl macht sich auch in vielen anderen Bereichen der kommunalen Entwicklung bemerkbar. Mehr als zehn Prozent der Pellwormer sind kontinuierlich in Runden Tischen und Ideenwerkstätten aktiv. Die Erfahrung zeigt aber: Neue Projekte müssen konkrete wirtschaftliche Interessen der Bürger bedienen, sonst verlaufen sie häufig im Sande. Die besonderen Bedingungen der Insel Lage beanspruchen die Bürger bei der Sicherung ihrer Lebensverhältnisse schon genug.



Mehr Informationen:

Walter Fohrbeck
Arbeitskreis Energie Pellworm
Telefon: 048 44 / 18 9 35
E-Mail: walter.fohrbeck@amt-pellworm.de

Heizen mit Äpfeln



Bild: Jürgen Beckhoff

Unabhängig von Gas und Öl sein – das hat der Apfelhof Augustin südlich von Hamburg geschafft. Die betriebsinterne Energiewende beruht auf einer simplen Idee, die bundesweit einzigartig ist. Seit drei Jahren beheizt die Anlage zwei komplette Wohnhäuser, Büros, Arbeitshallen und die Hofwerkstatt. Von Jürgen Beckhoff

Es ist ein eher unscheinbarer Behälter, der das Herzstück der Energieversorgung auf dem Bio-Obsthof Augustin im Alten Land bei Hamburg bildet. Der knapp acht Meter hohe Stahlzylinder steht in einer Lagerhalle des Biobetriebs und ist mit gewöhnlichem Holzimitat verkleidet. Doch seine inneren Werte und das enthaltene technologische Know-how haben es in sich. Der Betrieb benötigt seit der Installation der Anlage im Jahr 2008 weder Öl noch Gas, um Privat- und Arbeitsräume zu heizen. Denn die benötigte Wärme wird in diesem Gerät aus Bioenergie gewonnen – auf Basis von Äpfeln.

Alles fing damit an, dass sich Dierk Augustin über die warme Abluft aus seinen Kühllhäusern ärgerte, die in großen Mengen nutzlos verpuffte. Und es ging viel Energie verloren. Denn zu kühlen gibt es auf dem Demeter-Betrieb reichlich. Jedes Jahr werden auf den 29 Hektar mit besonders fruchtbaren Marschböden etwa 600 Tonnen Bioäpfel geerntet, hauptsächlich Elstar, Jonagored, Holsteiner Cox und Topaz. Hinzu kommen jährlich weitere 3.500 Tonnen Äpfel, die das Ehepaar Augustin von Obstbetrieben der Umgebung einlagert und weiter vermarktet. Entsprechend groß fallen die Kühllhallen aus, die in sieben Einzelzellen unterteilt sind.

Jeder Apfel speichert Wärmeenergie

Die Erntezeit liegt zwischen August und Oktober. Nach dem Pflücken werden die Äpfel in den großen Lagern in kontrollierter Atmosphäre schnell auf etwa 2 Grad Celsius gekühlt und in eine Art Kältestarre überführt. Unter diesen Bedingungen bleiben die Früchte monatelang frisch. Vor dem Kühlen haben die Äpfel eine Temperatur von 15 Grad Celsius und mehr. Beim Abkühlvorgang wird die Temperaturdifferenz in Form von Wärmeenergie freigesetzt und über die Kühlaggregate an die Außenluft abgegeben. Je mehr Äpfel gekühlt werden, desto mehr Energie wird frei.

Gemeinsam mit seinem Energieberater Ingo Stöver und einem Kühltechniker gelang es Dierk Augustin, ein Konzept zu entwickeln, um diese gewaltigen Energiemengen zu speichern und in den Betriebskreislauf einzuspeisen. Als Speichermedium wählten die Fachleute etwas denkbar Einfaches: Wasser. Das installierte System sammelt die in den Kühllzellen frei werdende Energie und überträgt sie per Wärmetauscher auf gewöhnliches Leitungswas-

ser. Dieses Wasser wird dabei auf bis zu 60 Grad aufgeheizt und anschließend direkt in den Speicherzylinder geleitet.

Wärme für 400 Quadratmeter Wohnfläche

Insgesamt fasst der Behälter etwa 22.000 Liter. Er besteht aus zwei Stahlhüllen, die zusätzlich mit einem speziellen Isoliermaterial aus Zellulose ummantelt sind. Der Clou des Behälters ist, dass sich aufgrund der temperaturabhängigen Dichteunterschiede des Wassers drei Hauptschichten bilden. Das untere Drittel ist etwa 20 bis 30 Grad warm, es folgt eine Schicht mit 30 bis 45 Grad warmem Wasser, und im oberen Bereich liegen die Temperaturen bei 45 bis maximal 55 Grad. Das entspricht der optimalen Vorlauftemperatur für Heizungen. Jede Schicht kann einzeln „angezapft“ werden und dient unterschiedlichen Zwecken. Das heiße Wasser der oberen Schicht geht direkt in die Heizungsanlage, wo es das Wohnhaus, die Wohnung der Mitarbeiter und die Betriebsbüros heizt, insgesamt etwa 400 Quadratmeter Fläche. Die mittlere, etwas kühlere Schicht geht in eine Fußbodenheizung in den Lagerhallen. „Damit bekommen unsere Mitarbeiter an den Sortiermaschinen auch im Winter eine ausreichende Fußwärme“, erläutert Katrin Augustin.

Auch wenn alle eingelagerten Äpfel auf zwei Grad heruntergekühlt sind, lässt sich aus ihnen weiter Energie gewinnen. Denn auch in der Kältestarre produzieren die Früchte Wärme durch anhaltende Stoffwechselprozesse. Die dabei frei werdende Energiemenge entspricht etwa einem Drittel der Abkühlenergie. So kann dem Speicher während der gesamten Lagerzeit bis in den Frühsommer hinein kontinuierlich Energie zugeführt werden, wenn auch in unterschiedlicher Intensität.





Bild: Obsthof Augustin



Bild: Jürgen Beckhoff

← Dieser knapp 8 Meter hohe Behälter ist das Herzstück der Energieversorgung des Bio-Obsthofes Augustin. Hier wird Wärme aus Bionergie gewonnen - auf Basis von Äpfeln.



Bild: Jürgen Beckhoff

Hackschnitzel als zweites Energiestandbein

Aus dem Wasserspeicher bezieht der Betrieb aber nur 60 Prozent der insgesamt benötigten Heizenergie. Die restlichen 40 Prozent liefert eine Hackschnitzelverbrennungsanlage. Die dafür eingesetzten Hackschnitzel stammen aus dem gerodeten Holz der eigenen Apfelbäume. Das ist ganz im Sinne von Dierk Augustin, der für seinen Betrieb in allen Bereichen auf geschlossene Kreisläufe setzt. „Früher haben wir die Stämme und Äste einfach in die Gräben geschmissen und gehofft, dass sie schnell verrotten. Heute wandeln wir sie in kostbare Energie um.“ Nach dem Roden lässt er das Holz einige Wochen auf dem Feld trocknen, um es anschließend mit einem speziellen Häcksler zu zerkleinern und einzulagern. Pro Jahr fallen so etwa 60 bis 70 Schüttraummeter Schnitzel an. Eine Menge, die bisher ausreichte. Doch selbst Engpässe beim eigenen Holzvorrat wären laut Katrin Augustin kein Problem: „Bei den Nachbarbetrieben fällt genügend Obstholz an, das wir jederzeit nutzen können.“

Beide Systeme, der Wasserspeicher und das Hackschnitzellager, sind mit einem Ofen mit 100 Kilowatt Leistung verbunden. Das Wasser aus dem Speicher läuft ständig durch das Ofensystem. Ist die Vorlauftemperatur hoch genug, das heißt mindestens bei 55 Grad, wird das Wasser einfach per Weiche durchgeleitet.

Liegt die Temperatur darunter, heizt der Ofen automatisch nach.

Die benötigten Hackschnitzel bezieht der Ofen ebenfalls vollautomatisch aus einem darüber liegenden Silo.

Die Verbrennung der Schnitzel ist optimal. „Unser Schornsteinfeger spricht von traumhaften Abgas- und Brennwerten“, schwärmt Dierk Augustin. Die wenige, verbleibende Asche kommt als Dünger zurück auf den Acker.

Kaum Kinderkrankheiten

Das Zusammenspiel des ungewöhnlichen Heizungssystems wird komplett elektronisch gesteuert und funktioniert bei jeder Wetterlage problemlos. Und es macht Dierk und Katrin Augustin absolut unabhängig von fossilen Brennstoffen wie Gas oder Öl. „Unsere Gasrechnung lag früher immer bei

etwa 9.000 Euro pro Jahr. Das fällt jetzt komplett weg. So wird sich die Anlage schon in knapp zehn Jahren amortisiert haben“, freut sich Dierk Augustin.

Obwohl es sich um ein echtes Pilotprojekt handelte, hielten sich die Kinderkrankheiten in Grenzen. Ein Problem war das veraltete Heizungssystem im Altbau des Wohnhauses. Für die Einstellung des passenden Volumenstroms über die Hydraulik fehlten hier schlicht die Regler, sodass es einige Wochen brauchte, um die richtige Justierung durch Ausprobieren zu finden. In dieser Phase lagen die Zimmertemperaturen oft zu niedrig oder zu hoch. Auch die große Entfernung vom Ofen bis zum letzten Heizkörper (circa 70 Meter) war anfangs problematisch. Doch nach zweijähriger Abstimmungsphase hatten die Techniker alles im Griff. Seit einem Jahr läuft die Anlage absolut wartungsfrei und ist dabei genauso verlässlich wie ein Öl- oder Gasofen. Das überraschte selbst das Betriebsleiterpaar: „Wir hätten nicht gedacht, dass das System so schnell so gut funktioniert.“

Die ungewöhnliche Anlage hat auch bei vielen Betriebsleitern aus der Umgebung Interesse geweckt. Katrin und Dierk Augustin haben ihr Konzept schon häufig anderen Landwirtkollegen präsentiert. „Wir geben unsere Erfahrungen gerne weiter und wünschen uns sehr, dass sich Nachahmer finden.“ Trotzdem hat es bisher noch niemand gewagt, eine vergleichbare Anlage auf seinem Betrieb zu installieren. Dabei zeigt das Konzept der Augustins, dass man sich mit Mut und ungewöhnlichen Ideen aus der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen befreien kann. Für das bundesweit einzigartige Energiekonzept wurden Katrin und Dierk Augustin mit dem Förderpreis Ökologischer Landbau 2010 ausgezeichnet.



Mehr Informationen:

Bio-Obst Augustin KG
Telefon: 04 1 62 / 90 01 80
E-Mail: kontakt@bioaugustin.de
www.bioaugustin.de

Elmar Seck
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Telefon: 02 28 / 99 68 45 29 26
E-Mail: elmar.seck@ble.de
www.ble.de
www.bundesprogramm.de

Mehr Informationen

Bild: Shutterstock

Finnen und Deutsche vernetzen sich

Was verbindet die deutschen Regionen Hunsrück und Mittelrhein mit der finnischen Region Pirkanmaa? Zunächst einmal die sehr gut ausgelastete Flugstrecke zwischen dem Flughafen Frankfurt-Hahn und der finnischen Stadt Tampere. Die Regionen kämpfen aber auch mit ähnlichen Herausforderungen. Diese gehen sie im Leader-Projekt Fin-Ger-Net nun gemeinsam an.

Von Achim Kistner

Demografischer Wandel, eine zu geringe regionale Wertschöpfung im Tourismus, Strukturwandel in der Landwirtschaft, Fachkräftemangel und die Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum – das sind die gemeinsamen Probleme der deutschen Regionen Hunsrück und Mittelrhein sowie Pirkanmaa in Finnland. Im November 2009 trafen sich die Lokalen Aktionsgruppen (LAGn) „Hunsrück“ aus Deutschland und „PoKo“ aus Finnland erstmals, um die Möglichkeiten einer Kooperation auszuloten. Beide Seiten merkten sehr bald, dass die Chemie stimmt – nach Meinung der Geschäftsführer der LAGn die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Kooperation. Nach der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung im Mai 2010 startete im Oktober desselben Jahres die konkrete Projektarbeit unter dem Namen „Finnish-German-Network“ (Fin-Ger-Net). Am Projekt beteiligt sind die Lokalen Aktionsgruppen „Hunsrück“ und „Welterbe Oberes Mittelrheintal“ sowie die Gruppe „PoKo“.

Workshops sind zentrales Element

Die Themen der Zusammenarbeit formulierten die LAG-Manager zunächst bewusst sehr offen, da sie noch eine eingeschränkte Kenntnis über die spezifische Situation der Partner hatten. Die Themen Tourismus, Bildung und Ausbildung sowie Landfrauen als wichtige Akteursgruppe im ländlichen Raum kristallisierten sich schließlich als vorrangig heraus. Workshops bilden das zentrale Element des Projektes: Hier sollen unterschiedliche Akteure aus ländlichen Räumen zusammenkommen und die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit in den drei Themenbereichen diskutieren. Im Rahmen dieser Workshops besichtigten die Teilnehmer auch Schulen und Betriebe. Die LAG-Manager bereiteten die Workshops vor, sprachen die Akteure persönlich an und moderierten.

Für das Gesamtprojekt – von Oktober 2010 bis März 2012 – steht eine Summe von rund 14.000 Euro an Mitteln des ELER und des Landes Rheinland-Pfalz zur Verfügung.

Tourismus stärken

In zwei Workshops gelangten zum Beispiel Tourismusfachleute, Beherbergungsbetriebe und Anbieter touristischer Dienstleistungen zu einem besseren Verständnis für die unterschiedlichen Bedürfnisse und Vorstellungen deutscher Finnlandreisender und finnischer Gäste in Deutschland. Als Folge entwickelten sie konkrete touristische Angebotspakete. Die Angebote aus Finnland stellten Naturerleben und Outdoor-Aktivitäten in den Vordergrund, etwa Schneeschuhwandern, Eislochangeln, Hundeschlittenfahren im Winter oder Angeln, Bienen sammeln, und Kanufahren im Sommer. Diese wurden mit Übernachtungen im Holzblockhaus mit Sauna verbunden. Die deutschen Angebote bestanden zum Beispiel aus dem Grillen Hunsrücker Spezialitäten, Schifffahrt auf Rhein oder Mosel, Besichtigungen von Burgen/ Ruinen sowie Weinproben.

Die Strukturen des regionalen Tourismusmarketings sind in den drei Regionen jedoch sehr unterschiedlich, teilweise fehlen geeignete

✓ LAG-Manager Michael Parma vom Mittelrhein prüft die Weintemperatur.



Partner für die Vermarktung der Reiseangebote in Finnland. Deshalb gestaltet sich die Umsetzung schwieriger als gedacht und die Angebote werden nur zögerlich nachgefragt. Diese Probleme sollen in einem Folgeprojekt gelöst werden.

Voneinander lernen

Die herausragenden Ergebnisse des finnischen Schulsystems bei den PISA-Studien hatten die Lehrer von Rhein und Hunsrück neugierig gemacht. In einem ersten Workshop im Dezember 2010 analysierten die teilnehmenden Lehrer aus weiterführenden Schulen und Berufsschulen die Unterschiede zwischen beiden Bildungssystemen und entwickelten Ideen für konkrete Projekte. Als Folge lernen nun im Projekt „Fin-Ger-Mail“ Schüler aus zwei Hunsrücker und zwei finnischen Schulen gemeinsam das jeweils andere Land kennen – zunächst per E-Mail in englischer Sprache, schließlich aber auch im Rahmen gegenseitiger Besuche. Zudem wollen zwei Berufsschulen – aus Simmern im Hunsrück (Deutschland) und Mänttä-Vilppula (Finnland) – eine Onlineplattform für gemeinsames Lernen und Projektarbeit entwickeln.

Landfrauen vernetzen sich

Zu einem weiteren Workshop trafen sich deutsche und finnische Landfrauen im September 2011. Hier entwickelten sie die Idee, ein Netzwerk von landwirtschaftlichen Betrieben zu gründen, das einen intensiven Austausch von Mitarbeitern, Erntehelfern, Auszubildenden und Praktikanten ermöglicht. Auch Fragen der Direktvermarktung und der gesunden Ernährung mit regionalen Produkten sollen eine Rolle spielen. Neue Begeisterung bei Jugendlichen für ein Leben auf dem Land soll geweckt und Einkommensalternativen im ländlichen Raum identifiziert werden. Geplant sind gemeinsame Seminare, Studienreisen und Veranstaltungen. Bei einem weiteren Workshop im Februar 2012 sollen diese Maßnahmen konkretisiert werden. Zudem unternehmen 30 finnische Landfrauen Ende April 2012 eine Studienreise in den Hunsrück und an den Mittelrhein. Das Projekt „Gartenroute Hunsrück-Mittelrhein“ steht dabei auf dem Programm, in dem Gartenbesitzer ihre Gärten öffnen und ausgebildete Gartenführer Führungen veranstalten. Des Weiteren geht es um Einkommensalternativen für Frauen auf dem Land, wie Urlaub auf dem Bauernhof, Direktvermarktung und Markenentwicklung.

Gastronomen tauschen sich aus

Bei einem Workshop in Finnland im April 2011 lernten der Inhaber eines Hotels vom Hunsrück und der Küchenchef eines Hotels vom Mittelrhein Köche aus der finnischen Partnerregion kennen und vereinbarten gegenseitige Besuche. Daraus entstanden viele interessante



Bild: LAG Hunsrück

Aktivitäten. So veranstalten deutsche Restaurants finnische Spezialitätenabende und die deutschen Köche sind im Gegenzug in finnischen Häusern zu Gast, um ihre regionale Küche vorzustellen. Inzwischen kommt es auch zu einem wechselseitigen Austausch von Köchen und Auszubildenden. Die Personen bleiben in der Regel zwei bis drei Wochen im Partnerbetrieb. Dieser Austausch soll regelmäßig fortgeführt werden. Ein besonderes Highlight der Kooperation war die Mitwirkung eines finnischen Köcheteams beim regionalen Gourmetfestival „à la région“ in Kastellaun. Die Beliebtheit des Mittelrheinweins wurde dagegen beim Besuch der „Oberweseler Weinhexe“ auf einem Festival in Finnland erfolgreich getestet.

Menschen sind die wichtigsten Erfolgsfaktoren

Aus Sicht der Regionalmanager haben die Workshops ihren Hauptzweck erfüllt und Menschen aus den Partnerregionen zusammengebracht. Finden die Beteiligten gemeinsame Themen und entwickeln sie einen Draht zueinander, ist es meist nicht mehr weit bis zu einem gelungenen Projekt. Die Verständigung stellte dank der Englischkenntnisse fast aller Mitwirkender nie ein Problem dar. Dennoch war es von Vorteil, dass auf finnischer Seite mit Anu Schuoler eine sehr gut deutsch sprechende Projektkoordinatorin eingesetzt wurde. Eine finnische Praktikantin, für sechs Monate angestellt bei der LAG-Geschäftsstelle im Hunsrück, unterstützte bei der Vor- und Nachbereitung der Workshops, der Gestaltung der Internetseite, bei Übersetzungsarbeiten und beim allgemeinen Projektmanagement. Mit ihrer anschließenden Bachelorarbeit über das Projekt lieferte sie zudem viele wertvolle Hinweise zu Erfolgsfaktoren für transnationale Projekte.

Fortsetzung erwünscht

Die Türen, die mithilfe von Leader geöffnet werden konnten, sollen keinesfalls wieder zufallen – da sind sich die Geschäftsführer der drei Aktionsgruppen einig. Durch ein Folgeprojekt soll an die bisherigen Erfolge nahtlos angeknüpft werden. Die Liste an weiteren Themen ist lang: etwa der Umgang mit dem demografischen Wandel, die Vermarktung regionaler Produkte und die Schaffung neuer Einkommensmöglichkeiten. Auch neue Zielgruppen haben die LAGn im Visier, etwa die Hersteller regionaler Produkte, Anbieter von Urlaubsunterkünften, Vereine und Jugendorganisationen.

✓ Ein finnisches Köcheteam auf dem Gourmetfestival „à la région“ in Kastellaun im Hunsrück.



Bild: LAG PoKo



Mehr Informationen:

Achim Kistner, Geschäftsführer
Lokale Aktionsgruppe Hunsrück
c/o Regionalrat Wirtschaft Rhein-Hunsrück e.V.
Telefon: 067 61 / 97 03 97
E-Mail: kistner@rhein-hunsrueck.de
www.lag-hunsrueck.de
www.fin-ger-net.eu

Mehr Informationen

Flinc

übers Land

Mobilität ist besonders in ländlichen Regionen eine große Notwendigkeit. Preiserhöhungen sowie sinkende und unflexible Angebote des öffentlichen Nahverkehrs machen sie jedoch zu einer zunehmenden Herausforderung. Die Leader-Region „Limes“ testet nun eine interessante Lösung: „flinc“ – die Mitfahrzentrale für jeden Tag. Von Reinhold Sczuka und Benjamin Kirschner

Die Fahrt zur Arbeit in die nächste Stadt, eine längere Shoppingtour, Arztbesuche oder ein spontaner Besuch bei Freunden – das alles ist in vielen ländlichen Regionen ohne eigenes Auto nicht mehr möglich. Das Angebot an öffentlichem Nahverkehr (ÖPNV) dünnt mehr und mehr aus. Um das Leben in diesen Regionen wieder lebenswerter zu machen, müssen neue, innovative Lösungen her. „flinc“ ist eine solche Lösung. Der internetbasierte Mitfahrerservice läuft auf dem heimischen PC, dem iPhone und Android-Smartphones und ist auch in Navigationssystemen integriert. Er bringt Autofahrer und potenzielle Mitfahrer schnell und nahezu vollautomatisch zusammen. Sie müssen sich nicht mehr umständlich über das Telefon abstimmen und Treffpunkte vereinbaren und können auch ganz spontan zueinanderfinden.

Leader-Region Limes wird mobil

Ende 2010 kam es zu einem ersten Kontakt zwischen dem jungen Unternehmen flinc AG (siehe Kasten) und der Leader-Region Limes. Vierzehn Bürgermeister erkannten die Chancen, die mit der Einführung des Mitfahrerservices verbunden sind und schlossen sich zusammen, um flinc in der Region zu verbreiten. Nach Bewilligung des gestellten Förderantrags in Höhe von knapp 40.000 Euro beim Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz trafen sie erste Vorbereitungen für den offiziellen Start des Leader-Projekts. Dieser wird im Februar/März 2012 eingeläutet. Die flinc AG begleitet diese Phase durch Beratung und Marketingunterstützung. Erste Nutzer haben sich bereits unter www.flinc.org angemeldet und wurden Mitglied in der jeweiligen Gemeindegruppe. Weitere Nutzer sind eingeladen, in dieser Vorabphase den Service kennenzulernen, erste Fahrten anzulegen und Mitfahrgelegenheiten zu vermitteln.

So funktioniert flinc

Gesuche und Angebote sind bei flinc völlig unverbindlich. Die Vermittlung von Fahrern und Mitfahrern folgt dabei einem einfachen Grundsatz: Mitfahrer fragen Fahrer an. Als Mitfahrer legt man im Internet ein Mitfahrersuch an. Flinc sucht automatisch nach Fahrern und informiert den Nutzer über SMS, per Mail oder als Meldung direkt auf dem Smartphone, sobald ein passender Fahrer gefunden wurde. Der Mitfahrer kann aus der vorgeschlagenen Fahrerliste



Bild: T-City



Bild: flinc AG



Bild: flinc AG

einzelne Angebote auswählen und den Fahrer mit einem Klick anfragen. Erst von diesem Zeitpunkt an wird der Fahrer informiert und kann reagieren, also annehmen oder ablehnen. Der Mitfahrer wird automatisch über die Zu- oder Absage informiert. Besonders komfortabel ist es, wenn Fahrer im Besitz eines Navigon- oder Bosch-Navigationssystems sind. Wenn sie ihr Navigationsgerät zu Beginn einschalten und ihr Ziel eingeben, wird die Fahrt automatisch bei flinc eingetragen. Mitfahrwünsche erscheinen dann direkt auf dem Display. Wenn der Fahrer den Mitfahrer annimmt, leitet das Navigationsgerät ihn direkt zum Standort des Mitfahrers, dann zu dessen und schließlich zu seinem eigenen ursprünglichen Zielort.

Jeder Nutzer kann bei flinc ein Profilbild hinterlegen und kennzeichnen, welchen Personen er vertraut. Hinzu kommen ein Bewertungssystem und die Möglichkeit, geschlossene Mitfahrgruppen zu bilden. Die Zugehörigkeit zu Gruppen, die Bewertungen, das Profilbild und weitere Informationen werden bei einer Vermittlung angezeigt und schaffen Sicherheit und das notwendige Vertrauen.

„Etwas Gutes für die Umwelt tun“



← Flinc leitet den Fahrer über das Navigationsgerät direkt an den Standort des Mitfahrers.



Bild: flinc-AG

Vorteile für alle Beteiligten

Fahrer können mit flinc einen großen Teil – im Optimalfall sogar 100 Prozent – der Spritkosten einsparen, da der Mitfahrer einen Teil der Fahrt bezahlt. Der Preis für eine Mitfahrt wird dabei von flinc vorgeschlagen. Fahrer und Mitfahrer können sich jedoch auf einen individuellen Preis einigen. Wichtig ist lediglich, dass der Fahrer nicht mehr Geld für die Mitnahme verlangt als ihn die Fahrt kostet. Besteht eine Gewinnabsicht, ist die Fahrt nicht mehr standardmäßig über die KFZ-Haftpflichtversicherung abgedeckt. Hält der Fahrer sich an die Vorgabe, sind Mitfahrer ohne den Abschluss einer zusätzlichen Inassenversicherung bei jeder Fahrt automatisch mitversichert. Der Nutzen für Mitfahrer besteht darin, dass sie das Ziel dank der Mitfahrgelegenheit schneller erreichen können. Im Schnitt kostet eine Fahrt mit flinc genauso viel wie ein ÖPNV-Ticket. Mit flinc hat man die Möglichkeit, jeden Tag interessante Gespräche im Auto zu führen, Kosten zu sparen und ganz nebenbei etwas Gutes für die Umwelt zu tun.

Kostenlos überall anwendbar

Flinc ist ein kostenloser Service. Es kann sich grundsätzlich jeder bei flinc anmelden und kostenlos Fahrten und Mitfahrten anbieten beziehungsweise suchen. Um flinc in einer anderen Region zu etablieren, bedarf es lediglich einiger Menschen, die den ersten Schritt machen und „dranbleiben“. Der erste Schritt besteht darin, selbst auf flinc aktiv zu werden und Fahrten und Mitfahrten zur Arbeit, zur Schule oder zum Sport anzulegen. Flinc bietet bereits viele Möglichkeiten, Freunde oder Bekannte in das System einzuladen und sich direkt mit ihnen zu vernetzen. So entsteht nach und nach ein immer größeres Fahrtennetzwerk. Um ein solches Mitfahrssystem aufzubauen, braucht man aber etwas Geduld, es dauert einige Monate. Die flinc AG sendet auch Regionen außerhalb der Leader-Region Limes gerne Informationen und Anregungen zur Einführung von flinc zu.

Hintergründe zu flinc

Die flinc AG wurde im Mai 2010 gegründet. Das in Ludwigshafen ansässige Unternehmen ging ursprünglich aus einem Projekt der Studenten Michael Hübl, Benjamin Kirschner und Alexander Kuhn an der Hochschule Darmstadt hervor. Von Anfang April bis Juli 2011 beteiligten sich über 5000 Nutzer am bundesweiten Technologietest und brachten zahlreiche Ideen, Wünsche und Anregungen für die Nutzung und Gestaltung des Netzwerks ein. Mitte Juli 2011 ging flinc dann deutschlandweit offiziell an den Start. Im Januar 2012 haben sich bereits knapp 50.000 „flincer“ auf der Plattform angemeldet. Der Service wird stetig weiterentwickelt. Es gibt viele Möglichkeiten, sich direkt an dieser Entwicklung zu beteiligen und gemeinsam mit den bereits bestehenden 50.000 Nutzern die Mobilität auf eine nachhaltige Art und Weise zu verändern.



Mehr Informationen:

Reinhold Sczuka
Bürgermeister Althütte
Telefon: 071 83 / 959 59 13
E-Mail: reinhold.sczuka@althuetten.de

flinc AG
Benjamin Kirschner
Telefon: 061 51 / 392 12 36
E-Mail: benjamin.kirschner@flinc-team.org
www.flinc.org

Mehr Informationen



Bild: Ferien auf dem Lande in Thüringen e.V.

Glasbläser auf Zeit

Der Thüringer Wald ist bekannt für traditionelles Kunsthandwerk wie Glasbläserei und Holzschnitzkunst. Diese und weitere Fertigkeiten können nun auch die Gäste in ihrem Landurlaub entdecken und erlernen. Über 122 Herbergen, Künstler und Kunsthandwerker machen dies möglich – im Leader-Projekt „Kreativer Landurlaub“.

Von Philipp Rothe und Dietrich Pflieger



Bild: Ferien auf dem Lande in Thüringen e.V.

In Thüringen gibt es vielfältige Möglichkeiten, Urlaub auf dem Lande zu machen. Trotz der hochwertigen Angebote bleiben die Zimmer jedoch oft leer. Offensichtlich reichen Übernachtungsmöglichkeiten alleine nicht aus. Es braucht zusätzliche Anreize, die den Aufenthalt interessanter und abwechslungsreicher gestalten. Doch was kann dies bei einer stark individualisierten Gesellschaft und heterogenen touristischen Zielgruppen sein?

Wiege des Kunsthandwerks

Im Thüringer Wald sind traditionelles Handwerk, künstlerisches Schaffen sowie die Arbeit in und mit der Natur noch in vielfältiger Weise vorhanden. Lange Tradition haben Arbeiten mit Metall, Holz, Glas oder Porzellan. So liegt die Wiege der Glasherstellung und des Thüringer Christbaumschmuckes in Lauscha. Hier haben die Glasmacher Hans Greiner und Christoph Müller Ende des 16. Jahrhunderts die erste Glashütte errichtet. Der Nacherfinder des Porzellans in Thüringen – Georg Heinrich Macheleid – gründete 1760 in Sitzendorf die erste Porzellanmanufaktur.

Bergbau und Eisenverhüttung sind die Voraussetzungen für die Metallverarbeitung, welche zum Beispiel rund um Schmalkalden seit dem

14. Jahrhundert ihre Wurzeln hat. Daraus haben sich im Lauf der Zeit zum einen industrielle Produktionszweige entwickelt. Zum anderen wurden die ursprünglichen handwerklichen Fähigkeiten in kleinen Manufakturen weiterbetrieben – so entstand das Kunsthandwerk. Die heilende Wirkung der Thüringer Kräuter (Olitäten) wurde über viele Jahrhunderte erforscht und mittels der Buckelapotheke verbreitet. Buckelapotheker sind Händler aus dem Thüringer Schiefergebirge, die auf dem Rücken ihre Heilmittel zu Fuß in ganz Mitteleuropa vertrieben. Die Verarbeitung von Schafwolle zu Bekleidung und Schmuck bis hin zur Herstellung der berühmten Thüringer Bratwurst und der Verarbeitung von Obst sind weitere traditionelle Tätigkeiten in Thüringen.

Viele Partner kooperieren

All dieses kreative Potenzial verweilte bislang im Dornröschenschlaf, eine gebündelte Vermarktung gab es nicht. Aus diesem Umstand entstand in Gesprächen zwischen Mitarbeitern der Landwirtschaftsämter und Übernachtungsanbietern im Frühjahr 2008 die Idee, Landurlaub mit kreativen und regional geprägten, kunsthandwerklichen Tätigkeiten zu verknüpfen. Damit sollte die Übernachtungszahl und die Verweildauer der Gäste erhöht sowie das traditionelle Kunsthandwerk gestärkt werden. Eine Zentrale Arbeitsgruppe traf sich regelmäßig, um wesentliche Entscheidungen für den Projektfortschritt zu treffen. In ihr waren, ganz im Sinne von Leader, verschiedene Partner aktiv: touristische Leistungsanbieter und Dienstleister, Verwaltung, Verbände und Leader-Akteure. Die Projektträgerschaft übernahm im Förderzeitraum zwischen Mai 2009 und November 2011 die Regionale Aktionsgruppe (RAG) Leader Hildburghausen-Sonneberg e.V. An dem Kooperationsprojekt beteiligten sich neben den zuständigen Landwirtschaftsämtern außerdem die fünf Leader-RAGs Wartburgregion, Henneberger Land, Gotha-Ilmkreis-Erfurt, Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla. An der Projektentwicklung wirkten die Landesarbeitsgemeinschaft Ferien auf dem Lande in Thüringen e.V. sowie ein externes Tourismusplanungsbüro mit.

Professionell durchdacht und vorbereitet

In einer Machbarkeitsstudie wurden zunächst die touristische Angebots- und Nachfragesituation geprüft, potenzielle Zielgruppen und Qualitätskriterien für Beherbergungs- und Kreativpartner definiert und Marketingmaßnahmen benannt. Zeitgleich bauten die sechs beteiligten RAGn das Netzwerk der Projektteilnehmer auf. In regionalen Informationsveranstaltungen machten sie auf die Idee aufmerksam und klärten in Vorort-Gesprächen über die Teilnahmebedingungen auf. Fachpersonal prüfte, ob die interessierten Beherbergungs- und Kreativpartner die verpflichtenden Qualitätskriterien einhalten. Übernachtungsanbieter müssen zum Beispiel ländliche Idylle, familiäre Atmosphäre und Qualität garantieren; die Künstler und Kunsthandwerker ein authentisches und sauberes Umfeld, fachlich fundierte Anleitung und Betreuung der Gäste. Kooperationsvereinbarungen regeln das Mitwirken und den zu leistenden Eigenanteil durch die Projektteilnehmer.

In Workshops wurden die Projektteilnehmer zu Angebotsentwicklung und rechtlichen Grundlagen geschult. Anschließend entwickelten die Beherbergungsanbieter und Kreativpartner zusammen unterschiedliche Angebote für die Gäste.

Neben verschiedenen Marketingmaßnahmen – wie Messeauftritten, Imagefilm, Roll-ups, Postkarten für ein Gewinnspiel sowie Presseinformationen – wurden ein Katalog und ein Internetauftritt erarbeitet, die alle 122 Teilnehmer des Netzwerkes mit ihren Angeboten vorstellen. Die Machbarkeitsstudie sowie alle Marketingmaßnahmen des Projektes wurden über die Thüringer Förderrichtlinie „Agrartourismus“ gefördert.

Gäste erlernen altes Handwerk

Der Gast darf sich nun selbst unter fachlicher Anleitung kreativ-gestaltend verwirklichen. Die Bandbreite reicht von Arbeiten mit Holz, Metall, Keramik, Porzellan, Glas oder Filz über Malerei bis zur Verarbeitung von Kräutern und anderen Produkten der Natur oder Ayurveda. So kann man beispielsweise einen Kurs im Bemalen von



Porzellan buchen, unter Anleitung Christbaumschmuck gestalten, Tierfiguren oder Schmuck aus Glas herstellen, mit dem Holzbildhauer Figuren schnitzen oder mit den Landfrauen Schafwolle verarbeiten. In der Grünwerkstatt wird mit Kräutern gekocht, die Kräuterhexe zeigt, welche heilende Wirkung Wildpflanzen haben, und berichtet über die Geschichte der Buckelapotheke. Im Metallhandwerksmuseum erfährt man, wie der Kopf auf den Nagel kommt oder wie ein Korkenzieher geschmiedet wird.

Auch künstlerisch Interessierte kommen auf ihre Kosten: Auf den Spuren des bekannten Thüringer Landschaftsmalers Otto Knöpfer entdecken die Gäste die Orte seines Wirkens. Zeichen- und Malkurse vermitteln fachliches Know-how, verschiedene Ateliers bieten Kurse in Formgestaltung mit unterschiedlichen Materialien an. Die Kurse werden entweder einzeln oder zusammen als Pauschale mit der Übernachtung angeboten. Die Übernachtung und die jeweilige Kreativwerkstatt sind maximal 30 Autominuten voneinander entfernt. Nach einem kreativen Tag kann der Gast abends im Heubad oder der Sauna entspannen und die gute Thüringer Küche genießen.

Was bleibt zu tun?

Von der Idee bis zur Markteinführung im Juni 2011 brauchte der „Kreative Landurlaub“ etwa drei Jahre. Die Idee, Urlaub mit Kreativität zu verbinden, ist zwar nicht neu, jedoch in dieser Größe des Netzwerkes mit 122 Teilnehmern sicher einmalig in Deutschland. Ein touristisches Produkt ist aber kein Selbstläufer. Es braucht Zeit, bis es tatsächlich am Markt angekommen ist und durch potenzielle Gäste wahrgenommen wird. Der „Kreative Landurlaub“ muss deshalb weiter betreut sowie publik gemacht werden. Hierfür gibt es zum Beispiel regelmäßige Netzwerk-Stammtische. Für die Vermarktung nach außen sind nach wie vor alle bislang am Projekt Beteiligten gefordert. Messbare Ergebnisse hinsichtlich der Zahl der Buchungen liegen noch nicht vor. Allerdings sind die Zugriffszahlen der Internetpräsentation mehr als vielversprechend.

Katalog und Imagefilm

Der Angebotskatalog kann unter www.kreativer-landurlaub.de heruntergeladen oder bei der Landesarbeitsgemeinschaft Ferien auf dem Lande in Thüringen e.V. bestellt werden. Den Imagefilm kann man unter www.rag-hildburghausen-sonneberg.de anschauen.



Mehr Informationen:

Philipp Rothe
Leader-RAG Hildburghausen-Sonneberg e.V.
Telefon: 03 6 85 / 44 55 15
0361 / 44 13 137
E-Mail: kontakt@rag-hildburghausen-sonneberg.de
www.kreativer-landurlaub.de
www.rag-hildburghausen-sonneberg.de

Landesarbeitsgemeinschaft
Ferien auf dem Lande in Thüringen e.V.
Telefon: 03 61 / 26 25 32 30
E-Mail: thueringen@landsichten.de
www.landsichten-thueringen.de

Mehr Informationen



Stotel macht Schule

Weil ein anderer Schulstandort in der niedersächsischen Ortschaft Stotel erweitert wurde, musste die Gemeinde das alte Schulgebäude schließen. Doch die Bürger wollten das historische Gebäude für die Gemeinschaft erhalten. Mithilfe von Leader-Mitteln und viel ehrenamtlicher Arbeit schufen sie aus dem denkmalgeschützten Gebäude einen neuen Ort der Begegnung.

Von Carsten Stimpel

Die Mitglieder des Heimat- und Bürgervereins Stotel e.V. fragten sich, wie sie die um 1890 erbaute, unter Denkmalschutz stehende Alte Schule nach ihrer Schließung 2005 weiterhin erhalten könnten. Wichtig war ihnen, dass das ortsbildprägende Gebäude als Traditionsort weiterhin der Öffentlichkeit zugänglich bliebe. Zusammen mit der Siedlergemeinschaft und dem Turn- und Sportverein Stotel entwickelten sie die Idee, die Alte Schule als Kulturzentrum umzunutzen.

Die Bürger machen mobil

Im Jahr 2005 übertrug die Gemeinde dem Heimat- und Bürgerverein die Nutzungsrechte für das Gebäude. Mit viel Engagement machten sich Ehrenamtliche, unterstützt durch Ein-Euro-Kräfte, an die Umbau- und Sanierungsarbeiten. Mithilfe von Spendengeldern und der Unterstützung örtlicher Gewerbetreibender richteten sie erste Räume für eine Nutzung her. So gestalteten sie zum Beispiel die Heimatstube im Erdgeschoss, die bereits früher für kleinere Veranstaltungen und Lesungen genutzt wurde, im Stil der 50er-Jahre.

Die gesamte Schule ehrenamtlich und auf Spendenbasis vollständig umzubauen, überstieg jedoch die finanziellen und zeitlichen Möglichkeiten der Menschen vor Ort. Deshalb suchte der Heimatverein nach Finanzierungsmöglichkeiten. Die Lokale Aktionsgruppe Wesermünde-Süd stimmte 2009 der Förderung des Projektes durch Leader zu. So übernahm die Gemeinde Loxstedt, zu der die Ortschaft Stotel gehört, die Projekträgerschaft und Kofinanzierung.

Vom Klassenzimmer zum Konzertsaal

2009 begann schließlich der komplette Umbau und am 8. Oktober 2010 öffnete das Kulturzentrum „Alte Schule Stotel“ mit einer offi-

ziellen Schlüsselübergabe seine Pforten. Seitdem steht den Bürgern hier ein hochwertiges kulturelles Angebot zur Verfügung. Kernstück ist ein Veranstaltungssaal mit Bühne, für den zwei Klassenräume und ein Teil des Flures zusammengelegt wurden. Der Eingangsbereich wurde so umgestaltet, dass alle Veranstaltungsräume des Erdgeschosses barrierefrei erreichbar sind. Auf dem Dachboden gibt es nun eine „Geschichtswerkstatt“. Hier stehen der interessierten Öffentlichkeit zum Beispiel die Akten der Ortsvorsteher und Heimatpfleger zur Verfügung. Ziel ist, die Menschen für die Ortsgeschichte zu interessieren und damit ihre regionale Identität zu stärken. Ein weiterer Teil der ehemaligen Klassenräume wird durch Bildungseinrichtungen wie die Volkshochschule und den Verein „Bürger helfen Bürgern“ genutzt. Insgesamt wurden 247.626 Euro in den Umbau investiert, davon stammen 101.935 Euro aus dem Leadertopf der Region Wesermünde-Süd.

Kulturelle und soziale Bereicherung

Hauptinitiator Karl-Heinz Bellmer vom Bürger- und Heimatverein ist zufrieden: „Das Ergebnis ist besser, als wir es uns erträumt haben. Allein 2012 finden im Großen Saal sieben Theateraufführungen und zehn weitere Veranstaltungen mit überregional bekannten Künstlern statt.“ Sehr beliebt ist auch die monatliche Kaffeetafel der Arbeiterwohlfahrt. Das jährliche Leaderforum Wesermünde-Süd, auf dem alle Leader-Interessierten über das Vorgehen im kommenden Jahr mitentscheiden, fand 2011 ebenfalls erstmals in dem sanierten Gebäude statt. Die „Alte Schule Stotel“ zeigt, wie Bürger ihre Interessen zur Stärkung der kulturellen Vielfalt einer Region gemeinsam umsetzen können. Unsere Städte und Dörfer brauchen lebendige Orte der Begegnung und des Austausches. Mit dem Kulturzentrum ist es dank des Leader-Prozesses geglückt, einen solchen Ort zu schaffen.



Mehr Informationen:

Carsten Stimpel
mensch und region
Telefon: 05 11 / 44 44 54
E-Mail: stimpel@mensch-und-region.de
www.mensch-und-region.de
www.kulturzentrumalteschule.de

Mehr Informationen





Stefan Pletziger
LAG „4 mitten im Sauerland“

„Leader gibt den Menschen das Gefühl, dass Europa ihnen etwas bringt“

Stefan Pletziger ist seit Juli 2009 Regionalmanager der Leader-Region „4 mitten im Sauerland“. Der 35jährige Diplom-Volkswirt hat seine beruflichen Wurzeln in der Entwicklungszusammenarbeit. In den Jahren 2004 bis 2009 war er für die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) tätig, davon vier Jahre in Projekten der ländlichen Regionalentwicklung in Benin und Tansania. Seit 2009 brachte er mehr als 30 Leader-Projekte auf den Weg. www.leader-sauerland.de

Herr Pletziger, was ist das Besondere für Sie an Leader im Vergleich zu anderen Fördertöpfen?

Das Besondere an Leader ist, dass die Akteure sehr viel kreativen Spielraum haben. Durch den relativ breiten Förderansatz ist es uns gelungen, Projekte aus den Bereichen Wirtschaft, Integration, Tourismus, Umwelt und Lebensqualität zu fördern. Leader motiviert die Menschen, über ihre lokalen Grenzen hinaus zu denken. Viele Projekte sind nur gemeinschaftlich zu stemmen und Leader trägt erheblich dazu bei, interkommunale Kooperationen zu stärken. Leader-Projekte können außerdem große Themen auf Ortsebene herunterbrechen – bei uns zum Beispiel den Fachkräftemangel oder die demografische Entwicklung. Den Menschen wird durch diese Projekte deutlich, dass sie ganz aktiv mitarbeiten können und sogar müssen, um die Zukunft in ihrer Region weiter positiv zu gestalten.

Was bewirkt Leader darüber hinaus?

Ich glaube, dass wenige EU-Förderprogramme so konsequent vermitteln, dass auch europäische Gelder direkt bei den Menschen ankommen. Die Menschen in den ländlichen Regionen fühlen sich ernst genommen und sehen, dass europäische Gelder nicht nur in großen undurchsichtigen Projekten verschwinden, sondern direkt bei ihnen ankommen. Das Tolle ist auch, dass viele kleine Projekte realisiert werden, die ohne die 50-Prozent-Förderung niemals möglich gewesen wären. Dieses Gefühl, dass Europa ihnen konkret „was bringt“, ist nicht zu unterschätzen. Viele Deutsche tendieren ja sonst oft nur dazu, sich als „Melkkühe“ der EU zu sehen.

Was wäre denn ganz konkret ohne Leader in Ihrer Region nicht passiert?

Ein tolles Projekt war zum Beispiel das internationale Jugendworkcamp, das wir 2011 mit verschiedenen Partnern organisiert haben. Ziel war es, das Wanderwegenetz der Gemeinde Bestwig zu verbessern und gezielte Forstumschutzmaßnahmen umzusetzen. Zu diesem Zweck haben wir den Bauhof der Gemeinde Bestwig, das Regionalforstamt Soest-Sauerland, den Sauerländer Gebirgsverein, die Sparkasse Hochsauerland, die Touristiker und viele ehrenamtliche Helfer zusammengebracht. Dieses Team hat mit 15 Jugendlichen, die aus der ganzen Welt für drei Wochen auf eigene Kosten nach Bestwig gekommen sind, zusammengearbeitet und Erstaunliches geleistet. Insgesamt

etwa 19.000 Euro an Leader-Förderung flossen in das Wanderwegenetz der Region. Ein Superprojekt, bei dem alle profitiert haben.

Was wünschen Sie sich für die kommende Förderperiode?

Erst mal würde ich mir grundsätzlich wünschen, dass Leader überhaupt auf breiter Ebene und in ähnlicher Form fortgeführt wird. Wichtig ist, dass die Strukturen durchschaubar bleiben und die bürokratische Handhabung des Förderansatzes nicht weiter verkompliziert wird. Ein grundsätzlicher Wunsch von mir ist, dass private Kofinanzierung anerkannt wird. Deutschlandweit können sich viele Kommunen Leader fast nicht mehr leisten. Im Gegensatz zu den Kommunen haben aber zum Beispiel viele Verkehrs- und Heimatvereine das Geld, kleine, aber feine Projekte für ihre Region umzusetzen. Wenn diese Mittel für die öffentliche Kofinanzierung eingesetzt werden dürften, wäre es möglich, das bürgerschaftliche Engagement weiter erheblich zu stärken.

Was unterscheidet Ihre Leader-Region von anderen?

Das lässt sich schwer pauschal beantworten. Ich bin mir sicher, dass die meisten Kolleginnen und Kollegen einen Superjob machen. Allerdings vermisse ich bei vielen Leader-Regionen, vor allem auf den jeweiligen Internetseiten, die Transparenz ihrer Arbeit. Auf unserer Homepage www.leader-sauerland.de finden Sie alle von der LAG genehmigten, alle laufenden und abgeschlossenen Projekte, den jeweiligen Stand der Dinge sowie die vorgesehene Leader-Fördersumme. Mehr Transparenz geht nicht.

Das Gespräch führte Juliane Mante





Dr. Sylva Rahm-Präger (links) mit ihren Mitarbeiterinnen in der Molkerei „Rügener Inselfrische“.

Mehr Raum für starke Frauen

Verlassene Dörfer und Kleinstädte, hohe Arbeitslosigkeit und Fremdenfeindlichkeit, immer mehr alte Menschen und Junggesellen ohne Schulabschluss, in der Konsequenz flüchtende junge Frauen – so etwas überspitzt das gängige Klischee über das Leben in den ostdeutschen ländlichen Regionen. Aber stimmt das wirklich immer und überall?

Von Uta Bauer und Susanne Dähler

Nicht alle verlassen die ländlichen Regionen Ostdeutschlands. Viele fühlen sich gerade hier zu Hause. Und einige ziehen ganz bewusst (zurück) aufs Land. Denn trotz aller Herausforderungen bieten diese Regionen auch Chancen und Raum für ungewöhnliche Ideen. Welche gesellschaftlich relevante Rolle nehmen dabei die Frauen ein? Wie leben und arbeiten Frauen in den ländlichen Regionen der neuen Länder, die dort geblieben oder wieder zurückgezogen sind? Wie gestalten sie den Wandel in ihrer Heimat? In der Studie „Frauen machen Neue Länder – Mehr Raum für starke Frauen!“ wurden diese Fragen untersucht und positive Beispiele für den Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels gefunden.

Frauenpower im Nordosten

Die Zahlen sprechen für sich: Es gibt viel Frauenpower in den ostdeutschen ländlichen Räumen. So sind in Mecklenburg-Vorpommern mit etwa 54 Prozent mehr Frauen als Männer (circa 52 Prozent) sozialversichert beschäftigt, im bundesweiten Mittel sind es 48 Prozent Frauen und 58 Prozent Männer. Auch hinsichtlich ihrer Repräsentanz in der Lokalpolitik führt Mecklenburg-Vorpommern die Rangliste an. In den Landkreisen Ludwigslust, Nordwestvorpommern und Rügen regieren inzwischen mehr Bürgermeisterinnen als Bürgermeister (Berlin-Institut 2011).

Frauen übernehmen in den neuen Bundesländern zunehmend Führungspositionen. Im Zeitraum 2000 bis 2007 stieg der Anteil der weiblichen Spitzenkräfte im Osten auf 45 Prozent, während er im Westen Deutschlands lediglich 29 Prozent betrug (Kleinert 2011). Eine hohe Geschlechtergerechtigkeit in vielen ostdeutschen Landkreisen bestätigt auch der „Gender-Index“ des Bundesinstituts für Bauwesen, Stadt- und Raumforschung. Hier belegt der Landkreis Märkisch-Oderland in Brandenburg den ersten Platz und der Landkreis Anhalt-Bitterfeld in Sachsen-Anhalt den dritten Platz. Bildungserfolge, die vergleichsweise höhere Erwerbsneigung von ostdeutschen Frauen, aber auch ihre hohe Repräsentanz in der Lokalpolitik führen zu diesen Gleichstellungserfolgen.

Kreativ den Wandel meistern

Lebensrealitäten und -strategien von Frauen lassen sich aber nicht allein durch Daten und Statistiken abbilden. Deshalb wurden Persönlichkeiten befragt, die ihr Leben auf sehr kreative Weise in die Hand nehmen und gestalten. Insgesamt wurden die „Geschichten“ von 16 ausgewählten Frauen aus unterschiedlichen Branchen und Sektoren in den ländlichen Regionen der neuen Bundesländer in kurzen Porträts dokumentiert. Besonders auf dem Land wird es immer schwieriger, eine funkti-

onierende Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Exemplarisch werden an dieser Stelle zwei Frauen vorgestellt, die diesen Trends kreativ begegnen. Beide leben und arbeiten in sehr ländlich geprägten und abgeschiedenen Regionen: in der Prignitz in Brandenburg sowie auf der Insel Rügen in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Schule ins Dorf zurückholen

Der „Geburtenknick“ Anfang der 1990er-Jahre sowie die anhaltende Abwanderung junger Frauen haben deutliche Spuren in den neuen Bundesländern hinterlassen. Seit 2000 ging die Zahl der minderjährigen Kinder in Ostdeutschland um 29 Prozent zurück. Wo Kinder fehlen, werden Schulen geschlossen. Verlängern sich dann als Folge die Wege zu den Schulen, ziehen noch mehr junge Familien weg. Ein Kreislauf, der schwer aufzuhalten ist. Dass es Alternativen gibt, zeigt das Beispiel der Freien Schule Baek in der brandenburgischen Prignitz. Diese wird von Jana Reiche – einst jüngste Schulleiterin Deutschlands – geleitet. Vor zehn Jahren gründete sie gemeinsam mit anderen Eltern in Baek einen Kindergarten und eine Grundschule, die nach reformpädagogischen Ansätzen arbeiten. Nachdem sie keinen geeigneten Kindergarten für ihren eigenen Sohn fand, nahm sie das Projekt einfach selbst in die Hand. Die Grundschul- und Sozialpädagogin bildete sich zielgerichtet fort und überzeugte die Gemeindeverwaltung vom reformpädagogischen Konzept. Natürlich lief nicht alles reibungslos. Die alteingesessenen Bewohner standen dem Projekt zunächst skeptisch gegenüber. Inzwischen sind jedoch die Barrieren abgebaut, ein Drittel der Schüler stammt aus Familien aus der Prignitz. Insgesamt gibt es nun 37 Schüler. Dies klingt zunächst nicht viel, doch die attraktive Schule trägt dazu bei, dass Familien in der Region geblieben und sogar neue Familien zugezogen sind.

Keine „Milchmädchenrechnung“

Die Landwirtschaft ist ein zentraler Wirtschaftszweig in ländlich geprägten Regionen. Ostdeutsche Frauen haben in der Landwirtschaft traditionell eine starke Stellung. Anders als in den alten Bundesländern mussten sie nicht als „mithelfende Famili-



Bild: Sebastian Ballentchin

Die Freie Schule Baek in Brandenburg.

enangehörige“ um ihre wirtschaftliche Eigenständigkeit kämpfen, sondern waren als Fachkräfte in der Tier- und Pflanzenproduktion anerkannt. Dr. Sylva Rahm-Präger hat eine Karriere mit Umwegen verfolgt: Nach Studium und Promotion in Berlin wollte sie eigentlich in der Wissenschaft arbeiten. Sie kehrte jedoch in ihre Heimat zurück, wo sie heute mit der Molkerei „Rügener Inselfrische“ ein erfolgreiches Unternehmen führt. Die Molkerei verarbeitet 5000 Liter Milch aus der Region pro Woche. Die Produkte wie Quark, Joghurt und Frischkäse werden regional



Bild: Sebastian Ballentchin

Jana Reiche, Leiterin der Freien Schule Baek, im Unterricht.

vermarktet. Ganz bewusst beschäftigt sie nur Frauen. Zum einen wegen ihrer speziellen Kompetenzen, zum anderen möchte sie ihren acht Mitarbeiterinnen eine berufliche Perspektive in der Region bieten. Dr. Sylva Rahm-Präger ist der Meinung, dass auch die jungen, gut qualifizierten Frauen bleiben, wenn Arbeitgeber angemessene Löhne bezahlen und Arbeitsbedingungen bieten, die Beruf und Familie miteinander vereinbaren lassen, etwa flexible Arbeitszeiten oder Teilzeitarbeit.

Innovationsvorsprung Ost – Not macht erfinderisch

Ausgerechnet in Regionen, denen nach rein ökonomischen Kriterien keine große Zukunft vorausgesagt wird, fanden sich besonders kreative Frauen. Sie haben ein hohes Verantwortungsbewusstsein, übernehmen das Ruder in den Verwaltungen oder in der Kommunalpolitik, gründen eigene Firmen oder investieren in soziale Einrichtungen wie Dorfläden, Schulen oder Bürgerbusse. Die Schwierigkeiten in den abgelegenen ländlichen Räumen begreifen fast alle der befragten Frauen als Herausforderungen, die pragmatisch gemeistert werden müssen. Gerade dort, wo sich private und öffentliche Angebote zurückziehen, werden unkonventionelle Lösungen immer wichtiger. Dies erfordert Kreativität, Engagement und Eigeninitiative. Und vor allem funktionierende soziale Netzwerke, bei deren Aufbau und Pflege Frauen ein besonderes Händchen nachgesagt wird.

Frauen machen neue Länder

Die Studie entstand im Zusammenhang mit dem gleichnamigen Kongress „Frauen machen neue Länder. Mehr Raum für starke Frauen“ im Oktober 2011, dem bisher vierten Kongress der Reihe. Die jährlich stattfindenden Kongresse werden durch jeweils eine Studie zu einem aktuellen thematischen Schwerpunkt sowie einen Blog im Internet begleitet. Weitere Informationen finden Sie unter: www.frauenmachenneuelaender.de

Zum Weiterlesen

Bauer U., Dähler S. (2011): Frauen machen neue Länder – Mehr Raum für starke Frauen! Bundesministerium des Innern (Hrsg.). Berlin
Kostenloser Download: www.frauenmachenneuelaender.de/studie
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2011): Die demografische Lage der Nation. Was freiwilliges Engagement für die Region leistet. Berlin
Kostenloser Download: www.berlin-institut.org/studien.html
Kleinert C. (2011): Ostdeutsche Frauen häufiger in Führungspositionen. IAB-Kurzbericht 3/2011. Kostenloser Download: www.iab.de →
Publikationen → Kurzberichte



Mehr Informationen:

Uta Bauer, Susanne Dähler
Büro für integrierte Planung Berlin
Telefon: 030 / 30 10 09 41
E-Mail: info@bipberlin.de
www.frauenmachenneuelaender.de



Der Ölpreis gibt den Ausschlag

Bild: Shutterstock

Der mehr als einhundert Jahre währende Trend sinkender Nahrungsmittelpreise ist vorbei. In der öffentlichen Diskussion werden dafür mal die Spekulanten und mal die Bioenergieproduktion verantwortlich gemacht. Dies ist jedoch nicht beziehungsweise nur sehr eingeschränkt richtig. Forschungsergebnisse zeigen, dass der Ölpreis und die damit zusammenhängenden Transportkosten die bedeutendsten Einflussfaktoren sind.

Von Harald von Witzke

Die internationalen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft haben sich dramatisch verändert. Der Jahrtausendwechsel markiert eine Megatrendwende auf den Agrarmärkten, denn seit dieser Zeit steigen die Agrarpreise – wenn auch stark schwankend. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen. Nach unseren Analysen werden die Preise wichtiger Agrarrohstoffe gegen Ende dieses Jahrzehnts in einem normalen Jahr um 50 bis 100 Prozent über denjenigen der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts liegen.

Die Nachfrage übersteigt das Angebot

In der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts wird sich die weltweite Nachfrage nach Agrarprodukten voraussichtlich mehr als verdoppeln. Zum einen führen die wachsenden Einkommen in Entwicklungs- und Schwellenländern zu höherem Verbrauch pro Kopf. Zum anderen wächst die Weltbevölkerung schneller als bisher gedacht. Die Vereinten Nationen prognostizierten jüngst ein Szenario von zehn Milliarden Menschen im Jahr 2050. Das Angebot wird aus einer Reihe von Gründen nicht Schritt halten können mit dem Wachstum der Nachfrage. Zum einen sind die Flächen, die weltweit für die Agrarproduktion verfügbar sind, begrenzt. Die produktivsten Flächen werden bereits heute landwirtschaftlich genutzt. In vielen Teilen der Welt gibt es keine nennenswerten Bodenreserven, die noch mobilisierbar wären. Wo es solche Flächen noch gibt, sollten diese – wie etwa die tropischen Regenwälder – häufig aus ökologischen Gründen nicht in die landwirtschaftliche Nutzung überführt werden. Weitere Faktoren setzen dem Produktivitätswachstum Grenzen: Wasser wird zunehmend knapper und damit teurer. Hinzu kommt der Klimawandel, der auch unter der Annahme, dass alle sonstigen Bedingungen gleich blieben, die globale Agrarproduktion verringern wird.

Öl- und Transportpreise wiegen am schwersten

Die Tabelle zeigt, welche Faktoren den starken Preisausschlag bei Weizen in den Jahren 2007 und 2008 bestimmten. Mithilfe eines Marktmodells wurden die monatlichen Preisänderungen zwischen Januar 2007 bis Juni 2008 analysiert. Der Weizenpreis ist in diesem Zeitraum um etwa 78 Prozent gestiegen. Durch die Veränderung von angebots- und nachfragebestimmenden Faktoren konnte dieser Preisausschlag punktgenau erklärt werden. Als bei Weitem wichtigste Bestimmungsfaktoren ergaben sich der Ölpreis und die Transportpreise für Wirtschaftsgüter, auch Frachtraten genannt. Dabei werden die Frachtraten auch, aber nicht nur, vom Ölpreis bestimmt. Die Landwirtschaft ist ein energieintensiver Wirtschaftsbereich. Auch der indirekte Energieeinsatz ist hoch, etwa zur Herstellung von Stickstoffdüngern. Steigende Energiepreise führen zu steigenden Kosten und diese wiederum verringern das Angebot. Zusätzlich steigern höhere Energiepreise den Anreiz, mehr Nutzpflanzen zur Herstellung von Bioenergie anzubauen. Dies verstärkt die Nutzungskonkurrenz zwischen Nahrungs- und Bioenergieproduktion. Der gestiegene Anbau von Bioenergiepflanzen hat jedoch unseren Ergebnissen zufolge – entgegen der häufig zu hörenden Meinung – einen vernachlässigbar geringen Einfluss auf den Weizenpreis. Auch trat keine größere Differenz zwischen beobachtetem und erklärtem Preisanstieg auf, die man als Hinweis auf einen Einfluss von Spekulation hätte interpretieren können. Eine weitere wichtige Variable ist der Wechselkurs des US-Dollars gegenüber den Sonderziehungsrechten des Internationalen Währungsfonds sowie die von einigen Ländern in dieser Zeit eingeführten Exportbeschränkungen. Die im Untersuchungszeitraum weltweit hohe Weizenproduktion trug dagegen zu einer Abschwächung

Erklärungsvariable des Weizenpreisausschlags 2007/2008**Datenbasis: monatliche Preise Januar 2007–Juni 2008**

Quelle: Von Witzke und Noleppa, 2011.

Variable	Erklärungsbeitrag in Prozent
Ölpreis	29,3
Frachtraten (Transportkosten)	29,6
Bevölkerung	2,3
Einkommen	2,0
US\$ / SDR Wechselkurs	7,6
Exportbeschränkungen	6,1
Produktion	-10,7
Bioenergieflächen	0,1
Gesamt beobachtet	77,8
Gesamt erklärt	78,3

des Preisausschlags bei.

Der in der Tabelle angegebene Einfluss jeder Variablen auf den Preis ist so zu interpretieren, als hätte sich jeweils nur diese Variable geändert, während alle anderen Variablen unverändert geblieben sind.

Bioenergie ist kein Preistreiber

Die Nutzungskonkurrenz zwischen Nahrungs- und Bioenergieproduktion um die knapper werdenden Ressourcen der Weltlandwirtschaft ist vorhanden. Ihr Einfluss ist jedoch unseren Ergebnissen nach geringer als oft behauptet. Zum einen konkurrieren nicht nur Bioenergiepflanzen mit den Nahrungspflanzen, sondern auch alle anderen Nichtnahrungsgüter, die auf landwirtschaftlichen Flächen angebaut werden. Hierzu zählen etwa Baumwolle, Zierpflanzen oder Kautschuk. Gegenwärtig entspricht die weltweite Baumwollanbaufläche in etwa der von Bioenergiepflanzen. Und sie nimmt stark zu: Im laufenden Wirtschaftsjahr wird die Baumwollfläche um etwa neun Prozent steigen.

Schätzungen zufolge werden derzeit etwa drei Prozent der Flächen weltweit für den Anbau von Bioenergiepflanzen genutzt. Dies bedeutet etwa zehn Prozent höhere Preise (Nachfrageelastizität von -0.3). Der Preis für Weizen ist seit der Jahrtausendwende aber um mehr als 100 Prozent gestiegen. Der Anteil der Bioenergieproduktion Europas an der Weltproduktion beträgt 15 Prozent und der Deutschlands fünf Prozent. Das bedeutet, dass die Bioenergieherstellung die Agrarpreise in der EU lediglich um 1,5 beziehungsweise in Deutschland um 0,5 Prozent hat ansteigen lassen.

Agrarforschung stärken

Auf der Angebotsseite ist der Ölpreis also zu einem der bedeutendsten Einflussfaktoren für die Entwicklung der Lebensmittelprei-

se geworden. Für die Landwirte bedeutet dieser Umstand, dass sie sich auf noch stärkere Preisschwankungen einstellen müssen.

Um den rasch wachsenden Bedarf der Menschheit an preiswerten Nahrungsmitteln zu befriedigen, muss vorrangig die Produktivität der derzeit landwirtschaftlich genutzten Flächen gesteigert werden. Nur dann kann sich die Menschheit sowohl mehr Nahrung als auch mehr Bioenergie leisten. Dies wird sich zur Zeit jedoch nur schwer realisieren lassen, denn durch die Vernachlässigung der Agrarforschung sind die jährlichen Produktivitätszuwächse von vier Prozent in den 1960er- bis 1980er-Jahren auf nunmehr rund ein Prozent zurückgegangen – in der EU gar auf nur 0,6 Prozent. Eine Stärkung der Agrarforschung ist also unabdingbar, um die Probleme der Flächenknappheit und Erhöhung der Lebensmittelpreise abzumildern.

Zusätzliche Informationen der Redaktion

Zum Einfluss der Börsenspekulation auf die Nahrungsmittelpreise gibt es in der Wissenschaft unterschiedliche Aussagen. Auch Prof. Hans-Heinrich Bass, Leiter des „Institute for Transport and Development“ an der Bremer Hochschule hat im Auftrag der Welthungerhilfe zu dieser Thematik geforscht. In der im November 2011 veröffentlichten Studie kam er zu dem Ergebnis, dass Spekulationen für bis zu 20 Prozent der beobachteten Preissteigerungen der Jahre 2008 und 2010 / 2011 verantwortlich waren. Einen noch bedeutenderen Einfluss hat seinen Ergebnissen nach der beständige Preisdruck durch Finanzmarktanleger auf Rohstoffterminmärkten. *Kostenloser Download der Studie unter www.welthungerhilfe.de/pm-eurofinanceweek.html*

**Mehr Informationen:**

Prof. Dr. Dr. Harald von Witzke
Humboldt-Universität zu Berlin
Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät
Fachgebiet Internationaler Agrarhandel und Entwicklung
Telefon: 030 / 20 93 62 33
E-Mail: hvwitzke@agr.ar.hu-berlin.de

Mehr Informationen

Bild: Shutterstock



Bild: Teamarbeit / Fotolia

Was die EU-Kommissionsvorschläge für den Agrarumweltbereich bedeuten

Im Oktober 2011 legte die EU-Kommission einen Entwurf für eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vor. Welche Bedeutung hätten die darin vorgeschlagenen Änderungen auf die zukünftige Ausgestaltung der Agrarumweltmaßnahmen in Deutschland? Der vorliegende Beitrag gibt eine erste Antwort auf diese Frage.

Von Jörn Sanders und Karin Reiter

Mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 versucht die EU-Kommission, die ländliche Entwicklungspolitik enger mit den übergeordneten „Europa 2020“-Zielen zu verzahnen und auf folgende sechs Handlungsfelder zu fokussieren:

(1) Wissenstransfer und Innovation, (2) Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, (3) Organisation von Nahrungsmittelketten und Risikomanagement in der Landwirtschaft, (4) Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung von Ökosystemen, (5) Ressourceneffizienz und Klimaschutz sowie (6) soziale Eingliederung, Armutsbekämpfung und wirtschaftliche Entwicklung.

Im Rahmen der GAP werden besondere Umweltleistungen der Landwirtschaft in erster Linie durch Agrarumweltprogramme honoriert. Diese sind Bestandteil der ländlichen Entwicklungsprogramme der EU-Mitgliedsstaaten. Die Handlungsfelder 4 und 5 sollen unter anderem durch die „Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen“ (AU&KM) und die Maßnahme „Ökologischer Landbau“ (ÖL) umgesetzt werden. Durch die Ergänzung des Maßnahmentitels und die Einführung einer eigenen Öko-Maßnahme betont der Kommissionsvorschlag die Bedeutung des Klimaschutzes und des ökologischen Landbaus für die ländliche Entwicklung. Die neuen Maßnahmen ersetzen die bisherigen „Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen“. Weitere Änderungen betreffen insbesondere die Kofinanzierung, die Mindestanforderungen, die Förderausgestaltung und die Laufzeiten der Maßnahmen.

Geänderte Kofinanzierung

Deutliche Änderungen sieht der Vorschlag bei der Kofinanzierung der Maßnahmen AU&KM und ÖL durch die EU vor. Der Kofinanzierungssatz reduziert sich für Deutschland von bisher 80 Prozent der öffentlichen Ausgaben für Konvergenzgebiete und 55 Prozent für Nichtkonvergenzgebiete auf jeweils 50 Prozent. Weiterhin sieht die Kommission für die kommende Programmperiode, wie in den Erwägungsgründen dargelegt, einen Mindestfinanzanteil von 25 Prozent der Gesamtausgaben für klimabezogene Zahlungen vor. Dieser soll über AU&KM, die Förderung des ÖL und Zahlungen für benachteiligte Gebiete erbracht werden. Eine niedrigere Kofinanzierung muss deshalb nicht zwangsläufig dazu führen, dass künftig der Budgetanteil für die beiden Maßnahmen abnimmt.

Einfluss des Greenings

Agrarumweltleistungen können in der zweiten Säule der GAP nur gefördert werden, wenn diese über die gesetzlichen Mindestanforderungen (Baseline) hinausgehen. Die Prämienhöhe richtet sich nach den mit einer Maßnahme verbundenen zusätzlichen Kosten bzw. Einkommensverlusten. Zu den bisherigen Auflagen kommen laut Kommissionsvorschlag ab 2014 zusätzlich die sogenannten Greening-Auflagen (siehe auch Beitrag Seiten 44 bis 45, LandInForm 4.2011). Dadurch ändert sich - wie im Folgenden dargestellt - die Grundlage für die Ausgestaltung und Bemessung der AU&KM.

Anbaudiversifizierung

Die vorgeschlagene Greening-Auflage zur Anbaudiversifizierung schreibt mindestens drei Ackerkulturen mit einem Mindestanteil von fünf Prozent und einem Höchstanteil von 70 Prozent je Kultur vor. Da die Förderauflagen der derzeitigen Agrarumweltmaßnahmen zur Fruchtfolgenartendiversifizierung über den Greening-Standard zur Anbaudiversifizierung hinausgehen, ist davon auszugehen, dass die bisherige Förderpraxis weiterhin Bestand hat. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Prämienhöhe in Folge der veränderten Baseline nach unten anzupassen ist.

Grünlanderhalt

Der Grünlanderhalt wird künftig auf einzelbetrieblicher Ebene statt auf Bundeslandebene geregelt. Bezugsfläche ist die jeweilige Grünlandparzelle des Betriebes. Ein Grünlandverlust von bis zu fünf Prozent bezogen auf das Referenzjahr 2014 ist zulässig. Für die Ausgestaltung von AU&KM bedeutet das, dass der Erhalt der betrieblichen Grünlandbilanz über die Betriebs- und die Landes-

©BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan





regelung hinreichend gesichert ist. AU&KM könnten deshalb den Fokus auf Umbruchverbote – auch im Rahmen der Grünlanderneuerung – und auf für den Ressourcenschutz wertvolle Grünlandflächen legen.

Ökologische Vorrangflächen

Eine weitere Greening-Auflage sieht die Verpflichtung vor, eine ökologische Vorrangfläche (Brache, Landschaftselemente, Pufferstreifen, Aufforstungsflächen) von sieben Prozent zur Referenz der betrieblichen Acker- und Dauerkulturfläche zur Verfügung zu stellen. Zu erwarten ist, dass die noch ausstehenden Konkretisierungen der Greening-Auflage keine oder nur sehr geringe Qualitätsstandards der Landschaftselemente beinhalten, insofern kann im Rahmen von AU&KM die Entwicklung und Pflege ausgewählter Landschaftselemente weiterhin honoriert werden.

Ökologisch wirtschaftende Betriebe müssen die Greening-Auflagen nicht erfüllen, da ihr Produktionssystem als grundsätzlich ökologisch hochwertig eingestuft wird. Indirekt werden die Ökobetriebe vermutlich dennoch von der Einführung der Greening-Standards betroffen sein: Verringert sich das Betriebsergebnis der für die Prämienkalkulation herangezogenen konventionellen Referenzbetriebe infolge der Einhaltung der Greening-Standards, reduziert sich auch der Gewinnabstand zwischen ökologischen und konventionellen Betrieben. Eine Reduzierung der Ökoprämie wäre die Konsequenz.



Neue Förderelemente

Gemäß Verordnungsentwurf können künftig nicht nur Landwirte, sondern auch andere Landbewirtschafter an AU&KM teilnehmen. Die Ökolandbauförderung soll weiterhin nur Landwirten offenstehen. Antragsberechtigt sind sowohl Einzelpersonen als auch Gruppen von Landwirten beziehungsweise Landbewirtschaftern. Den Gruppen kann ein Transaktionskostenaufwand von bis zu 30 Prozent der Prämie und damit ein höherer Beitrag als den Einzelteilnehmern (20 Prozent) zugestanden werden. Gruppenvereinbarungen stellen für Landwirte eine interessante Alternative dar, wenn dies zu einer höheren Flexibilität hinsichtlich der einzelbetrieblichen Verpflichtung führt.

Des Weiteren soll das Förderangebot der AU&KM durch Beratungs- und Schulungsleistungen begleitet werden. Konkrete Ausführungen zum Umfang und zur Form des Wissenstransfers liegen derzeit aber noch nicht vor.

Flexiblere Laufzeiten

Die Laufzeit von AU&KM sowie der Förderung des ÖL soll flexibler gestaltet werden können. Zwar muss der Förderzeitraum für eine Erstverpflichtung weiterhin fünf bis sieben Jahre betragen, anschließend können jedoch auch kurzfristige Verträge von einem Jahr geschlossen werden. Damit reagiert die EU-Kommission auf die Tatsache, dass bisher für die Verlängerung einer Maßnahme keine explizite Rechtsgrundlage bestand. Da jedoch bereits in der Vergangenheit einzelne Maßnahmen auf Antrag von der EU verlängert wurden, sind für die Praxis nicht zwangsläufig Änderungen zu erwarten.

Die Honorierung ökologischer Leistungen der Landwirtschaft insbesondere im Bereich Klimaschutz kann durch den Kommissionsvorschlag gestärkt werden: 25 Prozent der Gesamtausgaben für die ländliche Entwicklung sollen zur Minderung des Klimawandels und zur Anpassung an seine Folgen genutzt werden. Dies könnte allerdings dazu führen, dass weniger Geld für andere ökologische Maßnahmen zur Verfügung steht, welche keinen Bezug zum Klimaschutz haben. Durch die Einführung der Greening-Auflagen ist ferner davon auszugehen, dass die Prämien bisheriger Maßnahmen teilweise niedriger ausfallen. Letztlich wird es auf die konkrete Ausgestaltung ankommen, ob künftig das Prinzip „öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“ besser umgesetzt wird. Grundsätzlich zu hinterfragen ist, ob durch die Ausrichtung der Agrarförderung auf die „Europa 2020“-Ziele die bisherigen Probleme der ländlichen Entwicklungsprogramme – etwa eine unzureichende Effizienz – ausreichend adressiert werden.



Mehr Informationen:

Dr. Jörn Sanders
Karin Reiter
Johann Heinrich von Thünen-Institut
Telefon: 05 31 / 59 6 51 23, - 52 21
E-Mail: juern.sanders@vti.bund.de
karin.reiter@vti.bund.de
www.vti.bund.de

Mehr Informationen

^ Nichtlandwirtschaftliche Unternehmen sind landwirtschaftlichen Haushalten jetzt hinsichtlich der Existenzgründungs- und Investitionsförderung gleichgestellt.

Was die GAP-Reform der ländlichen Entwicklung bringt

Die EU-Kommission nennt in der Mitteilung zur Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2020 als eines von drei Zielen eine ausgewogene räumliche Entwicklung. In ihrem Vorschlag zur ELER-Verordnung bleibt die ländliche Entwicklung jedoch ohne neue Akzente.

Von Regina Grajewski und Andreas Tietz

Zu den ländlichen Entwicklungsmaßnahmen im Europäischen Landwirtschaftsfonds für ländliche Entwicklung (ELER) zählen die bislang im Schwerpunkt 3 angesiedelten Maßnahmen sowie die Förderung der ländlichen Infrastruktur aus Schwerpunkt 1 (zu Leader siehe LandInForm 4.2011, Seiten 46-47). Die rechts stehende Tabelle zeigt, dass die bisherigen Maßnahmen im neuen Entwurf in wenigen Artikeln mit teilweise zahlreichen Unterpunkten zusammengefasst werden. Wie schon in der jetzigen Förderperiode gibt es – im Unterschied zu den Maßnahmen im Agrarsektor – für die ländliche Entwicklung kaum Vorgaben zu Fördervoraussetzungen oder Fördersätzen. Einige wesentliche Neuerungen erklärt dieser Artikel.

Vielfältige Investitionen

Artikel 18 des Verordnungsentwurfs enthält verschiedene investive Fördermaßnahmen für landwirtschaftliche Betriebe und Infrastrukturvorhaben sowie für Umweltmaßnahmen. Flurbereinigung und die Erschließung land- und forstwirtschaftlicher Flächen (bislang ELER-Code 125) werden hier aufgeführt, ohne weitere Details festzulegen. Nichtproduktive Investitionen mit Umweltbezug (bislang ELER-Codes 216 und 323) können sowohl bei Artikel 18 als auch Artikel 21 eingeordnet werden. Hier sind weitere Erläuterungen der EU-Kommission erforderlich.

Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft

Artikel 20 fasst verschiedene Fördermöglichkeiten zur „Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe und sonstiger Unternehmen“ zusammen, die neue Wirtschaftstätigkeiten in ländlichen Räumen voranbringen sollen. Neben einigen bislang im Schwerpunkt 1 angesiedelten Fördergegenständen umfasst dieser Artikel Existenzgründungsbeihilfen und Investitionen in nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten für landwirtschaftliche Betriebe (bislang ELER-Code 311) sowie solche in nichtlandwirtschaftliche Klein- und Kleinstunternehmen (bislang ELER-Code 312).

Nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten landwirtschaftlicher Haushalte (Diversifizierung) können in Form einer Investitionsbeihilfe oder als Existenzgründungsbeihilfe gefördert werden. Neu ist ein Höchstbetrag von 70.000 Euro für die Existenzgründungsbeihilfe.

Nichtlandwirtschaftliche Unternehmen sind landwirtschaftlichen Haushalten jetzt hinsichtlich der Existenzgründungs- und Investitionsförderung gleichgestellt. Eine weitreichende Neuerung ist, dass nun nicht mehr nur Kleinstunternehmen, sondern auch „kleine Unternehmen“ in ländlichen Gebieten gefördert werden können. Kleine Unternehmen haben laut EU-Definition maximal 50 Mitarbeiter und einen Jahresumsatz von 10 Millionen Euro. Diese Öffnung ist grundsätzlich sinnvoll, sie erfordert allerdings eine enge Abstimmung mit den Instrumenten des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Europäischen Sozialfonds (ESF), etwa hinsichtlich der Förderung von Existenzgründungen.

Dienstleistungen und Dorferneuerung

Artikel 21 umfasst ein breites Spektrum an Fördermöglichkeiten für „Basisdienstleistungen und Dorferneuerung in ländlichen Gebieten“. Neben den in der unten stehenden Tabelle genannten Fördergegenständen (bisher ELER-Codes 313, 321 und 323) umfasst der Artikel auch die Erarbeitung von Plänen für die Entwicklung von Gemeinden sowie für Schutz und Bewirtschaftung von Natura-2000-Gebieten und sonstigen Gebieten mit besonderem natürlichem Wert. Neu ist, dass Investitionen zur Verlagerung von Tätigkeiten und zur Umgestaltung von Gebäuden in der Nähe ländlicher Niederlassungen gefördert werden sollen. Was das konkret bedeutet, ist allerdings noch unklar. Die Dorferneuerung und -entwicklung (ELER-Code 322) wird nicht unter Artikel 21 aufgelistet. Nach Aussagen der EU-Kommission sollen die aufgeführten Unterpunkte jedoch nur beispielhaft und nicht abschließend sein. Einer Fortführung der bisherigen, umfassenden Dorferneuerungsförderung sollte daher nichts im Wege stehen. Die Förderung von Breitbandinfrastruktur erhält im Entwurf der ELER-Verordnung (VO) deutlich mehr Gewicht als bisher. Neben dem

Ländliche Entwicklungsmaßnahmen 2007 – 2013 und entsprechende Artikel im Entwurf der neuen ELER-VO

ELER-Codes und Maßnahmen 2007 – 2013	Entsprechende Artikel im Entwurf der ELER-VO 2014 – 2020
125 Ländliche Infrastruktur	Artikel 18 Investitionen in materielle Vermögenswerte (c) Infrastrukturen zur Erschließung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen, Flurbereinigung und Bodenverbesserung, Energieversorgung und Wasserwirtschaft
311 Diversifizierung	Artikel 20 Entwicklung der landwirtschaftlichen und sonstigen Unternehmen I(b) Investitionen in nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten
312 Unternehmensgründung und -entwicklung	Artikel 20 I(a) Existenzgründungsbeihilfen für nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten in ländlichen Gebieten I(b) Investitionen in nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten
313 Tourismus	Artikel 21 I (e) Investitionen durch öffentliche Einrichtungen in Freizeitinfrastruktur; Fremdenverkehr und Ausschilderung (öffentliche Träger) Artikel 20 I(b) Investitionen in nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten (private Träger)
321 Dienstleistungseinrichtungen	Artikel 21 I (b) Investitionen in die Schaffung, Verbesserung oder Ausdehnung aller Arten von kleinen Infrastrukturen I (c) Breitbandinfrastruktur I (d) Investitionen in die Schaffung, Verbesserung oder Ausdehnung örtlicher Basisdienstleistungen und die dazugehörige Infrastruktur
322 Dorferneuerung und -entwicklung	Artikel 21 Basisdienstleistungen und Dorferneuerung in ländlichen Gebieten (Dorferneuerung und -entwicklung nicht als eigener Unterpunkt)
323 Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes	Artikel 21 I (f) Studien und Investitionen im Zusammenhang mit der Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung des kulturellen und natürlichen Erbes von Dörfern und ländlichen Landschaften Artikel 18 (d) nichtproduktive Investitionen (mit Bezug auf Umweltziele)
331 Bildung und Information	Artikel 15 Wissenstransfer und Informationsmaßnahmen (mit Einschränkungen)
341 ILEK und Regionalmanagement	Artikel 36 Zusammenarbeit

ELER ist aber auch eine Förderung aus dem EFRE möglich. Hier stellt sich die Frage, ob diese komplexe und von schnellen technischen Veränderungen geprägte Materie nicht besser aus nur einem Fonds gefördert werden sollte.

Die Förderung des natürlichen Erbes wird in der aktuellen Periode unter ELER-Code 323 von den Bundesländern breit und sehr unterschiedlich umgesetzt. Es ist nicht erkennbar, ob diese Fördermöglichkeiten unter dem neu formulierten Unterpunkt I(f) noch enthalten sind. Zudem finden sich auch an anderen Stellen im VO-Entwurf vergleichbare Fördergegenstände (Artikel 18, für Kooperationen auch Artikel 36). Es ist aber ratsam, die Förderung des natürlichen Erbes weiterhin einem Artikel unterzuordnen. Dafür erscheint der Artikel 21 geeigneter.

Vielfältige Formen der Zusammenarbeit

Artikel 36 umfasst eine Vielzahl von möglichen Kooperationsarten mit sehr unterschiedlichen Zielen, die weit über die bisher in den ELER-Codes 124 und 341 geförderten Möglichkeiten hinausgehen, zum Beispiel:

- Pilotprojekte,
- Kooperation von Wirtschaftsakteuren
 - › zur Entwicklung neuer Produkte, Verfahren, Prozesse und Technologien
 - › zur Organisation gemeinsamer Abläufe und Nutzung von Ressourcen
 - › entlang der Versorgungs- und Wertschöpfungsketten (lokale Märkte, Erzeugung von Biomasse)
- über die Wirtschaft hinausgehendes gemeinsames Handeln
 - › zur Eindämmung des Klimawandels
 - › zur Durchführung von lokalen Entwicklungsstrategien

• Konzeptentwicklung (Umweltprojekte, Waldbewirtschaftungspläne). Für diese Maßnahme gilt im Gegensatz zu allen anderen investiven Maßnahmen ein höherer Satz der Kofinanzierung von 80 Prozent. Es müssen mindestens zwei Einrichtungen zusammenarbeiten. Neben den nicht-investiven Aktivitäten einer Kooperation (laufende Kosten, Pläne, Konzepte, Öffentlichkeitsarbeit etc.) sind auch direkte Kosten im Zusammenhang mit der Kooperation förderfähig. Bislang ist nicht klar, ob hiermit auch investive Kosten – zum Beispiel von Projekten aus lokalen Entwicklungsstrategien – gemeint sind.

Wenig neue Akzente

Nur eine der sechs Prioritäten im Verordnungsentwurf bezieht sich explizit auf räumliche Aspekte einer ländlichen Entwicklung, und zwar Priorität 6: soziale Eingliederung, Armutsbekämpfung und wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume. Demografische Entwicklungen, Lebensqualität sowie Daseinsvorsorge und ländliche Infrastrukturen finden als weitere wichtige Themen der ländlichen Entwicklung jedoch wenig Beachtung. Die EU-Kommission hat sich in den derzeit stattfindenden Verhandlungen zu einer allgemeinen Öffnung der Priorität 6 für die Verbesserung der Lebensqualität in ländlichen Räumen kritisch geäußert: Ihr ist dieser Begriff zu schwammig und nicht messbar. Außer im Rahmen von Leader gibt es keine spezifischen Vorgaben, die das Angebot von ländlichen Entwicklungsmaßnahmen attraktiver machen.

Der Entwurf wird damit den spezifischen Herausforderungen ländlicher Räume nicht gerecht. Anders als in den Strukturfonds (EFRE, ESF) wird den aus der Ziel-I-Förderung herausfallenden ostdeutschen Regionen – inklusive besonders benachteiligter ländlicher Räume – im ELER noch nicht einmal übergangsweise eine erhöhte EU-Kofinanzierung zur Verfügung gestellt.

Fondsübergreifend planen

Die Vorgaben im Entwurf der ELER-VO sind sehr breit und wenig konkret, sodass die Länder nach derzeitigem Kenntnisstand viel Freiraum für die Programmierung der neuen ländlichen Entwicklungsprogramme haben. Sie sind gefordert, eigene Schwerpunkte in räumlicher wie auch in finanzieller Hinsicht zu setzen, um den verschiedenartigen Problemen ländlicher Räume in Deutschland gerecht zu werden. Dies sollte idealerweise bereits in der fondsübergreifenden Partnerschaftsvereinbarung auf Bundesebene geschehen. Eine konsistente, fondsübergreifende Strategie für ländliche Räume erfordert eine frühzeitige und enge Zusammenarbeit zwischen den mit ELER, EFRE und ESF befassten Ressorts.



Mehr Informationen:

Regina Grajewski
Andreas Tietz
Johann Heinrich von Thünen-Institut
Telefon: 05 31 / 59 6 55 99, - 51 69
E-Mail: regina.grajewski@vti.bund.de
andreas.tietz@vti.bund.de
www.vti.bund.de

Mehr Informationen



Bild: S. Zinecker, Stiftung Schloss Ettersburg

Der Vorstandsvorsitzende der Stiftung Schloss Ettersburg, Prof. Dr. Klaus Töpfer, und der Thüringer Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Christian Carius, bei der Gründung der Serviceagentur Demografischer Wandel

Thüringen macht mobil:

SERVICEAGENTUR
DEMOGRAFISCHER
WANDEL

Der demografische Wandel prägt unsere Gegenwart und Zukunft nachhaltig. Er ist nicht umkehrbar, aber dennoch gestaltbar. Doch wie können die Akteure vor Ort damit umgehen? Die Serviceagentur Demografischer Wandel berät und unterstützt Kommunen und Bürger in Thüringen.

Von Susanne Zinecker

Der demografische Wandel betrifft alle Ebenen des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Um ein deutliches Zeichen zu setzen und die Akteure in Politik und Gesellschaft aktiv bei dessen Bewältigung zu begleiten, nahm im März 2011 die Serviceagentur Demografischer Wandel ihre Arbeit auf. Sie ist ein Kooperationsprojekt zwischen dem Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr und der Stiftung Schloss Ettersburg – Gestaltung des demografischen Wandels. Der Dienstleistungscharakter dieser Einrichtung sowie die Umsetzung in einer Partnerschaft administrativer und zivilgesellschaftlicher Strukturen sind bundesweit bisher einmalig.

Passgenaue Lösungen für jeden

Die Serviceagentur Demografischer Wandel fungiert als Informations-, Beratungs-, Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für die vielfältigen Fragen der demografischen Entwicklung in Thüringen und steht grundsätzlich allen beruflich oder privat Interessierten als Anlaufstelle offen. Anfragen können unkompliziert per Telefon, E-Mail oder über das Kontaktformular auf der Homepage gestellt werden. Kann eine Frage nicht aus eigenem Wissen beantwortet werden, bemühen sich die Mitarbeiter, Kontakt zu entsprechenden Experten zu vermitteln.

Im Schwerpunkt möchte die Serviceagentur jedoch insbesondere die Thüringer Kommunen, politische Akteure und Verwaltungsmitarbeiter, Wirtshaft, Kirchen, Vereine und Verbände mit passgenauen Informationen unterstützen. Denn regional differenzierte Tendenzen erfordern eine zunehmend kleinräumige Betrachtung und die Entwicklung individueller Strategien.

Jährliche Themenschwerpunkte

Die Mitarbeiter der Serviceagentur bereiten gezielt statistische Daten auf, stellen regionale Expertisen zur Verfügung, sammeln in einer Ideenbörse erfolgreiche und übertragbare Praxisbeispiele, halten Themenvorträge und führen eigene Fachveranstaltungen durch. Der inhaltliche Fokus der Arbeit orientiert sich dabei an jeweiligen Themenjahren. In 2011 drehte sich alles um die Gesundheits- und Sozialwirtschaft, während das Jahr 2012 im Zeichen der Kommunalwirtschaft

steht. Mit dieser intensiven Bearbeitung eines Schwerpunktes will die Serviceagentur eigene Akzente setzen. Gleichzeitig können wertvolle Netzwerke aus strategischen Partnern auf- und ausgebaut werden. Ziel ist es, durch Recherchen, Forschungsk Kooperationen und Studien lösungsorientierte Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, von denen die Akteure vor Ort profitieren. Eine jeweils Ende des Jahres stattfindende Demografiekonferenz rundet die Arbeit eines Themenjahres ab. Ganz praktische Unterstützung und Beratung durch die Serviceagentur erfuhren bereits die Thüringer Bewerber im Rahmen des „Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge“ im vergangenen Jahr. Die Serviceagentur begleitet die im Auswahlverfahren als Modellregion erfolgreiche Thüringer Gebietskörperschaft über den gesamten Projektzeitraum von 2011 bis 2014.

Thüringer Zukunftspreis

Auf der 1. Thüringer Demografiekonferenz im Dezember 2011 lobte Ministerpräsidentin Lieberknecht den Thüringer Zukunftspreis aus. Dieser Preis wird ab 2012 in jedem zweiten Kalenderjahr Maßnahmen, Konzepte und Projekte aus allen Bereichen des Lebens ehren, die einen nachhaltigen und innovativen Beitrag zur Gestaltung des demografischen Wandels in Thüringen leisten. Informationen hierzu erhalten Sie auf der Homepage der Serviceagentur (www.serviceagentur-demografie.de).



Mehr Informationen:

Serviceagentur Demografischer Wandel
Telefon: 03 6 43 / 74 0 21 30; 03 61 / 37 91 505
E-Mail: info@serviceagentur-demografie.de
www.serviceagentur-demografie.de
www.thueringen.de/de/tmbvl
www.stiftung-ettensburg.de

Mehr Informationen

Kleinere Städte und Gemeinden – gemeinsam stark

Bund und Länder starteten 2010 im Rahmen der „Initiative Ländliche Infrastruktur“ das Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“. Das Büro Plan und Praxis GbR begleitet und betreut das Bund-Länder-Programm als Bundestransferstelle.

Von Katharina Janke

In ländlichen und dünn besiedelten Räumen sind vor allem die kleineren Städte und Gemeinden wichtige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zentren. Sie werden durch die Folgen des demografischen Wandels, wie eine alternde und abwandernde Bevölkerung, Arbeitsplatzverlust und die angespannte Haushaltssituation der Kommunen gefährdet: Viele dieser Städte und Gemeinden können ihrer Aufgabe der Daseinsvorsorge nicht mehr nachkommen und verlieren so an Attraktivität.

Fördermittel für interkommunale Kooperationen

Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Rahmen der „Initiative Ländliche Infrastruktur“ zusammen mit den Ländern 2010 das Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ gestartet. Die Fördergelder können Kommunen für den Aufbau von Kooperationen untereinander und die Organisation ihrer überörtlichen Zusammenarbeit einsetzen. Zum anderen können sie ihre Infrastrukturen an veränderte Nachfragesituationen anpassen und städtebauliche Missstände beseitigen. Voraussetzung ist, dass den Maßnahmen ein überörtlich beziehungsweise interkommunal abgestimmtes integriertes Entwicklungskonzept zugrunde liegt. Für die gemeinsame Problemanalyse, die Erarbeitung von Lösungsansätzen und die Umsetzung können auch andere Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten von Bund, Land, EU oder von Privaten einbezogen werden. Im Jahr 2011 wurden insgesamt 120 Gesamtmaßnahmen mit 35 Millionen Euro aus dem Programm gefördert. Die Länder und die Kommunen kofinanzieren diese Bundesmittel zu je einem Drittel. Kommunen, die am Programm teilnehmen möchten, können dies bei den in ihren Bundesländern zuständigen Stellen beantragen.

Die jeweiligen Ansprechpartner finden Sie unter www.staedtebaufoerderung.info

Bundestransferstelle berät und vernetzt

Seit November 2011 ist das Büro Plan und Praxis GbR aus Berlin als Bundestransferstelle für die Begleitung des Bund-Länder-Programms zuständig. Das Team trägt zum Wissenstransfer zwischen den Akteuren bei, die die Entwicklung kleinerer Städte und Gemeinden befördern. Neben den Kommunen, den Ländern und dem Bund bezieht die Bundestransferstelle auch Forschungsinstitutionen, von Kommunen Beauftragte und weitere Interessierte in die Vernetzungs- und Austauscharbeit ein. Sie erfasst und verbreitet auch den Stand der Programmumsetzung. Dazu gehören unter anderem die Beschreibung von Problemen und Hemmnissen bei der Bereitstellung öffentlicher Infrastrukturangebote sowie Erläuterungen zur Bündelung verschiedener Förderansätze und zur überörtlichen Zusammenarbeit. Neben einem breiten Informationsangebot im Internet erstellt die Bundestransferstelle Veröffentlichungen zur Programmumsetzung, gibt dem Austausch durch Veranstaltungen zu programmspezifischen Themen einen Rahmen und beantwortet Fragen im Zusammenhang mit dem neuen Programm.

Die Internetseite www.staedtebaufoerderung.info bietet Programm-Informationen, Informationen zu Fachveranstaltungen, eine Datenbank mit Praxisbeispielen, eine Übersicht zu Ansprechpartnern auf Bundes- und Länderebene sowie weiterführende Links. Außerdem gibt es einen Newsletter, zum Beispiel zu Programmneuerungen und erfolgreichen Praxisbeispielen. Das Team der Bundestransferstelle steht allen Interessierten für Fragen und einen offenen Austausch zur Verfügung.



Mehr Informationen:

Katharina Janke
Holger Pietschmann
Bundestransferstelle „Kleinere Städte und Gemeinden –
überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“
c/o Plan und Praxis GbR
Telefon: 030 / 60 03 15 21
E-Mail: transferstelle-ksg@planundpraxis.de
www.staedtebaufoerderung.info
www.planundpraxis.de

Mehr Informationen



Gründen wir eine Dorfbewegung!

Viele Dörfer in ländlichen Regionen haben ähnliche Probleme: demografischer Wandel, der Verlust der Infrastruktur, verödennde Ortskerne. Bisher fehlt ihnen jedoch eine Plattform zum Austausch von Know-how und Lösungsmöglichkeiten. Nach internationalem Vorbild sollen in Deutschland deshalb Dorfbewegungen gegründet werden. Von Sören Bronsert

Mitte Mai 2011 trafen sich 250 Dorfbauvereine aus ganz Deutschland mit Vertretern der Vereinigung von Dorfbewegungen europäischer Länder auf einer internationalen Konferenz in Berlin. Neben aktuellen Fragen der Dorfbauentwicklung diskutierten die Teilnehmer anhand von internationalen Erfahrungen auch die Umsetzungsmöglichkeiten von Dorfbewegungen in Deutschland. Ein wesentliches Ergebnis der Konferenz war die Gründung einer Initiativgruppe zur Bildung einer Dorfbewegung in Deutschland. Die Initiativgruppe möchte gemeinsam mit anderen Dorfbauvereinen aus verschiedenen Bundesländern regionale sowie ein bundesweites Netzwerk ins Leben rufen. Wir laden alle engagierte Dorfbewohner und Vertreter von Dorfbauvereinen und Ortsbeiräten ein, sich aktiv in die Entstehung einer Dorfbewegung einzubringen.

Warum braucht Deutschland eine Stimme für die Dörfer?

Es gibt vor allem drei Gründe für ein Dorf, Teil einer Dorfbewegung zu werden: Eine Vernetzung der Dörfer auf kommunaler, regionaler oder Landesebene ermöglicht systematischen Erfahrungsaustausch, Vermittlung von Know-how und praktische Hilfe für die Herausforderungen der Dorfbauentwicklung. Zusammen sind die Dörfer stärker, sie können ihre Interessen im näheren Umfeld, in der Gemeinde oder in der Region gemeinsam vertreten. Und eine Dorfbewegung kann mit der vereinten zivilgesellschaftlichen Kraft ihrer Mitglieder als Interessenvertreterin und Lobby der Dörfer wirken. Gemeinsam kann sie wichtige Impulse für die Ausgestaltung der ländlichen Strukturentwicklung sowie für die Dorferneuerung und -entwicklung geben. Wenn wir Ihr Interesse an der Initiative „Dorfbewegung in Deutschland“ wecken konnten, rufen Sie uns an, schreiben Sie uns oder füllen Sie unser Kontaktformular auf unserer Internetseite aus. Sobald sich genügend Interessenten gefunden haben, sollen dezentrale Veranstaltungen vor Ort zu den von Ihnen gewünschten Themen angeboten werden.

Was ist eine Dorfbewegung?

Dorfbewegungen sind zivilgesellschaftliche Aktivitäten von Dörfern für Dörfer. Ihre wichtigste Aufgabe besteht darin, die Dorfbaugemeinschaft darin zu stärken, ihre eigenen Potenziale zu entfalten. Nach dem Prinzip „Wir bewegen uns selbst“ kümmern sich die Dorfbaugemeinschaften selbst darum, dass ihr Dorf „lebendig“ ist und die örtliche Lebensqualität verbessert wird. Sie schließen sich zudem zu regionalen und nationalen Netzwerken zusammen.

Die ersten Dorfbewegungen entstanden in den 1970er-Jahren in Finnland und in den 1980er-Jahren in Schweden – beides Länder mit einem hohen Anteil extrem dünn besiedelter Regionen. Aber auch in den dicht besiedelten Niederlanden gibt es seit mehr als zwanzig Jahren eine ähnliche Bewegung. Heute sind solche Dorfbewegungen in 23 europäischen Ländern aktiv. In einigen Ländern finden alle zwei Jahre „Ländliche Parlamente“ statt. Auf diesen begegnen Dorfbauvereine Politikern „auf Augenhöhe“, um ihre Interessen zu vertreten.



Mehr Informationen:

Bund:
Sören Bronsert
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 35 37
E-Mail: soeren.bronsert@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/dorf

Brandenburg:
Silke Last
AG Lebendige Dörfer
Telefon: 0 38 77 / 40 36 45
E-Mail: info@lebendige-doerfer.de
www.lebendige-doerfer.de

Sachsen-Anhalt:
Anke Schulze-Fielitz
Frank Ernst
Netzwerk Zukunft Sachsen-Anhalt e.V.
Telefon: 03 91 / 5 43 38 61
E-Mail: agenda@kosa21.de
www.kosa21.de

Thüringen:
Mirko Klich
RAG LEADER Wartburgregion
Telefon: 0 36 95 / 85 88 72
E-Mail: klich@rag-wartburgregion.de
www.rag-wartburgregion.de

 **netzwerk**
LÄNDLICHE RÄUME

Bild: Zdzienar / Fotolia



Mehr Informationen



Regionale Werte auf Erfolgskurs

Die Regionalwert AG Bürgeraktiengesellschaft in der Region Freiburg ist seit fünf Jahren ein großer Erfolg: Das große Interesse an diesem Modell hat die Verantwortlichen veranlasst, die Voraussetzungen für seine Übertragung in andere Regionen zu schaffen. Im Herbst 2011 gründeten sie als Dachgesellschaft für alle Regionen die Regionalwert Treuhand UG&Co. KG.

Von Christian Hiss

Als Bürgeraktiengesellschaft spricht die Regionalwert AG private und institutionelle Anleger an, die mit ihrem Beteiligungskapital kleinen und mittleren Unternehmen der ökologischen Nahrungsmittelwirtschaft eine breitere Finanzbasis verschaffen und dadurch die regionale Wirtschaft stärken (siehe LandInForm 3.2009, Seiten 48–49). Bereits 16 Betriebe der Landwirtschaft, der Verarbeitung und der Vermarktung wurden damit finanziert beziehungsweise sogar neu gegründet. Die Betriebe arbeiten mehr und mehr zusammen, um die Synergieeffekte eines Netzwerks für sich zu nutzen. Im Jahr 2011 eröffneten schließlich die ersten Regionalwert Biomärkte, weitere folgten 2012. Damit erhalten die landwirtschaftlichen Partnerbetriebe einen direkten Marktzugang und die Bioladenbesitzer können Produkte aus dem Partnernetzwerk unter besonderer Kennzeichnung anbieten. Auch eine Dienstleistungsgesellschaft ist nun Teil des Netzwerks. Sie berät die Existenzgründer in der Gründungsphase und übernimmt für sie Buchhaltung und Controlling. Auch wenn es viele Anfragen von Unternehmern außerhalb der Region gibt, wird das von den Bürgern bereitgestellte Kapital bewusst nur im Regierungsbezirk Freiburg eingesetzt.

Hohe Nachfrage aus anderen Regionen

Das Konzept der Regionalwert AG erfährt in Fachwelt und Öffentlichkeit großes Interesse. Es fragen immer mehr Interessenten aus anderen Regionen an, die selbst eine Regionalwert AG gründen wollen. Daher beschlossen die Verantwortlichen der Freiburger Regionalwert AG, eine Regionalwert Treuhand UG&Co. KG als Dachgesellschaft für alle Regionen zu gründen. Die seit Herbst 2011 bestehende Gesellschaft hat nun die Aufgabe, die Marke Regionalwert AG überregional nutzbar zu machen.

Schon im September 2011 gründeten vier Personen aus dem Münchener Raum die zweite Regionalwert AG in Deutschland – die Regionalwert AG Isar/Inn. Das Recht, die Marke und den Namen zu nutzen, erhielt die Münchener Bürgeraktiengesellschaft durch den Erwerb

eines Gesellschafteranteils in Höhe von 10000 Euro an der Regionalwert Treuhand UG&Co. KG.

Aber nicht nur Marke und Name erwirbt man mit dem Kommanditanteil. Man erhält auch sämtliches Know-how und Material, das man braucht, um eine Regionalwert AG zu gründen und umzusetzen. Sind die Lizenz- und Kooperationsverträge unter Dach und Fach, erhalten die Akteure einen Gebietschutz auf die Marke, das heißt: Nur sie dürfen den Namen Regionalwert in einer definierten Region nutzen.

Feste Größe in der Regionalentwicklung

Christian Hiss, Gründer und Vorstand der Regionalwert AG Freiburg sowie Franz Dullinger, ein ausgewiesener Regionalentwicklungsexperte aus Niederbayern, sind die Geschäftsführer der Dachgesellschaft. Die beiden Geschäftsführer werden in den nächsten Jahren interessierten Akteuren aus anderen Regionen helfen, Regionalwert AGs zu gründen und zu etablieren. Eine weitere Aufgabe wird es sein, das ständig wachsende Know-how aller bestehenden und neugegründeten Regionalwert AGs zu sammeln und allen Interessierten zur Verfügung zu stellen. Die Dachgesellschaft arbeitet außerdem daran, dem Konzept einer von Bürgern mitfinanzierten Regionalentwicklung bei den Kommunen, den Bundesländern sowie auf EU-Ebene Gehör und Unterstützung zu verschaffen. Hält die gegenwärtige regionale und überregionale Dynamik an, so kann man davon ausgehen, dass die Marke Regionalwert AG in wenigen Jahren flächendeckend eine feste Größe in der Regionalentwicklung ist.



Mehr Informationen:

Regionalwert Treuhand UG(haftsbeschr.) & Co.KG
Telefon: 07 66 3 / 94 24 01
E-Mail: kontakt@regionalwert-ag.de
www.regionalwert-ag.de

Mehr Informationen



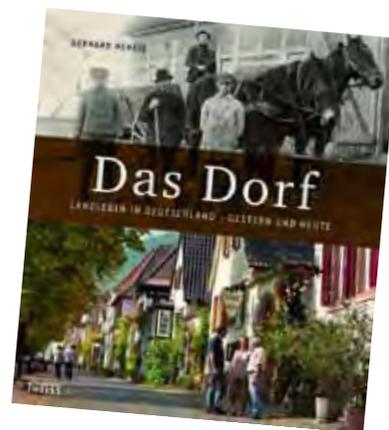
Von der Redaktion für Sie angelesen

Faszination Dorf – gestern und heute

Von Sören Bronsert

Es gibt sie noch, die Faszination am Dorfleben. Das Dorf wird häufig als Rückzugsort für ein naturnahes, soziales Miteinander in einer schnelllebigen und globalisierten Welt gesehen. Das vorliegende Buch will die Dörfer aber nicht verklären. Vielmehr beschreibt und erklärt der Autor Gerhard Henkel, wie Dörfer und ihre Menschen den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Veränderungen ihrer Zeit begegnen. Um die Gegenwart verstehen zu können, skizziert er die gravierenden Umwälzungen des Dorflebens seit dem Mittelalter und stellt in einer historischen Betrachtung den Wandel des Dorfes von 1950

bis heute in den Mittelpunkt. Wie viele Facetten das Landleben hat, zeigen die Kapitel Wirtschaftsraum und Versorgung, Bevölkerung, Soziales, Kultur, Gestalt der Kulturlandschaft und Dorfpolitik. Das reich bebilderte Buch beschreibt das heutige Dorf als einen dynamischen Lebensraum, in dem die ländliche Gemeinschaft vielfältiger geworden ist. Das Dorf des 21. Jahrhunderts ist zu einem demografischen Testfeld einer Post-Wachstumsgesellschaft geworden. Als Pioniere in der Gestaltung eines neuen sozioökonomischen Miteinanders können Dorfgemeinschaften für das ganze Land von Nutzen sein.



Gerhard Henkel, 2012: *Das Dorf. Landleben in Deutschland – Gestern und Heute*. Konrad Theiss Verlag GmbH, Stuttgart, 344 Seiten, ISBN: 978-3-534-24465-2

Räumliche Entwicklungen interkommunal steuern

Von Barbara Schulz-Hönerhoff

Andreas Raab liefert mit seiner Habilitationsschrift ein umfassendes Werk zum Thema interkommunale Kooperation und räumliche Entwicklung. Er beschreibt und kommentiert formelle und informelle Kooperationsmöglichkeiten und

analysiert finanz- und verwaltungstechnische Aspekte der Zusammenarbeit. Vier Fallbeispiele aus Bayern veranschaulichen die Potenziale des Instruments in

den Themenfeldern Wohnsiedlungs- und Innenentwicklung, Gewerbeflächenentwicklung und -management, Standortmarketing sowie Gewerbeflächenportfolio. Der Autor analysiert Möglichkeiten und Praxis der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit im Rahmen der Förderprogramme „Stadtumbau West“ und „Integrierte Ländliche Entwicklung ILE“ in Bayern.

Er stellt fest, dass interkommunale Kooperationen in ländlichen Räumen bisher meist auf kleinräumige Zweckverbände zur Bereitstellung von einzelnen Infrastrukturen konzentriert sind. Stadt-Umland-Kooperationen

sind hingegen meist großräumigere Mehrfachzweckverbände oder Planungsverbände. Insgesamt sollte nach seiner Auffassung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in ländlichen Räumen mehr und breiter kooperiert werden, um die darin liegenden Chancen für die Daseinsvorsorge und räumlichen Entwicklung auszuschöpfen.

Andreas Raab, 2011: *Räumliche Entwicklungen interkommunal steuern*. Ibidem-Verlag, Stuttgart, 472 Seiten. ISBN-13: 978-3-8382-0256-3

... angebündelt

Vorbilder im Landtourismus gesucht

Von Stefan Kämper

Ob touristische Angebote, regionale Anbieternetzwerke oder Marketingplattformen: Im Projekt „Tourismusperspektiven in ländlichen Räumen“ sucht der Deutsche Reiseverband erfolgreiche, bereits am Markt eingeführte Beispiele touristischer Projekte aus dem ländlichen Raum. Die eingereichten Projekte sollen entweder einen außergewöhnlichen Angebotscharakter haben oder

sich durch professionelle Marketing- und Vertriebsorientierung auszeichnen, besonders zukunftsorientiert und innovativ sein oder besondere wirtschaftliche Effekte für ländliche Räume haben. Die ermittelten Best Practices werden auf dem Abschlusskongress des Projekts im Januar 2013 in Berlin öffentlichkeitswirksam präsentiert und publiziert.

Das Gesamtprojekt wurde im Herbst 2011 vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie in enger Kooperation mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gestartet. **Best Practice bis zum 30. April 2012 einreichen auf:** www.tourismus-fuers-land.de (ausschließlich online)

Familienfreundlichkeit als Standortvorteil im demografischen Wandel

Die familienfreundliche Region steht im Mittelpunkt einer **Fachtagung**, die am **27. April 2012** in **Felsberg (Hessen)** stattfindet. Familienfreundlichkeit – richtig angelegt und kommuniziert – schafft Bindungen der Menschen und Unternehmen an ihre Region, kann Abwanderung verhindern, für Zuzug attraktiv machen. Auf der Tagung wird unter anderem den Fragen nachgegangen: Wie bindet man Jugendliche und Familien an die Region? Wie wird Familienfreundlichkeit zum wirkungsvollen Standortfaktor? Was können institutionelle Bündnisse und bürgerschaftliche Netzwerke beitragen? Wie sieht die flankierende Demografie-Strategie des Bundes aus? Die Tagung richtet sich länderübergreifend an politische Entscheidungsträger aller Ebenen, ebenso wie an Akteure aus Lokalen Bündnissen für Familie. Veranstalter ist die Region Mittleres Fuldata mit der Stadt Felsberg, dem Lokalen Bündnis aus Felsberg und Melsungen sowie Bündnisfamilie 2.0.

Mehr Informationen: www.foerderregion-mittleres-fuldata.de
Anmeldungen: info@foerderregion-mittleres-fuldata.de



Bild: Vandalay / Photocase

Bildung im Dorf. Was leistet Bildung für ländliche Räume?

Das **18. Interdisziplinäre Dorfsymposium in Bleiwäsche** (Nordrhein-Westfalen) am **13. bis 15. Mai 2012** wird sich mit der Bedeutung verschiedener Formen des Lernens im Dorf beschäftigen. Es soll herausgearbeitet werden, wer in Dörfern neben den bekannten Bildungsträgern und -vermittlern zur dörflichen Bildungslandschaft beiträgt. Es stehen daher Erfahrungsberichte und Projektpräsentationen von Bildungsträgern und -initiativen in ländlichen Räumen auf

dem Programm. Die Veranstaltung bietet Akteuren der (in-)formellen Bildung und der Kommunalpolitik ein Forum für Austausch und Kooperationen. Veranstalter ist der Arbeitskreis Dorfentwicklung.

Anmeldung bei: **Dr. Karl Martin Born**,
Universität Vechta, kmborn@ispa.uni-vechta.de
Vollständiges Programm unter
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine

Bundestreffen der Regionalbewegung



Bild: Vandalay / Photocase



Der Bundesverband der Regionalbewegung e.V. und das Aktionsbündnis Tag der Regionen laden in Kooperation mit der DORV-Zentrum GmbH vom **15. bis 16. Juni 2012** ins nordrhein-westfälische **Jülich-Barmen** ein. Das Thema Regionalität ist derzeit in aller Munde, deshalb ist einer der Schwerpunkte der Veranstaltung in diesem Jahr die Entwicklung eines bundesweiten Regionalsiegels. Aber auch die Vernetzung von Dorfläden und eine Exkursion zum DORV-Zentrum in Barmen werden angeboten.

Infos: www.regionalbewegung.de



LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm –
Magazin für ländliche Räume abonnieren.
Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe _____ Exemplare.

Institution _____

Vorname/Nachname _____

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

Datum _____ Unterschrift _____



Sie können LandInForm auch im Internet
unter www.land-inform.de bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn

Termine

Zusammengestellt von Stefan Kämper

27. April	Familienfreundlichkeit als Standortvorteil im demografischen Wandel Tagung in Felsberg (Hessen)	Zweckverband Mittleres Fuldataal www.foerderregion-mittleres-fuldataal.de
	Info auf Seite 55	
9. und 10. Mai	Mit neuen REKs und Multifonds in die Programmperiode ab 2014 Bundesweites Leader-Treffen in Bad Kissingen (Bayern)	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader-treffen
	Info auf Seite 9	
9. bis 11. Mai	Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft Veranstaltung in Bad Nauheim (Hessen)	Agrarsoziale Gesellschaft www.asg-goe.de/tagungen.shtml
13. bis 15. Mai	Bildung im Dorf. Was leistet Bildung für ländliche Räume? 18. Dorfsymposium in Bleiwäsche (Nordrhein-Westfalen)	Arbeitskreis Dorfentwicklung der Deutschen Gesellschaft für Geographie www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine
	Info auf Seite 55	
8. Juni	Weitere Wege? Weniger Nutzer? Sinkende Vielfalt? Daseinsvorsorge im ländlichen Raum Fachtagung mit Busexkursion in Neuruppin (Brandenburg)	Deutscher Verband für angewandte Geographie www.geographie-dvag.de
12. bis 14. Juni	LINC – Vernetzung europäischer Leader-Regionen Transnationale Leader-Konferenz in Tartu (Estland)	LINC ist eine Initiative von LAGn und nationalen Netzwerkstellen für die ländliche Entwicklung in Österreich, Deutschland, Estland und Finnland www.info-linc.eu
	Info auf Seite 9	
15. und 16. Juni	6. Bundestreffen der Regionalbewegung Veranstaltung in Jülich-Barmen (Nordrhein-Westfalen)	Bundesverband der Regionalbewegung www.regionalbewegung.de
	Info auf Seite 55	
17. bis 21. September	Neue Energien – neue Herausforderungen: Naturschutz in Zeiten der Energiewende Deutscher Naturschutztag in Erfurt	Bundesamt für Naturschutz u.a. www.bfn.de/index_dnt.html

Terminkalender unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine

Cartoon zum Fokusthema

Von Mele

